D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 47
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

26. November 1982
Preis 1,80 DM



Ein neuer Dialog USA – SU?

thm. Eigentlich ist die Diskussion der strategischen Denker des US-Imperialismus über eine neue Politik zur SU noch gar nicht so recht weit gekommen, da soll sie möglichst schnell erste Ergebnisse und Initiativen hervorbringen. Direkter Anlaß ist der Tod Breschnews. Verlangt wird von der Reagan Administration, daß sie die neue Führung sofort mit Initiativen eindeckt, die auch schon als Teile einer größeren Gesamtstrategie wirken sollen. Reagan verfügt darüber bisher nur in Elementen. Um überhaupt schon mal was in Bewegung zu bringen, hat Reagan in dieser Woche der SU „vertrauensbildende" Maßnahmen vorgeschlagen, vor allem den Ausbau des „heißen Drahtes", der rasch über Irrtümer oder technische Defekte bei Starts von strategischen Raketen informieren soll sowie eine automatische Unterrichtung über Raketenversuche. Mit der Planung der Stationierung der MX-Raketen soll der SU gleichzeitig die Faust in den Nacken gesetzt werden.

Was sich gegenwärtig am Horizont als Entwicklung eines „neuen Dialogs" zwischen den beiden Supermächten abzeichnet, ist der Ansatz der USA, ohne Krieg den Machtbereich der SU aufzuweichen und Schritt für Schritt Positionen zu erobern. In gewisser Weise fällt der Tod von Breschnew zusammen mit einer Wende in der Entwicklung der Rivalität der beiden Supermächte.

Reagans Programm ist bis heute unausgegoren, entspricht noch nicht der aktuellen Lage und mit Muskeln zeigen und aggressiven Sprüchen ist die Niederringung des sowjetischen Rivalen nicht getan.

Allgemein wird in der gegenwärtig in

noch gar nicht so recht weit gekommen, da soll sie möglichst schnell erste Ergebnisse und Initiativen hervorbringen. Direkter Anlaß ist der Tod Breschnews. Verlangt wird von der Reagan Administration, daß sie die neue Führung sofort mit Initiativen eindeckt, die auch schon als Teile einer größeren Gesamtstrategie wirken sollen. Reagan verfügt darüber bisher nur in Elementen. Um überhaupt schon mal was in Bewegung zu bringen, hat Reagan in dieser Woche der SU „vertrauensbildende" Maßnahmen vorgeschlagen, vor allem den Ausbau des „heißen Drahtes", der rasch über Irrtümer oder technische Defekte bei Starts von strategischen Raketen informieren soll sowie eine automatische Unterrichtung über Raketenversuche. Mit der Planung der Stationierung der MX-Raketen soll der SU gleichzeitig die Faust in den Nacken gesetzt werden.

Was sich gegenwärtig am Horizont als Entwicklung eines „neuen Dialogs" zwischen den beiden Supermächten abzeichnet, ist der Ansatz der USA, ohne Krieg den Machtbereich der SU aufzuweichen und Schritt für Schritt Positionen zu erobern. In gewisser Weise fällt der Tod von Breschnew zusammen mit einer Wende in der Entwicklung der Rivalität der beiden Supermächte.

Reagans Programm ist bis heute unausgegoren, entspricht noch nicht der aktuellen Lage und mit Muskeln zeigen und aggressiven Sprüchen ist die Niederringung des sowjetischen Rivalen nicht getan.

Allgemein wird in der gegenwärtig in

den USA geführten Strategiedebatte davon ausgegangen, daß die gesamte Lage in der Welt für die USA günstig ist. Die SU stecke in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Macht der herrschenden Klasse gerät in Gefahr, wenn es ihr nicht gelingt, sie zu lösen. In der gleichen Lage befinden sich aber auch die anderen Staaten des RGW, deren Druck auf die SU wächst und Spaltungstendenzen offenlegt. Dann erweisen sich die Außenpunkte des sowjetischen Imperiums, wie Afghanistan, Angola, Vietnam usw. als Faß ohne Boden. Betrug die jährliche Unterstützung 1970 noch ca. eine Mrd. Dollar, so stieg sie 1979 auf 13 Mrd., 1980 auf 23 Mrd. Dollar. Dadurch ist aber eine Umkehrung der sowjetischen Macht in diesen Ländern kaum noch aufzuhalten. So wenden sich Angola und Mocambique stärker dem Westen zu, was die gesamte sowjetische Afrika-Politik zu kippen droht. Dazu kommt Polen. Angesichts der wirtschaftlichen Krise sind vermehrte Rüstungsanstrengungen immer schwieriger. An einem noch stärkeren Rüstungswettlauf, vor allem auf atomarem Gebiet, könne auch die SU auf Dauer kein Interesse haben, solange sie in diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt.

Eine amerikanische Strategie, die vollständig auf Konfrontation mit der SU schaltet, würde ziemlich sicher noch mehr als sowieso schon die Gefahr besteht, die SU dazu treiben, die Lösung obiger Probleme in einem weiteren Expansionsschub zu suchen. Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse des US-Imperialismus sein. Er rechnet sich andere Chancen aus. Er will versuchen, die beschriebenen Krisenelemente der SU auszunutzen. Das heißt einerseits eine solche Stärke zu entwickeln, daß der SU weitere Expansion verleidet werden, aber ohne daß der sowjetischen Ausbeuterklasse ihreHerrschaft streitig gemacht wird. Gleichzeitig soll ihr durch Abrüstungsvorschläge die Möglichkeit eröffnet werden, Mittel einzusparen und möglichst für die Entwicklung ihrer Wirtschaft auszunutzen. Möglichst soll die SU dabei noch geschwächt werden. Damit wäre dann beiden Seiten gedient, weil auch die USA unter der Krise erheblich in Schwierigkeiten geraten, große Aufrüstungskampagnen zu finanzieren. Schritt für Schritt soll dann die SU vom kapitalistischen Weltmarkt eingesponnen werden, indem ihr mit der fortentwickelteren westlichen Technologie ein Ausweg aus ihrer Systemkrise angeboten wird. Am liebsten wäre da der Übergang zum ungarischen Modell, das schon ziemlich verstrickt ist. Handel und Verkehr mit der westlichen Ökonomie öffnet die Gesellschaft, Reformen müssen gemacht werden, der private Sektor entwickelt sich, wer weiß, vielleicht entsteht auch eine gemischt privat-staatsmonopolistische Ökonomie und eines Tages ...

Von solchen Vorstellungen, die heute vielleicht noch in den Bereich der Utopie gehören, geleitet, dürften sich schon in der nächsten Zeit Elemente einer amerikanischen Taktik entwickeln. Der Vorstoß Reagans, das europäisch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft zu boykottieren, ging einen Schritt zu weit, weil er zu sehr die Bündnispartner brüskierte und selbst die amerikanischen Kapitalisten auf den Plan

seits eine solche Stärke zu entwickeln, daß der SU weitere Expansion verleidet werden, aber ohne daß der sowjetischen Ausbeuterklasse ihreHerrschaft streitig gemacht wird. Gleichzeitig soll ihr durch Abrüstungsvorschläge die Möglichkeit eröffnet werden, Mittel einzusparen und möglichst für die Entwicklung ihrer Wirtschaft auszunutzen. Möglichst soll die SU dabei noch geschwächt werden. Damit wäre dann beiden Seiten gedient, weil auch die USA unter der Krise erheblich in Schwierigkeiten geraten, große Aufrüstungskampagnen zu finanzieren. Schritt für Schritt soll dann die SU vom kapitalistischen Weltmarkt eingesponnen werden, indem ihr mit der fortentwickelteren westlichen Technologie ein Ausweg aus ihrer Systemkrise angeboten wird. Am liebsten wäre da der Übergang zum ungarischen Modell, das schon ziemlich verstrickt ist. Handel und Verkehr mit der westlichen Ökonomie öffnet die Gesellschaft, Reformen müssen gemacht werden, der private Sektor entwickelt sich, wer weiß, vielleicht entsteht auch eine gemischt privat-staatsmonopolistische Ökonomie und eines Tages ...

Von solchen Vorstellungen, die heute vielleicht noch in den Bereich der Utopie gehören, geleitet, dürften sich schon in der nächsten Zeit Elemente einer amerikanischen Taktik entwickeln. Der Vorstoß Reagans, das europäisch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft zu boykottieren, ging einen Schritt zu weit, weil er zu sehr die Bündnispartner brüskierte und selbst die amerikanischen Kapitalisten auf den Plan

brachte. Eine Verteuerung der Kredite dürfte allerdings auch ausreichen, denn es geht letztlich darum, den Handel zu fördern, ohne daß die SU daraus Mittel für den Rüstungssektor abzweigt. Daß die USA an eine starke Expansion ihrer Handelsbeziehungen zur SU denken, zeigt der kürzlich erfolgte Besuch von 200 Vertretern von 200 US-amerikanischen Firmen in Moskau. Dieser Haufen zog zufrieden mit dicken Auftragsbüchern wieder ab. Der US-Handel mit der SU verdoppelte sich im ersten Halbjahr 1982 gegenüber dem Vorjahr auf 6 Mrd. DM. Eine Finnlandisierung Afghanistans könnte hingenommen werden, um die Lage im Mittleren Osten zu stabilisieren. Eine langfristige Wirtschaftshilfe an Polen könnte gewährt werden, soweit wieder Liberalisierungstendenzen ermöglicht werden, zudem würde wieder manches Geschäft möglich und die Kredite sieht man auch mal wieder. Insbesondere dürfte aber der Schwerpunkt auf den drei Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Waffen in Europa, über Mittelstreckenwaffen und über strategische Waffensysteme liegen. Brzezinski machte schon den Vorschlag, amerikanische taktische Nuklearwaffen aus der BRD abzuziehen und sich bei den strategischen Waffen erst einmal auf SALT II als Zwischenlösung zu einigen. Ein Signal war schon aus Moskau zu hören: Man akzeptiere bei Unterzeichnung von SALT II auch eine 25%ige statt der vorgesehenen 10%igen Reduzierung der strategischen Waffen.



Altkanzler Schmidt ernannte sich in Kiel zum „Vorläufer der Friedensbewegung". Kandidat Vogel muß ihr bereits nachlaufen, dennoch sind ernsthafte Wandlungen der SPD noch in weiter Ferne. In Hessen, wo am 1. Dezember der neue Landtag zusammentritt, versucht es Holger Börner mit schlichter Erpressung.

Menetekel Große Koalition

Grünes Frohlocken über den gefällten Baum der Versuchung

frb. Wer gedacht hatte, mit dem Parlamentsputsch, der die neue Rechtskoalition in Bonn ans Ruder gebracht hat, sei der Handlungsspielraum der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ausgereizt, sieht sich jetzt eines besseren belehrt. Ausgerechnet aus der FDP-Fraktion kommt die Ankündigung, man werde das Verfassungsgericht bemühen, um Neuwahlen zu verhindern.

gen mit der SPD zu kooperieren und einen SPD-Kanzler zu unterstützen.

Bei Teilen der Grünen und der sie tragenden Bewegung scheint sich diese falsche Gegenüberstellung – entweder Bündnis mit der SPD *oder* sich selbst treu bleiben – zum Vorurteil verfestigt zu haben. Statt die „Erhaltung der Identität" ins Zentrum aller Überlegungen zu stellen, wäre es besser, die Aufgaben, die sich der fortschrittli-



Altkanzler Schmidt ernannte sich in Kiel zum „Vorläufer der Friedensbewegung". Kandidat Vogel muß ihr bereits nachlaufen, dennoch sind ernsthafte Wandlungen der SPD noch in weiter Ferne. In Hessen, wo am 1. Dezember der neue Landtag zusammentritt, versucht es Holger Börner mit schlichter Erpressung.

Menetekel Große Koalition

Grünes Frohlocken über den gefällten Baum der Versuchung

frb. Wer gedacht hatte, mit dem Parlamentsputsch, der die neue Rechtskoalition in Bonn ans Ruder gebracht hat, sei der Handlungsspielraum der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ausgereizt, sieht sich jetzt eines besseren belehrt. Ausgerechnet aus der FDP-Fraktion kommt die Ankündigung, man werde das Verfassungsgericht bemühen, um Neuwahlen zu verhindern.

Die Neuwahlen am 6. März sind also erneut unsicher. Dennoch gehen die Planspiele für den Fall der Fälle weiter. Strauß hat von einer Großen Koalition gesprochen, und er hat damit nur klar gesagt, was auf der anderen Seite etwa Herbert Wehner zwischen den Zeilen durchblicken läßt. Walter Wallmann, u.a. Mitglied im Bundesvorstand der CDU, macht in Hessen bereits ernst, er hat Holger Börner offiziell das Angebot einer Großen Koalition unterbreitet. Das ist als Durchgangsstadium gedacht und zielt vor allem auf die Isolierung der Grünen und die Zermürbung der SPD-Wähler, weshalb das Angebot auch mit der Aussicht auf Neuwahlen zum günstigen Zeitpunkt verknüpft ist.

Die Grünen haben auf die Manöver Richtung Große Koalition defensiv reagiert. In Hessen geben sie sich unberührt, und einer ihrer Sprecher erklärte, sie würden unter einer großen Koalition tun, was sie sonst auch tun würden: konstruktiv im Landtag arbeiten. Der Bundesvorstand läßt durch Rainer Trampert erkären, man sehe jetzt, daß die etablierten Parteien „sich in Wirklichkeit eben erheblich näher stehen, als sie im Wahlkampf darzustellen versuchen". Ernüchterung sei daher notwendig. Und der bayerische Landesvorsitzende Westerhoff meinte, eine große Koalition sei gerade günstig. Die Grünen könnten sich dann deutlicher profilieren und ihre programmatischen Vorstellungen besser vertreten, wenn sie nicht gezwungen seien, in Sachfra-

gen mit der SPD zu kooperieren und einen SPD-Kanzler zu unterstützen.

Bei Teilen der Grünen und der sie tragenden Bewegung scheint sich diese falsche Gegenüberstellung – entweder Bündnis mit der SPD oder sich selbst treu bleiben – zum Vorurteil verfestigt zu haben. Statt die „Erhaltung der Identität" ins Zentrum aller Überlegungen zu stellen, wäre es besser, die Aufgaben, die sich der fortschrittli-

chen Bewegung aufgrund ihrer „Identität" stellen, und ihre Verwirklichung zu diskutieren. Es geht um Schritte, die hier und heute an die Umwälzung der Gesellschaft heranführen und die dringlichsten Bedürfnisse befriedigen. Dazu muß man nicht fünf-vor-zwölf-Ökologe sein. Bündnismöglichkeiten ergeben sich dann aufgrund objektiver Übereinstimmung grundlegender Interessen sozialer Kräfte. Das ist etwas ganz anderes, als ein Programm um seiner Nähe zur SPD und seiner Realisierungschancen willen zu modeln, wie in der Auseinandersetzung um ein alternatives Wirtschaftsprogramm behauptet.

Welche Gemeinsamkeit hat denn Wallmann der hessischen SPD zu bieten? Er appelliert an die berüchtigte „Gemeinsamkeit der Demokraten". Damit läßt sich vielleicht Propaganda machen, tragfähig ist das überhaupt nicht, weil es abstrahiert von den gegensätzlichen Entwicklungslinien, die dieser Gesellschaft nur offen stehen, Absturz in kapitalistische Barbarei oder Beseitigung der Profitwirtschaft. Wallmann verliert deshalb in seinem Brief an Börner kein Wort über die Wirtschaftskrise. Hier würden nämlich die Gegensätze zur SPD sichtbar, und wer nicht rückwärts, sondern vorwärts will, tut gut daran, diesen Gegensatz und vor allem seine Ursache in Rechnung zu stellen. Der Reformismus der SPD kann dann dort geschlagen werden, wo er überhaupt nur geschlagen werden kann: in der Praxis großer Massen.

Gewissenlose Gesellen

gkr. Politiker haben kein Gewissen. Über die „Gewissensprüfung" für Kriegsdienstverweigerer können sie um so unbeschwerter schachern. Am 17. November jedenfalls haben sich die Koalitionsparteien auf einen neuen Entwurf für das Zivildienstgesetz geeinigt. Da man von der FDP eh nichts anderes gewohnt ist, als Prozessionen zu weichen, fragt sich nur, was die Unterhändler während der 9 Stunden „intensiven Verhandelns" getrieben haben, denn das Ergebnis kann zumindest CDU und CSU voll zufriedenstellen:

Der Zivildienst soll in Zukunft ein Drittel länger dauern als der Wehrdienst, derzeit also 20 Monate. Wenn in der Mitte dieses Jahrzehnts die Zahl der Wehrpflichtigen zurückgeht, die Dauer des Wehrdienstes auf 18 Monate ausgedehnt wird, würde das für den Zivildienst 24 Monate bedeuten – was die CSU immer gefordert hat. Mit der angeblich bei Wehrpflichtigen noch hinzukommenden Zeit für Wehrübungen hat diese längere Dauer wahrhaftig nichts mehr zu tun (derzeit im Durchschnitt 3,5 Tage) – und die Begründung ist denn auch ganz offen: Bestrafung.

Die Prüfung ist auch keineswegs abgeschafft. Diejenigen, die gut schreiben können, sind deutlich im Vorteil. Wessen schriftliche Begründung dem Bundesamt für den Zivildienst nicht einsichtig erscheint, der muß nach wie vor vor einen Ausschuß treten und sich rechtfertigen. Und für diejenigen, die schon eingezogen sind oder ihren Einberufungsbefehl schon haben, ändert sich praktisch gar nichts gegenüber der bisherigen Praxis.

„Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht über-

anderes gewohnt ist, als Prozessionen zu weichen, fragt sich nur, was die Unterhändler während der 9 Stunden „intensiven Verhandelns" getrieben haben, denn das Ergebnis kann zumindest CDU und CSU voll zufriedenstellen:

Der Zivildienst soll in Zukunft ein Drittel länger dauern als der Wehrdienst, derzeit also 20 Monate. Wenn in der Mitte dieses Jahrzehnts die Zahl der Wehrpflichtigen zurückgeht, die Dauer des Wehrdienstes auf 18 Monate ausgedehnt wird, würde das für den Zivildienst 24 Monate bedeuten – was die CSU immer gefordert hat. Mit der angeblich bei Wehrpflichtigen noch hinzukommenden Zeit für Wehrübungen hat diese längere Dauer wahrhaftig nichts mehr zu tun (derzeit im Durchschnitt 3,5 Tage) – und die Begründung ist denn auch ganz offen: Bestrafung.

Die Prüfung ist auch keineswegs abgeschafft. Diejenigen, die gut schreiben können, sind deutlich im Vorteil. Wessen schriftliche Begründung dem Bundesamt für den Zivildienst nicht einsichtig erscheint, der muß nach wie vor vor einen Ausschuß treten und sich rechtfertigen. Und für diejenigen, die schon eingezogen sind oder ihren Einberufungsbefehl schon haben, ändert sich praktisch gar nichts gegenüber der bisherigen Praxis.

„Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht über-

steigen", heißt es in Artikel 12a des Grundgesetzes. Die geharnischten Proteste von IG Metall, Jusos, von DFG/VK und vielen anderen Verbänden berufen sich denn in erster Linie auf dieses Grundrecht. Schließlich ist offensichtlich, daß jede Verlängerung darüberhinaus, selbst, wenn der einzelne noch bereit wäre, sie zu tragen, ihm unerträgliche Nachteile bringen müßte. Angefangen von dem niedrigen Lohn, mit dem er 5 Monate länger leben muß, bis hin zu der Tatsache, daß er, der fast ein halbes Jahr länger aus dem Beruf heraus ist als ein Wehrdienstleistender, schwerlich wieder seinen alten Arbeitsplatz bekommen würde oder daß er ein Semester mehr beim Studium verliert.

Zusätzlich sollen, damit auch ja kein Kriegsdienstverweigerer der Abschreckung entgeht, die Zahl der Plätze für diese billigen Arbeitskräfte ausgebaut werden. Mehr eingezogen und jeder einzelne ein Viertel länger als bisher, das könnte leicht eine Vergrößerung dieses Potentials um die Hälfte bringen.

Die Eile, mit der diese einzige „Reform" (neben dem Haushalt) der gegenwärtigen Regierung betrieben wird, nachdem eine Änderung über 4 Jahre hat auf sich warten lassen, stimmt verdächtig. Noch in dieser Woche soll die erste Lesung über die Bühne gehen. Der aufgelaufene Stau von 80000 bis 100000 unerledigten Verfahren drückt. Und gegenwärtig sehen die reaktionären Kräfte die Chance, dies in ihrem Sinne zu lösen.

Rechtsanwalt Härdle ein Jahr in Haft Erneuter Gnadenantrag

wom. Zum Jahrestag der Inhaftierung von Rechtsanwalt Gerhard Härdle – am 11.11. – versammelten sich etwa dreihundert Menschen auf dem Heidelberger Universitätsplatz, um ihre Solidarität mit dem Rechtsanwalt zu bekunden. Härdle war wegen uneidlicher Falschaussage und Landfriedensbruch zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil wurde von allen Instanzen mit so haarsträubenden Begründungen bestätigt, daß selbst in der juristischen Fachpresse Kritik laut wurde. Begleitet war das ganze Verfahren von heftiger Kritik in der Öffentlichkeit, in Presse und Fernsehen und von vielen Anwaltsorganisationen bis hin zum Deutschen Anwaltsverein. Zu offensichtlich war, daß es der Heidelberger Justiz bei der Verurteilung nur darum gegangen war, einen linken, unbequemen Anwalt auszuschalten.

Die Sprecher auf der Kundgebung, Klaus Vack für das „Komitee für Grundrechte und Demokratie", Stephan Baier als Vertreter der Anwaltsinitiative Heidelberg/Mannheim, MdL Holger Heimann von den Grünen sowie der BBC-Betriebsrat Herbert Ebel würdigten Härdle als engagierten Anwalt, der dem Justizapparat nichts schenkte. Klaus Vack teilte mit, daß das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" einen neuerlichen Gnadenantrag beim baden-württembergischen Justizministerium gestellt hat, in dem nochmals die sofortige Freilassung Härdles gefordert und auf das zweifelhafte Zustandekommen der Verurteilung hingewiesen wird. Er forderte dazu auf, in persönlichen Briefen an den Justizminister diesen Gnadenantrag zu unterstützen.

Von allen Rednern wurde betont, daß es jetzt vor allem darauf ankommt zu verhindern, daß gegen Härdle vor der Anwaltskammer ein Berufsverbot ausgesprochen wird. Das Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe hat im Mai 1982 die Durchführung eines ehrengerichtlichen Verfahrens wegen der Vorwürfe, die bereits Gegenstand des Strafverfahrens waren, abgelehnt. Gegen diese Entscheidung hat der Generalstaatsanwalt Beschwerde eingelegt, über die nun vom Ehrengerichtshof entschieden werden muß.

Wie sehr sich die Heidelberger Justiz durch die breite Protestbewegung gegen das Härdle-Urteil unter Druck gesetzt fühlt, zeigte sich bei der Verabschiedung des Richters Gutmacher Ende Oktober. Gutmacher war der vorsitzende Richter in der Kammer, die Härdle verurteilt hatte. Er wurde bundesweit bekannt („Scharfrichter") durch die Berichterstattung in „Stern" und „Spiegel" über seine Terrorisierung der Öffentlichkeit in politischen Verfahren. Landgerichtspräsident Laschitza jammerte bei der Verabschiedung viel über die „publizistische Unterstützung" und das „Kreuzfeuer der Kritik", in dem die Heidelberger Justiz oft gestanden hätte. Gutmacher bedankte sich besonders bei seinen Kumpanen, Oberbürgermeister Zundel und Ex-Rektor Niederländer, die sich wie er „dem Terror entgegengestellt" hätten. Niederländer hat vor einigen Wochen das Bundesverdienstkreuz erhalten, weil die Zahl seiner Strafanzeigen weit über dem Bundesdurchschnitt lag. Ritterkreuzträger ist Gutmacher schon, mal sehn, ob seine Dreckarbeit noch mehr gewürdigt wird.

Der Rentenbetrug der christliberalen Koalition

gkr. Man hat es noch im Ohr, das hoch und heilig ausgestoßene Versprechen, nach den niedrigen Anpassungssätzen in der Rentenversicherung nun wieder zur „Bruttolohnanpassung" zurückzukehren. Aber mittlerweile ist der Schwur mit den neuen Haushaltsbeschlüssen schon längst gebrochen.

Doch auch die reichen nicht, insbesondere unter Berücksichtigung der Kürzungen der Bundeszuschüsse zu den Rentenversicherungen, um die Zahlung der Renten zu sichern. Auf mindestens 19% müßte der Beitrag 1984 erhöht werden, so haben die Rentenversicherungsträger ausgerechnet. Aber die Regierung verschiebt Milliarden und hüllt sich ansonsten in Schwei-

die nach Berechnungen der Versicherungsträger etwa 6 bis 7 Mrd. DM jährlich ab 1984 ausmachen könnten, aufkommen werde.

Die SPD hat eine Reform der Rentenberechnung verlangt. Die verfügbaren Einkommen der aktiv Beschäftigten sollen der Maßstab für die Erhöhung des Einkommens der Rentner sein. Wenn nicht die sogenannte „Nettorentenanpassung" damit gemeint ist, kann das wohl nur bedeuten, daß eine Koppelung zwischen Nettolohn- und -gehaltssumme und Renten erreicht werden soll. Logisch wäre es, würden doch damit raschere Steigerungen der Ausgaben als der Einnahmen vermieden. Aber es würde auch bedeuten,

schenkte. Klaus Vack teilte mit, daß das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" einen neuerlichen Gnadenantrag beim baden-württembergischen Justizministerium gestellt hat, in dem nochmals die sofortige Freilassung Härdles gefordert und auf das zweifelhafte Zustandekommen der Verurteilung hingewiesen wird. Er forderte dazu auf, in persönlichen Briefen an den Justizminister diesen Gnadenantrag zu unterstützen.

oft gestanden hätte. Gutmacher bedankte sich besonders bei seinen Kumpanen, Oberbürgermeister Zundel und Ex-Rektor Niederländer, die sich wie er „dem Terror entgegengestellt" hätten. Niederländer hat vor einigen Wochen das Bundesverdienstkreuz erhalten, weil die Zahl seiner Strafanzeigen weit über dem Bundesdurchschnitt lag. Ritterkreuzträger ist Gutmacher schon, mal sehn, ob seine Dreckarbeit noch mehr gewürdigt wird.

Der Rentenbetrug der christliberalen Koalition

gkr. Man hat es noch im Ohr, das hoch und heilig ausgestoßene Versprechen, nach den niedrigen Anpassungssätzen in der Rentenversicherung nun wieder zur „Bruttolohnanpassung" zurückzukehren. Aber mittlerweile ist der Schwur mit den neuen Haushaltsbeschlüssen schon längst gebrochen.

Doch auch die reichen nicht, insbesondere unter Berücksichtigung der Kürzungen der Bundeszuschüsse zu den Rentenversicherungen, um die Zahlung der Renten zu sichern. Auf mindestens 19% müßte der Beitrag 1984 erhöht werden, so haben die Rentenversicherungsträger ausgerechnet. Aber die Regierung verschiebt Milliarden und hüllt sich ansonsten in Schweigen. Man fühlt sich an den Rentenbetrug der sozialliberalen Koalition vor und nach den Wahlen 1976 erinnert. Einstweilen verspricht die Bundesregierung viel, so auch, daß sie für Defizite, die nach Berechnungen der Versicherungsträger etwa 6 bis 7 Mrd. DM jährlich ab 1984 ausmachen könnten, aufkommen werde.

Die SPD hat eine Reform der Rentenberechnung verlangt. Die verfügbaren Einkommen der aktiv Beschäftigten sollen der Maßstab für die Erhöhung des Einkommens der Rentner sein. Wenn nicht die sogenannte „Nettorentenanpassung" damit gemeint ist, kann das wohl nur bedeuten, daß eine Koppelung zwischen Nettolohn- und -gehaltssumme und Renten erreicht werden soll. Logisch wäre es, würden doch damit raschere Steigerungen der Ausgaben als der Einnahmen vermieden. Aber es würde auch bedeuten, daß sinkende Beschäftigtenzahlen und höhere Arbeitslosigkeit sich in den Anpassungssätzen ausdrücken würde. Es müßte zwangsläufig eine Verelendung der Rentner und Rentnerinnen folgen.

Antwort auf Ausländerfeindlichkeit: Bürokratie

Heftige Debatte im Frankfurter Römer über Antrag der Grünen

gkr. Am Dienstag vergangener Woche fand in Bonn die konstituierende Sitzung der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Ausländerpolitik" statt. An erster Stelle ihres Auftrages steht, so die Mitteilung des Innenministeriums, „Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer". Spranger, CSU, und Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, machte seine Auffassung von dieser Aufgabe schon deutlich. Vor allem gehe es darum, wie und unter welchen Bedingungen die Herabsetzung des Zuzugsalters von Kindern ausländischer Arbeiter auf 6 Jahre von derzeit 16 Jahren bewerkstelligt werden kann. Lösung real bestehender Probleme durch Verwaltungsakte, mit deren Hilfe die Probleme auf die Ausländer abgewälzt werden, darin sind Parteien, Regierungen und Verwaltungsbehörden groß.

In Frankfurt fand in der Stadtverordnetenversammlung am vergangenen Donnerstag eine Debatte über die Umsetzung der amtlich verordneten Ausländerpolitik durch die Ausländerbehörden statt. Die Debatte war in Gang gekommen, weil die Grünen im Römer einen 6 Punkte umfassenden Antrag eingebracht hatten, mit dem die Ausweisungspraxis der Ausländerbehörden eingeschränkt werden sollte (siehe KVZ 43, Seite 6). Antrag und Debatte wirbelten viel Staub auf. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mußte sich in mehreren Artikeln damit befassen, sogar eine ausführliche Rechtfertigung der Ausländerbehörde erschien. Allerdings, der Absicht der Grünen, die sie mit dem Antrag verfolgten, versuchten sich CDU und SPD zu entziehen:

„Mit der parlamentarischen Behandlung unseres Antrages, der sich mit unseren ausländischen Mitbürgern beschäftigt, wollen die Grünen im Römer erreichen, daß sich dieses Parlament und der Magistrat der Stadt Frankfurt einmal ernsthaft mit dem Problem des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Nationalitäten auseinandersetzt. Wir meinen, daß eine Neuorientierung in der Politik für ausländische Mitbürger dringend notwendig ist. Wer heute die ersten Schritte dazu macht, wieder Menschen erster und zweiter Klasse einzuführen, sollte sich der Folgen, die wir aus der Vergangenheit kennen, immer bewußt sein." So schreiben die Grünen in einer Presseerklärung.

Die CDU hatte zwei Abwehrpositionen: erstens sei das Ordnungsamt dafür zuständig, es handele in dieser Funktion im Auftrage des Landes Hessen und unterstehe somit nicht der Stadtverordnetenversammlung bzw. deren Weisung. Der Oberbürgermeister muß ein wahrer Zwitter sein, einerseits ist er Repräsentant der Stadt Frankfurt und wird als solcher von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Andererseits sei er als Dienstherr der Ausländerbehörde eine untere Landesbehörde und unterliege in dieser Funktion nicht der Kontrolle durch das Parlament, so argumentierte Oberbürgermeister Wallmann. Die zweite Argumentationslinie der CDU zielt auf die SPD: Schließlich handele das Ausländeramt nach Gesetzen und Erlassen, die von der Landesebene (und damit von der SPD) gemacht werden.

Darum, diese Gesetze und Erlasse in Frage zu stellen, ging es der SPD ihrerseits gar nicht. Sie hatte nur ein Interesse: die von den Grünen als exemplarische Beispiele ihrem Antrag beigefügten Fälle sollten geprüft werden. Krasse Mißstände abstellen, ansonsten aber auf der eingeschlagenen Richtung weiter, das ist die Devise.

Schließlich mußte auch der Leiter des Ordnungsamtes zu den einzelnen Fällen Stellung nehmen. Ein wesentlicher Punkt der Kritik der Grünen war, daß wegen nicht ausreichendem Wohnraum entweder Kinder (wie in einem Fall) nach Hause geschickt werden müssen, oder Ehefrauen nicht einreisen dürfen etc. Bei der Beurteilung, ob eine Wohnung angemessen sei, müsse es irgendwo Grenzen und Richtwerte geben, meinte der Leiter des Ordnungsamtes dazu. Die Vorschrift ergebe sich aus der Gesetzesformel „Belange der Bundesrepublik" (Gefahr von Kriminalität, Unsauberkeit, Gesundheitsbeeinträchtigung); sie stelle zugleich aber auch einen Schutz der Ausländer vor Ausbeutung durch Vermieter und vor menschenunwürdigen Wohnverhältnissen dar. Das ist merkwürdig. Gibt es denn irgendwo ein Gesetz, daß Wohnungen in ausreichender Größe an Ausländer vermietet werden müssen? Wer die Wohnungsverhältnisse in Frankfurt kennt, weiß, daß das Mieten einer Wohnung für einen Ausländer ein fast aussichtsloses Unterfangen ist. Da wäre ja nichts gegen einzuwenden, wenn die Behörden dann *verpflichtet* wären, entsprechenden Wohnraum zum Schutz der Ausländer vor Ausbeutung durch Vermieter bereitzustellen. Aber wer hat davon schon gehört? Die angebliche Sorge um die Wohnverhältnisse der Ausländer ist genauso verlogen wie die Sorge darum, daß Kinder über 6 Jahren nicht mehr richtig integriert werden könnten und deshalb nicht mehr in die BRD dürfen. Nicht, weil es diese Gefahren und Probleme nicht gibt, sondern weil die „Lösungen", die angeblich dem Schutz der Ausländer dienen sollen, zu ihren Lasten gehen.

Nicht viel anders sieht es aus bei der Ausweisung, wenn eine ältere Frau (wie in einem geschilderten Fall) auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Grünen schreiben zu dieser Problematik: „Dregger führt aus (im hessischen Wahlkampf, d.Red.): ‚Wenn die arbeitslosen Ausländer beim Arbeitsamt kein Geld mehr holen können, kommen sie zum Sozialamt, und wir müssen das bezahlen.' Dabei weiß Dregger sehr wohl, daß wir alle den Sozialhilfe-Etat bezahlen, also auch die ausländischen Mitbürger. Selbstverständlich haben sie sich damit auch den Anspruch auf Sozialhilfeleistung in Notfällen erworben. Solche Äußerungen sind ausländerfeindlich und demagogisch." Und nochmals die Grünen in der Begründung ihres Antrags und ihrer Absicht: „Menschen dürfen nicht weiter auf ökonomischen Nutzwert reduziert werden, sondern müssen als Menschen angesehen werden, die ein selbstverständliches Recht auf ein menschenwürdiges Leben haben. Das schließt auch ein: Sicherheit des Aufenthaltes, angemessene Wohnungen, gleiche Möglichkeiten in Schule und Beruf und schließlich auch das kommunale Wahlrecht, wie es in Dänemark und Schweden schon praktiziert wird."



die Ausweisungspraxis der Ausländerbehörden eingeschränkt werden sollte (siehe KVZ 43, Seite 6). Antrag und Debatte wirbelten viel Staub auf. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mußte sich in mehreren Artikeln damit befassen, sogar eine ausführliche Rechtfertigung der Ausländerbehörde erschien. Allerdings, der Absicht der Grünen, die sie mit dem Antrag verfolgten, versuchten sich CDU und SPD zu entziehen:

„Mit der parlamentarischen Behandlung unseres Antrages, der sich mit unseren ausländischen Mitbürgern beschäftigt, wollen die Grünen im Römer erreichen, daß sich dieses Parlament und der Magistrat der Stadt Frankfurt einmal ernsthaft mit dem Problem des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Nationalitäten auseinandersetzt. Wir meinen, daß eine Neuorientierung in der Politik für ausländische Mitbürger dringend notwendig ist. Wer heute die ersten Schritte dazu macht, wieder Menschen erster und zweiter Klasse einzuführen, sollte sich der Folgen, die wir aus der Vergangenheit kennen, immer bewußt sein." So schreiben die Grünen in einer Presseerklärung.

Die CDU hatte zwei Abwehrpositionen: erstens sei das Ordnungsamt dafür zuständig, es handele in dieser Funktion im Auftrage des Landes Hessen und unterstehe somit nicht der Stadtverordnetenversammlung bzw.

Ordnungsamtes dazu. Die Vorschrift ergebe sich aus der Gesetzesformel „Belange der Bundesrepublik" (Gefahr von Kriminalität, Unsauberkeit, Gesundheitsbeeinträchtigung); sie stelle zugleich aber auch einen Schutz der Ausländer vor Ausbeutung durch Vermieter und vor menschenunwürdigen Wohnverhältnissen dar. Das ist merkwürdig. Gibt es denn irgendwo ein Gesetz, daß Wohnungen in ausreichender Größe an Ausländer vermietet werden müssen? Wer die Wohnungsverhältnisse in Frankfurt kennt, weiß, daß das Mieten einer Wohnung für einen Ausländer ein fast aussichtsloses Unterfangen ist. Da wäre ja nichts gegen einzu-

fällen erworben. Solche Äußerungen sind ausländerfeindlich und demagogisch." Und nochmals die Grünen in der Begründung ihres Antrags und ihrer Absicht: „Menschen dürfen nicht weiter auf ökonomischen Nutzwert reduziert werden, sondern müssen als Menschen angesehen werden, die ein selbstverständliches Recht auf ein menschenwürdiges Leben haben. Das schließt auch ein: Sicherheit des Aufenthaltes, angemessene Wohnungen, gleiche Möglichkeiten in Schule und Beruf und schließlich auch das kommunale Wahlrecht, wie es in Dänemark und Schweden schon praktiziert wird."



„Peacekeeper" – Friedensbewahrer, Reagan am 21.11.1982 über die geplanten MX-Raketen

„Moderne Zeiten" jetzt als Organ der Gruppe Z

kvz. Nun ist es also amtlich: Die MOZ als Vereinigungsprojekt ist gescheitert. Sie ist dorthin zurückgekehrt, wo sie hergekommen war, in die Hände der vom KB abgespaltenen Gruppe Z. Über den schwelenden Streit haben wir schon berichtet, die Entscheidung fiel nun auf der ersten Jahresmitgliederversammlung der ISP, des Trägervereins der MOZ. Die Redakteure aus dem SI-Umfeld und der ehemaligen „Hefte für Demokratie und Sozialismus" erklärten ihren Rückzug aus der Redaktion. Was die neue Redaktion im Vorwort ihres neuen Heftes als Ausfluß reiner Demokratie schildert, war in Wirklichkeit von Anfang an als Rauswurf geplant. Hinauszögern der Einladung zur ISP-Versammlung und Wahl des Tagungsortes (Hamburg, die Heimat der Z) legte die Mehrheiten im voraus fest. Die ausgetretenen Redakteure kritisierten die Konzentration der Zeitschrift auf die Parlamentsbewegung und Auswalzen taktischer Fragen einschließlich der damit verbundenen Rangeleien und Kungeleien; eine solche Konzeption müsse das Interesse an sachlichen Beweggründen der sozialen Bewegungen überwuchern. Die eigentliche Differenz sei aber die Frage, welcher politische Zusammenschluß gesucht werden solle. Die ehemaligen „Hefte"-Redakteure hielten dafür, nicht nur die alten ML-Strategien seien gescheitert, sondern auch die herkömmlichen linkssozialistischen. Ihr entsprechendes Kritik-Papier wurde per Abstimmung erledigt, worauf sie erklärten, für die Mitarbeit an der MOZ nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Die verschickte Auflage der MOZ soll bis zur Nr. 10/1982 auf 5400 gesunken sein. Bei der Finanzierung bleiben trotz monatlicher Mitgliederzuschüsse von 5460 DM weitere 1000 bis 1500 DM Verlust, wobei unterstellt ist, daß alle Schuldner auch zahlen.

Rotationsprinzip in Frage gestellt

kvz. Ernst Hoplitschek hatte sich schon auf dem Bundeskongreß der Grünen vehement gegen die aus dem Verständnis der Grünen über Rotation, Diätenabführung etc. folgende Mittelmäßigkeit gewandt. In einem Interview mit dem Spielgel hat er diese Bedenken nochmals ausgeführt. „Derzeit herrscht nicht Kompetenz, sondern Mittelmäßigkeit vor. Zu uns kommen Leute, die ein Defizit haben in ihrer sozialen Lage, die Studenten sind, in der Ausbildung, arbeitslos. Die laufen sich für 1800 DM die Hacken ab. Das führt zur Nivellierung. Ein kompetenter Wissenschaftler würde sich doch dafür nicht verschleißen oder gewachsene Bindungen auf Spiel setzen." Und „Echte Basisdemokratie funktioniert nur, wenn die Basis Vertrauen zu ihren eigenen Repräsentanten hat. Das läuft bei uns aber ganz seltsam. Bei uns kann sich die Basis das Recht herausnehmen, von nichts eine Ahnung zu haben. Funktionäre, die abgewichen sind vom Konsens, müssen sich von diesen Graue-Maus-Prototypen an- oder abschießen lassen. Die Guillotine steht immer bereit." Das sind die wichtigsten Aussagen aus diesem Interview.

Die Deutsche Einheit

Seminar zur Nachkriegsgeschichte und zur Spaltung Deutschlands

Referent: Uwe Tietz, Mitglied der AL Westberlin

„Eine Friedensbewegung, die glaubhafte Strategien zur Verhinderung eines Krieges entwickeln will, muß die Nachkriegsgeschichte Deutschlands aufarbeiten. Die Geschichte der Spaltung ist die Geschichte der beiden Blöcke, untrennbar. Hier liegt ein Schlüssel zur Lösung unserer Probleme, hier müssen wir unsere politische Perspektive erschließen." (Aus der Einladung)

Sonntag, 23. Januar 1983

Weitere Informationen über: Peter Schmidt, Emanuel Geibel Str. 21, 6200 Wiesbaden

Weiter Krach beim Arbeitslosenkongreß

kvz. Zwei Wochen vor dem am 2.–5.12.1982 in Frankfurt stattfindenden Kongreß der Arbeitsloseninitiativen haben die Vertreter der „autonomen Gruppen" im Kongreßbüro ihre Arbeit bis auf weiteres eingestellt. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen im Kongreßbüro über Inhalte des Kongresses, die sich an Fragen der Arbeit des Vorbereitungsbüros entzündeten (vgl. KVZ 46/82, S. 14). Der Streit konnte durch eine gemeinsame Presseerklärung, die in der TAZ abgedruckt wurde, auf dem letzten Vorbereitungstreffen am 10.11.1982 eingedämmt werden. Nun haben Vertreter der Arbeitsloseninitiativen ALI Dortmund, Hannover und Frankfurt und BAI Bremen eine zusätzliche Erklärung, die sich weiter gegen die bereits in der gemeinsamen Presseerklärung kritisierten TAZ-Erklärung einiger Mitabeiter des Kongreßbüros richtete, durchgesetzt. Die Vertreter der „autonomen Gruppen" sehen in diesem Schritt eine nachträgliche Korrektur der auf dem letzten Treffen erzielten Einigung und sehen fürs erste damit die Grundlage einer weiteren Zusammenarbeit im Kongreßbüro nicht mehr gegeben. Sie wollen jedoch sich weiter im Rahmen der bisherigen Beschlüsse an der Vorbereitung des Kongresses beteiligen.

Demonstration

Zentrale Demonstration für den
– Abzug der Briten aus ganz Irland
– Abzug der Rheinarmee aus der BRD

Dortmund, 27. November, 11.00 Uhr, Möchenwort-Platz

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Instandbesetzer-Bewegung gescheitert?

Nach 4jährigen Auseinandersetzungen war eine einvernehmliche Lösung greifbar nahe. Da griff Lummer wieder zum Polizeiknüppel.

nia. Westberlin. In der vergangenen Woche begannen die Bauarbeiten in der Maaßenstr. 11 und 13. Damit gibt es keine Aussicht mehr, daß Senat oder Neue Heimat der Forderung nach Rückgabe der beiden auf Veranlassung des Innensenators geräumten Häuser nachkommen.

Die beiden Häuser waren geräumt worden knapp eine Woche, nachdem der Bausenator die zwischen NH und „ihren" Besetzern ausgehandelten Vereinbarungen akzeptiert hatte. Ein Vertragsabschluß hätte bedeutet, daß rund ein Fünftel der in Westberlin besetzten Häuser gesichert gewesen, und damit die Chancen für eine friedliche Gesamtlösung erheblich gestiegen wären. Es wäre also ein exemplarischer Schritt gewesen in Hinblick auf eine öffentliche Anerkennung der Instandbesetzungen durch den Senat.

Es ist das dritte Mal in der mittlerweile fast vierjährigen Geschichte der Westberliner Instandbesetzerbewegung, daß mit einer Polizeiaktion ein solcher Schritt verhindert wurde.

Ist das das endgültige Aus für die friedliche Gesamtlösung?

In monatelanger Kleinarbeit hatten die Besetzer und viele andere an politisch und finanziell sinnvollen Lösungsvorschlägen gearbeitet, gegen die am Ende auch der Senat keine wesentlichen inhaltlichen Einwände mehr wußte.

Was der Senat an Argumenten gegen die Legalisierung noch hatte, waren die angebliche Kriminalität der Besetzer und angeblich unverzichtbare Infrastrukturmaßnahmen, für die – wie in Neukölln – einzelne Häuser fallen müßten.

Mit der Räumung der beiden Häuser in der Maaßenstraße hat die „Berliner Linie" – einst auch „Berliner Linie der Vernunft" geheißen – eine neue Erweiterung erfahren: U.a. wurde die Räumung damit begründet, daß die Besetzer von ihrer sozialen Struktur her nicht in den Stadtteil passen würden, zu einem „schwer integrierbaren Personenkreis" gehören.

Es scheint, gleich, was die Instandbesetzer und ihre Unterstützer tun; sie können keine Räumung verhindern. Weder Steine noch Verhandlungen scheinen einen Einfluß darauf zu haben, wie der CDU-Senat die politische Gesamtlösung zu definieren gedenkt.

Makabererweise waren es oft gerade Häuser, die Verhandlungen führten oder dazu bereit waren, die der Senat räumen ließ: sei es jetzt die Maaßenstraße, oder die Neuköllner Häuser zwei Wochen davor, oder auch die NH-Häuser im letzten Jahr.

die Besetzer und viele andere an politisch und finanziell sinnvollen Lösungsvorschlägen gearbeitet, gegen die am Ende auch der Senat keine wesentlichen inhaltlichen Einwände mehr wußte.

Was der Senat an Argumenten gegen die Legalisierung noch hatte, waren die angebliche Kriminalität der Besetzer und angeblich unverzichtbare Infrastrukturmaßnahmen, für die – wie in Neukölln – einzelne Häuser fallen müßten.

Mit der Räumung der beiden Häuser in der Maaßenstraße hat die „Berliner Linie" – einst auch „Berliner Linie der Vernunft" geheißen – eine neue Erweiterung erfahren: U.a. wurde die Räumung damit begründet, daß die Besetzer von ihrer sozialen Struktur her nicht in den Stadtteil passen würden, zu einem „schwer integrierbaren Personenkreis" gehören.

Es scheint, gleich, was die Instandbesetzer und ihre Unterstützer tun; sie können keine Räumung verhindern. Weder Steine noch Verhandlungen scheinen einen Einfluß darauf zu haben, wie der CDU-Senat die politische Gesamtlösung zu definieren gedenkt.

Makabererweise waren es oft gerade Häuser, die Verhandlungen führten oder dazu bereit waren, die der Senat räumen ließ: sei es jetzt die Maaßenstraße, oder die Neuköllner Häuser zwei Wochen davor, oder auch die NH-Häuser im letzten Jahr.

Die AL hat inzwischen erklärt, daß sie keine parlamentarische Aktion mehr zu den besetzten Häusern machen werde; „Netzbau" hat beschlossen, sich wieder aufzulösen, da es nach diesen Räumungen für ihre Arbeit keine Geschäftsgrundlage mehr gäbe.

Nach diesem erneut vom Senat provozierten Verhandlungsabbruch stellt sich die Frage, wie geht es weiter? Kann es überhaupt weitergehen?

Die noch vorhandenen Paten versuchen derzeit, auf den DGB einzuwirken, daß die NH wenigstens für die übrigen Häuser die Verträge unterschreibt. Es wird versucht, noch vor Weihnachten Aktionstage zu organisieren, die Aktion „Winterfestmachung" in den besetzten Häusern wiederaufzunehmen.

Für Ende Januar ist vorgeschlagen, einen Kongreß und eine bundesweite Demonstration in Westberlin zu veranstalten. Motto soll sein: „Demokratisches Bündnis gegen den CDU-Staat." Die Themenvorschläge umfassen die Frage von Selbsthilfeprojekten, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung der 80er Jahre, wie die CDU-Wohnungspolitik.

Dabei wird davon ausgegangen, daß die Hausbesetzerfrage nicht nur wieder verbunden werden muß mit der Auseinandersetzung um Alternativen in der Wohnungspolitik, um wieder die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Es wird auch davon ausgegangen, daß die Chancen und Kampfbedingungen der Instandbesetzer von der Entwicklung der gesamten politischen Situation abhängen, und es nicht möglich ist, an diesem einen isolierten Punkt zu Erfolgen zu kommen, solange insgesamt die demokratische Bewegung sich in der Defensive befindet. Dazu kommt, daß 120 oder 130 besetzte Häuser eine vergleichsweise geringe Bedeutung haben für die Sicherung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung, was auch ein Grund ist für die derzeitige geringe Mobilisierbarkeit für die Besetzer.

Außerdem ist auch die Wohnungspolitik insgesamt zur Zeit kein Thema in der Westberliner Öffentlichkeit. Die AL, der Mieterverein und einige Initiativen sitzen derzeit mühsam an den Vorbereitungen für eine neue wohnungspolitische Kampagne mit dem Schwerpunkt im sozialen Wohnungsbau, die im Januar anlaufen soll. Von der Wende in der Wohnungspolitik, für die die Instandbesetzungen Symbol und Motor sein sollten, ist derzeit nichts in Sicht. Es war auch eine Illusion zu glauben, die Instandbesetzer könnten sie bewirken. Und auch die Mieterinitiativen können erst dann in nennenswertem Umfang was ausrichten, wenn es gelingt, in Verbindung mit den Gewerkschaften und anderen Teilen der demokratischen Bewegung wirksamen Einfluß auf die gesamte politische Situation zu nehmen. Ein Kongreß im Januar wird dazu sicher nicht ausreichen, bestenfalls ein Stein im Mosaik sein.

Das bedeutet allerdings, daß es weiter unberechenbar bleibt, ob es für eine größere Zahl besetzter Häuser zu einer Vertragslösung kommt. Und es bedeutet auch – so unerträglich das ist – daß der Abbruch aller Verhandlungen und die Auflösung der Netzbau eher schaden als nutzen, weil man sich damit einer möglichen „Kampf"form begibt.



Instandbesetzte Wohnung, vorher ... und nachher

Verhandeln – Räumen – Verhandeln – Räumen ...

Zur Chronologie der Westberliner Instandbesetzerbewegung

Februar 1979: Mitglieder der Kreuzberger Bürgerinitiative (BI) SO 36 „besetzen" die erste Wohnung „instand", nachdem sie lange erfolglos versucht hatten, dem spekulativen Leerstand in ihrem Stadtteil mit legalen Mitteln ein Ende zu machen. Unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen rückt der Eigentümer, die senatseigene BeWoGe,

dernisiert werden soll, Verträge und Mittel für Instandsetzung erhalten sollen. Für die, die mit ihrer Besetzung die Modernisierung „verhindern", sollen zwei Ersatzhäuser in der Admiralstraße zur Verfügung gestellt werden, die die AWO in Erbpacht übernimmt.
12. Dezember 1980: Die Polizei verhindert

setzer wieder einig, daß alle Gespräche und Vermittlungen abzulehnen sind.

Aber inzwischen stehen Neuwahlen an. Viele befürchten einen CDU-Sieg und wollen deshalb versuchen, mit dem alten Senat vorher noch das Treuhandmodell abzusichern. Der Vermittlerkreis verhandelt weiter. Die Wahlkampfsituation scheint zudem günstig. Alle Parteien sind gezwungen, Wohnungspolitik zu einem Thema zu machen; die Wende in der Wohnungspolitik soll endlich stattfinden. Selbst Diepgen von der CDU erklärt, daß Steine Argumente sein können und daß die Instandbesetzer mit ihren Aktionen erst das Bewußtsein für die verfehlte Wohnungspolitik geschaffen

Wohnungen, sondern in solche, deren Bewohner sich gegen die Modernisierungspläne senatseigener Gesellschaften wehren.
Februar 1981: Ende des Monats wird das 100. Haus besetzt. Derweil hat der Senat begonnen, die „Berliner Linie der Vernunft" zu entwickeln: Verhinderung von Neubesetzung, aber keine Räumung schon besetzter Häuser. Aber die Polizei kann nur wenige Neubesetzungen verhindern. Im März werden dagegen mit einem bürgerkriegsmäßigen Einsatz drei schon länger besetzte Häuser geräumt. Trotz der Eskalation wird in vielen Häusern die Möglichkeit vertraglicher Lösungen diskutiert. Im Vermittlerkreis wird das sogenannte „Treuhandmodell" entwickelt. Eine zu gründende Treuhandgesellschaft soll die Verwaltung der besetzten Häuser übernehmen, die im übrigen autonom bleiben sollen. Die Besetzer, die darauf bestehen, daß erst nach Freilassung aller Gefangenen verhandelt wird, sind in der Minderheit.
April 1981: Der Justizsenator weist die Staatsanwaltschaft an, vorläufig auf Räumungen und Durchsuchungen zu verzichten wegen des laufenden Diskussionsprozesses in der Bewegung. Aber die Staatsanwaltschaft läßt weiter durchsuchen und nimmt am 9.4. den gesamten gerade tagenden Besetzerrat fest. Als Ergebnis sind sich die Be-

ner aus als geplant; die erhoffte Mobilisierung findet nicht statt.

Da die meisten der akut räumungsbedrohten Häuser der Neuen Heimat gehören, versuchen die gewerkschaftlichen Paten Druck auf den DGB und die NH zu machen, daß diese ihre Strafanträge und Räumungsbegehren zurückzieht.

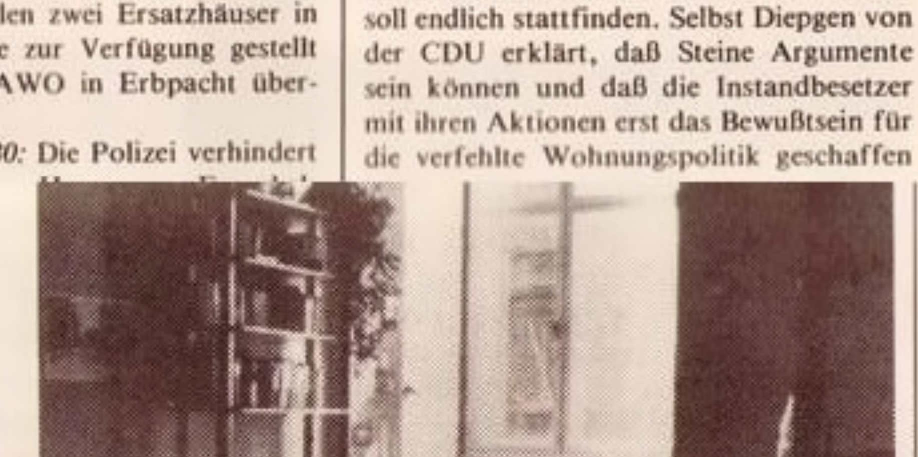
Es finden wieder Verhandlungen zwischen Bausenator und Vermittlerkreis statt. Der Senat bietet den Besetzern Ersatzhäuser an – die aber selber besetzt sind.

Im übrigen erklärt der Senat, um die versprochene Wende in der Wohnungspolitik in die Tat umzusetzen, daß ab sofort keine sogenannte „Luxusmodernisierung" nach §17, II Wohnungsbaugesetz mehr genehmigt würde, da sie zu unvertretbaren Mietsteigerungen führe. Er verschweigt, daß sie aber bei einigen der räumungsbedrohten Häuser noch durchgeführt werden soll. Weiter will der Senat, um die Wohnungsnot zu beseitigen, in den kommenden Jahren 50000 Neubauwohnungen errichten lassen und verstärkt an die Beseitigung des Leerstands gehen. Rund 10% des Leerstandes werden in den folgenden Monaten tatsächlich beseitigt: durch Abriß! Von den 50000 versprochenen Neubauwohnungen bleibt auch nicht viel übrig.
22. September 1981: Patenschaftsbewegung, Massendemonstration, Verhandlungen, Steine haben nicht verhindern können, daß die angekündigten Räumungen der NH-Häuser stattfinden, und Klaus Rattay stirbt.

Hinterher erklärt der Senat angesichts des Protests erneut seine Dialogbereitschaft. Paten, Gewerkschafter und Kirchenvertreter gehen daran, einen Gesprächskreis für eine friedliche Lösung zu organisieren. Die Besetzer sind erstmal nicht bereit zu verhandeln. Sie beginnen sich zu isolieren, setzen mehr und mehr nur auf ihre eigene Militanz.
Januar 1982: Der Kreuzberger Besetzerrat schlägt ein Modell vor, das eine Spaltung der Besetzer in Verhandler und Nicht-Verhandler verhindern soll, da inzwischen einzelne Häuser doch wieder mit Verhandlungen begonnen haben. Der Kreuzberger Vorschlag, der vorsieht, daß ein Trägermodell ausgehandelt wird mit unterschiedlichen Möglichkeiten für die einzelnen Häuser, aber erst unterschrieben werden soll, wenn alle abgesichert sind, findet die Unterstützung der Mehrheit. Die Vermittler und Paten beginnen erneut, mit dem Senat zu verhandeln.

Der Neue Heimat-Skandal läßt die NH unter Druck geraten; die Besetzer versuchen, den anstehenden Gewerkschaftstag für eine Mobilisierung zu nutzen. In Westberlin wird ein neuer DGB-Landesvorsitzender gewählt: Pagels sorgt persönlich dafür, daß zwischen NH und Besetzern wieder Verhandlungen aufgenommen werden.

Einzelne Häuser werden wieder geräumt. Aber mit Unterstützung der evangelischen Kirche und dem öffentlichen Beifall des Senats wird die Netzbau als erster zukünftiger Träger gegründet.
Sommer 1982: Für die NH-Häuser und den Kreuzberger Kiez werden weitere Träger gegründet, die darauf angelegt sind, daß langfristig auch nicht besetzte Häuser von ihren Bewohnern in Selbstverwaltung übernommen werden können.





Instandbesetzte Wohnung, vorher ... und nachher

Verhandeln – Räumen – Verhandeln – Räumen ...

Zur Chronologie der Westberliner Instandbesetzerbewegung

Februar 1979: Mitglieder der Kreuzberger Bürgerinitiative (BI) SO 36 „besetzen" die erste Wohnung „instand", nachdem sie lange erfolglos versucht hatten, dem spekulativen Leerstand in ihrem Stadtteil mit legalen Mitteln ein Ende zu machen. Unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen rückt der Eigentümer, die senatseigene BeWoGe,
Mietverträge raus. Zusätzlich werden weitere leerstehende Wohnungen Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt.
November 1979: Die BI SO 36 erhält für ihre Stadtteilzeitung den Kulturpreis 1979. Während der Preisverleihung geben die Redakteure die Instandbesetzung von vier Wohnungen eines Abschreibungsspekulanten in der Cuvrystraße bekannt. Die positive öffentliche Reaktion zwingt den Senat, die IBA mit einer Neuplanung für den Block zu beauftragen, die den weitgehenden Erhalt der Altbausubstanz vorsieht. Der Eigentümer versucht mit einer einstweiligen Verfügung der Stadtteilzeitung zu untersagen, für Instandbesetzung einzutreten. Er verliert den Prozeß und tags darauf werden zehn weitere Wohnungen in seinen Häusern besetzt.

In den folgenden Monaten mehrt sich die Zahl der besetzten Häuser.
Mai 1980: In SO 36 findet der erste Polizeieinsatz gegen ein gerade besetztes Haus statt. Zur gleichen Zeit im Abgeordnetenhaus spricht sich Bausenator Ristock für eine verstärkte Instandsetzung von Altbauwohnungen aus.
Juni 1980: Nach der Räumung eines Hauses in Kreuzberg 61 gründen die Instandbesetzer den Besetzerrat. In Verbindung mit den Mieterinitiativen, die sich stadtweit gegen die drohende Aufhebung der Mietpreisbindung zusammengeschlossen haben, wird Wohnungsnot, Leerstand und „Luxussanierung" mit unbezahlbaren Mieten langsam zu einem öffentlichen Thema. Besetzungen finden in der Regel mit Unterstützung der Anwohner statt. Gleichzeitig häufen sich aber die Polizeiaktionen gegen besetzte Häuser und in der Presse beginnt die erste Hetzkampagne.
Dezember 1980: Der Bausenator setzt noch auf Befriedung. Er gewinnt das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt für einen Vermittlungsvorschlag, wonach die Besetzer, in deren Häuser noch nicht mo-

dernisiert werden soll, Verträge und Mittel für Instandsetzung erhalten sollen. Für die, die mit ihrer Besetzung die Modernisierung „verhindern", sollen zwei Ersatzhäuser in der Admiralstraße zur Verfügung gestellt werden, die die AWO in Erbpacht übernimmt.
12. Dezember 1980: Die Polizei verhindert
die Besetzung eines Hauses am Fraenkelufer (in der Nähe der vorgesehenen Ersatzhäuser). Im Anschluß an die verhinderte Besetzung kommt es zu Straßenschlachten, die die ganze Nacht dauern und mit unzähligen Festnahmen und Verletzten enden.

Mit dieser Nacht beginnt die offene Konfrontation zwischen dem Senat und den Besetzern. Die Vermutung, daß sie von seiten der Polizeiführung bewußt provoziert worden war, bestätigt sich, als die Polizei der Presse die falsche Information gibt, sie hätten mit ihrem Einsatz die Besetzung der Ersatzhäuser in der Admiralstraße verhindern sollen.

Der Besetzerrat erklärt auf einer Pressekonferenz, daß es keine Verhandlungen um die Häuser mehr geben könne, solange nicht alle Festgenommenen wieder frei sind. Aber die meisten werden nicht freigelassen; in den ersten Prozessen kommt es im Gegenteil zu hohen Strafen. Spontane Demonstrationen werden immer wieder zusammengeknüppelt. Die Militanz der Hausbesetzer wächst – und die Zahl ihrer Unterstützer: 15000 bis 20000 nehmen an einzelnen Demonstrationen teil.
Januar 1981: Auf einer Veranstaltung, zu der u.a. die Kreuzberger evangelische Kirche eingeladen hat, wird vom Besetzerrat ein Vermittlerkreis benannt, der mit dem Senat um die Freilassung der Leute verhandeln soll.

Mitte Januar tritt der Stobbe-Senat zurück. Äußerer Anlaß ist der Garski-Skandal. Aber wesentlicher Grund war auch die gescheiterte Wohnungspolitik und das ungelöste Instandbesetzer-Problem.

Der Vogel-Senat setzt eine Kommission zur Lösung des Hausbesetzer-Problems ein. Die verstärkte Förderung von Selbsthilfeprojekten wird angekündigt. Ein 20-Millionen-Programm für die Instandsetzung von leerstehenden Altbauwohnungen wird zusammengebastelt. In der Folge fließt das Geld allerdings weniger in leerstehende

setzer wieder einig, daß alle Gespräche und Vermittlungen abzulehnen sind.

Aber inzwischen stehen Neuwahlen an. Viele befürchten einen CDU-Sieg und wollen deshalb versuchen, mit dem alten Senat vorher noch das Treuhandmodell abzusichern. Der Vermittlerkreis verhandelt weiter. Die Wahlkampfsituation scheint zudem günstig. Alle Parteien sind gezwungen, Wohnungspolitik zu einem Thema zu machen; die Wende in der Wohnungspolitik soll endlich stattfinden. Selbst Diepgen von der CDU erklärt, daß Steine Argumente sein können und daß die Instandbesetzer mit ihren Aktionen erst das Bewußtsein für die verfehlte Wohnungspolitik geschaffen
hätten.

Vermittlerkreis und Bausenator Ulrich handeln ein Vertragswerk aus, das weitergeht als das Treuhandmodell und vorsieht, daß ein zu gründender Träger die Häuser in Erbpacht übernimmt. Aber die Unterschrift zögert der Bausenator bis zu den Wahlen hinaus und erklärt dann, jetzt dürfe er nicht mehr. Meinungsumfragen aus dieser Zeit ergeben, daß 56% der Bevölkerung die Instandbesetzungen gutheißen.
Mai 1981: Die Wahlen führen zu einem von der FDP tolerierten CDU-Minderheitssenat. Aber auch die AL ist mit neuen Sitzen im Abgeordnetenhaus vertreten.

Der neue Senat läßt die ersten Häuser räumen. In einem Teil der Medien wird versucht, die Diskussion um die wohnungspolitischen Ziele der Besetzer durch die Hetze gegen die „Gewalt" der Besetzer zu ersetzen. Aber noch läßt die Brutalität der Polizei, die auch vor Journalisten nicht haltmacht, die Solidarität mit den Besetzern weiter wachsen. Die Patenschaftsbewegung entsteht: Kirchengemeinden, Gewerkschaftsgruppen, Professoren, Künstler übernehmen Patenschaften für einzelne besetzte Häuser. Ihr Ziel ist es, Durchsuchungen und Räumungen zu verhindern und die Häuser im Stadtteil zu verankern.
Juni 1981: Die AL beantragt im Abgeordnetenhaus ein Amnestie-Gesetz für alle im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen Verhafteten und Verurteilten. Eine gleichzeitig stattfindende Demonstration, an der sich 15000 beteiligen, endet mit einer Straßenschlacht, als ein Teil versucht, die Bannmeile vor dem Rathaus Schöneberg zu durchbrechen. Die Gewaltfrage beherrscht die öffentlichen Medien, aber erstmal wird nicht weiter geräumt, trotz einer entsprechenden Ankündigung des Bausenators Ende Juli. Um die angekündigten Räumungen zu verhindern, wird TUWAT organisiert, ein europaweiter Kongreß der „Scene", der einen Monat lang dauern soll. Er fällt klei-

sprächskreis für eine friedliche Lösung zu organisieren. Die Besetzer sind erstmal nicht bereit zu verhandeln. Sie beginnen sich zu isolieren, setzen mehr und mehr nur auf ihre eigene Militanz.
Januar 1982: Der Kreuzberger Besetzerrat schlägt ein Modell vor, das eine Spaltung der Besetzer in Verhandler und Nicht-Verhandler verhindern soll, da inzwischen einzelne Häuser doch wieder mit Verhandlungen begonnen haben. Der Kreuzberger Vorschlag, der vorsieht, daß ein Trägermodell ausgehandelt wird mit unterschiedlichen Möglichkeiten für die einzelnen Häuser, aber erst unterschrieben werden soll, wenn alle abgesichert sind, findet die Unterstützung der Mehrheit. Die Vermittler und Paten beginnen erneut, mit dem Senat zu verhandeln.

Der Neue Heimat-Skandal läßt die NH unter Druck geraten; die Besetzer versuchen, den anstehenden Gewerkschaftstag für eine Mobilisierung zu nutzen. In Westberlin wird ein neuer DGB-Landesvorsitzender gewählt: Pagels sorgt persönlich dafür, daß zwischen NH und Besetzern wieder Verhandlungen aufgenommen werden.

Einzelne Häuser werden wieder geräumt. Aber mit Unterstützung der evangelischen Kirche und dem öffentlichen Beifall des Senats wird die Netzbau als erster zukünftiger Träger gegründet.
Sommer 1982: Für die NH-Häuser und den Kreuzberger Kiez werden weitere Träger gegründet, die darauf angelegt sind, daß langfristig auch nicht besetzte Häuser von ihren Bewohnern in Selbstverwaltung übernommen werden können.

Die Verhandlungen zwischen Besetzern und NH geraten soweit, daß es für den Abschluß der Verträge im wesentlichen nur noch der Zustimmung des Senats bedarf. Sie drohen daran zu scheitern, daß der Senat der NH nicht die gewünschten Entschädigungen zahlen will.

Zum Jahrestag des 22. September wird versucht, eine Aktionswoche zu organisieren. Die Mobilisierung mißlingt weitgehend, von der einst großen Patenbewegung ist nicht mehr viel zu sehen. Wohnungspolitik ist vor Arbeitslosigkeit, Einsparungen und Kürzungen der Sozialleistungen in den Hintergrund gerückt. Lediglich eine große Demonstration kommt zustande.
Oktober 1982: Einzelne Häuser in Kreuzberg kommen zu Verträgen, z.T. in letzter Minute vor einer drohenden Räumung. Dafür wird für einige Häuser in Neukölln und Wedding die Situation immer bedrohlicher.

Ende Oktober, nachdem sich der DGB erneut in die Verhandlungen eingeschaltet hat, akzeptiert der Senat die Vertragsentwürfe für die NH-Häuser. Die Differenzen – bezüglich Höhe des Pachtzinses und der Frage der öffentlichen Standorte – scheinen lösbar. An dem Tag, als der Senat die Vereinbarungen zwischen NH und Besetzern akzeptiert, werden in Neukölln zwei bezirkseigene Häuser geräumt und abgerissen.
November 1982: Der Innensenat läßt zwei NH-Häuser in Schöneberg räumen. Bausenator und NH erklären hinterher, es sei ohne ihr Wissen geschehen. DGB, Träger, Paten und Besetzer fordern die Rückgabe der Schlüssel für die beiden Häuser. Zwei Tage später werden zwischen Bausenator, NH und Besetzern die Rückgabemodalitäten ausgehandelt. Doch die Rückgabe der Schlüssel findet nicht statt: zwei Tage später erklärt der Senat, der Vertrag entspreche nicht den mündlich getroffenen Vereinbarungen, und verweigert seine Zustimmung. Die Verhandlungen werden abgebrochen.

„Der Apparat“: Orwells Vision für 1984 schon Wirklichkeit?

Ein Buch über das, was die Polizei gerne vor der Öffentlichkeit verbergen will

gkr. War es nicht widerwärtig, wie Schleswig-Holsteins neuer Ministerpräsident Barschel nach der Festnahme von Christian Klar seine Pressekonferenz abhielt und dabei einen vermummten Polizisten präsentierte, der über die Festnahme berichtete? Es sollte wohl eine der Stunden sein, wo über das Vehikel der „Terroristengefahr“ die Polizei, ihre Arbeit und vor allem ihr Ausbau gerechtfertigt werden kann. Es sollte nach dem alten, seit Anfang der 70er Jahre mehr oder weniger bewährten, vor allem aber praktizierten Verfahren vorgegangen werden: Eine gesellschaftlich isolierte Gruppe wie die RAF wird zur Gefahr für den Fortbestand des Staates aufgebaut, mit Verweis auf ihre Existenz und die von ihr angeblich drohende Gefahr wird der Polizeiapparat, d.h. der Unterdrückungsapparat, ausgebaut.

Aber was Anfang bis Mitte der 70er Jahre vielleicht noch ging, was Teilen der Bevölkerung noch vorgegaukelt werden konnte, das hat mittlerweile auch den Schein der Wirklichkeit verloren. Barschel steht da durchaus exemplarisch. Hat er doch seinen Namen, seine Bekanntheit nicht, weil er als Innenminister für erfolgreiche „Terroristenjagd“ verantwortlich war. So wie dort ist mittlerweile längst offensichtlich geworden, daß der Ausbau der Polizei der Niederschlagung von Volksbewegungen gegolten hat und gilt, sei es gegen Brokdorf, Kalkar, Gorleben oder andere Kernkraftwerke, gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen oder gegen die Hausbesetzer in Westberlin.

Der Ausbau dieses „Apparats“ wurde im wesentlichen unter der SPD/FDP-Regierung erreicht. Und so wird das Buch von Rolf Gössner und Uwe Herzog „Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei“*, das im Herbst dieses Jahres erschien, gleichzeitig zu einem Stück Bilanz der Politik in Sachen innere Sicherheit, die diese Koalition betrieb.

In vier Dossiers wird dem nachgegangen, was die Polizei so gerne hinter verschlossenen Türen hält und was nur in besonders extremen Fällen an das Licht der Öffentlichkeit kommt. „Dieses Buch handelt vielmehr vom alltäglichen Umgang der Polizei mit dem Bürger“, so schreiben die Verfasser im Vorwort. Und sie zeigen anhand verschiedener Fälle, daß willkürliche und maßlose Prügeleien von Polizisten nicht auf Demonstranten beschränkt sind, daß die Datenerfassung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß Millionen Menschen in den Speichern der Polizei lagern.

„Unter Ausschluß der Öffentlichkeit“; „Die Herren der Lage – Großeinsätze“ einschließlich der Ausbildung und dem systematischen Drill von Polizeibeamten; „Todesopfer der ‚Inneren Sicherheit‘“, so sind die vier Dossiers überschrieben. In den ersten drei ist die Praxis der Polizei vor allem anhand von Einzelbeispielen erläutert, wobei, soweit vorhanden, entsprechend geheime Dokumente, Anweisungen, Erlasse etc., auch Einzelaussagen von Polizeibeamten, zum Beleg beigefügt sind. Immer wieder zeigen die Verfasser dabei, wie schwer, ja fast aussichtslos es ist, gegen Übergriffe der Polizei auf juristischem Wege etwas zu erreichen. Wurde jemand auf der Wache verprügelt und hat eine Platzwunde am Kopf, so ist er eben beim Gang in die Zelle gestürzt und hat sich dabei verletzt. Nur wenige Polizisten brechen aus der Maschinerie aus, nachdem sie im Laufe ihrer Ausbildung systematisch ihr Rückgrat gebrochen bekommen haben.

Das vierte Dossier enthält vor allem Material über den Aufbau des Polizeiapparates, über seine Entwicklung, über „das unsichtbare Datennetz“ und über polizeiliche Einsatzmittel.

Trotz eines Schlußkapitels unter dem Titel „Vom Rechtsstaat zum Polizei(rechts)staat“, in dem eine einordnende Analyse versucht wird, ist das Buch in erster Linie eine Art Materialsammlung, ganz sicher nicht wahllos zusammengestellt, sondern darauf ausgerichtet zu zeigen, daß und wie dieser oft weitgehend anonyme Apparat gegen die Masse der Menschen in der BRD eingesetzt wird. Als Beleg hierfür wird z.B. Horst Herold, früherer Chef des BKA, aus einem Interview von 1980 zitiert: „Wir (d.h. die Polizei) müssen mit Situationen kalkulieren, die mir nicht für immer ausgeschlossen scheinen: wirtschaftlich-ökonomische Krisen etwa, depressive Prozesse, in denen die Zuwachsraten von 2 Prozent sich auf Null minimalisieren, was sich dann schlagartig im Bewußtsein der Bevölkerung niederschlagen kann. Staatsverdrossenheit, Autoritätsverfall, Loyalitätskrisen, Erschütterung der staatlichen Organe, Umwertung der Tradition, die die Staatsapparate in aller Welt tragen: Pflichtgefühl, Gehorsam, Disziplin, Verschwiegenheit, Geheimnis, Leistung – all dies ist längst in einem Umformungsprozeß begriffen.“ (S. 314 f.)

Wer also eine *Analyse* des Polizeistaates sucht, wird eher zu anderen Büchern greifen, genauso wie jemand, der sich für einzelne Komplexe interessiert, z.B. Einsatz und Verhalten der Polizei in der Auseinandersetzung um die Startbahn West. Dazu gibt es durchaus ausführlichere Lektüre, auch mit ausführlicheren Belegen, von der Bürgerinitiative, von Journalisten etc. Wer aber für eine theoretische Analyse das Anschauungsmaterial sucht, wer den Schluß von der Praxis der Polizei bei der Auseinandersetzung um die Startbahn West auf ihr Verhalten in anderen Fällen nicht allein mit seinem Menschenverstand begründen will, wer in Auseinandersetzungen mit der Polizei deren Praxis veröffentlichen will, um ihre Möglichkeiten so einzuschränken und dabei eben auch andere Beispiele heranziehen will, der kann mit dem Buch einiges anfangen. Die Hoffnung, daß Menschen, die nach wie vor in der Polizei keine Gefahr, sondern Garanten ihrer Freiheit, als Mensch zu leben, sehen, dieses Buch lesen und dabei grundsätzlich neue Erkenntnisse gewinnen, hege ich nicht. Neue Erkenntnisprozesse werden sich eher bei solchen Auseinandersetzungen vor Ort wie um die Startbahn West abspielen. Sie müßten dann vertieft werden. Dazu taugt das Buch.

Zum Schluß aber doch noch eine kritische Anmerkung: „Die düstere Wirklichkeit des bundesdeutschen Polizei- und Sicherheitsapparates und seiner Auswirkungen soll keinesfalls dazu verleiten, in Resignation zu verfallen. Im Gegenteil: Trotz aller Widrigkeiten müssen aus den gewonnenen Erkenntnissen *politische Konsequenzen* gezogen werden, soll der drohende und in Ansätzen bereits etablierte ‚Polizeirechtsstaat‘ noch verhindert werden.“ So schreiben die Verfasser. Genau die Resignation kommt aber bei der Lektüre des Buches fast unvermeidlich auf. Wahrscheinlich, weil im Verlaufe von über 300 Seiten nur die Tätigkeit der Polizei und wie sie von der Justiz gedeckt wird, dargestellt wird, nicht aber zugegebenermaßen oft schwierige politische Gegenmaßnahmen. Zwei Seiten am Schluß darüber können diesen Eindruck schwerlich revidieren.

* *Rolf Gössner, Uwe Herzog: Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei, Kiepenheuer & Witsch, 368 Seiten, 19,80 DM*

als Innenminister für erfolgreiche „Terroristenjagd“ verantwortlich war. So wie dort ist mittlerweile längst offensichtlich geworden, daß der Ausbau der Polizei der Niederschlagung von Volksbewegungen gegolten hat und gilt, sei es gegen Brokdorf, Kalkar, Gorleben oder andere Kernkraftwerke, gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen oder gegen die Hausbesetzer in Westberlin.

Der Ausbau dieses „Apparats“ wurde im wesentlichen unter der SPD/FDP-Regierung erreicht. Und so wird das Buch von Rolf Gössner und Uwe Herzog „Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei“*, das im Herbst dieses Jahres erschien, gleichzeitig zu einem Stück Bilanz der Politik in Sachen innere Sicherheit, die diese Koalition betrieb.

In vier Dossiers wird dem nachgegangen, was die Polizei so gerne hinter verschlossenen Türen hält und was nur in besonders extremen Fällen an das Licht der Öffentlichkeit kommt. „Dieses Buch handelt vielmehr vom alltäglichen Umgang der Polizei mit dem Bürger“, so schreiben die Verfasser im Vorwort. Und sie zeigen anhand verschiedener Fälle, daß willkürliche und maßlose Prügeleien von Polizisten nicht auf Demonstranten beschränkt sind, daß die Datenerfassung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß Millionen Menschen in den Speichern der Polizei lagern.

Trotz eines Schlußkapitels unter dem Titel „Vom Rechtsstaat zum Polizei(rechts)staat“, in dem eine einordnende Analyse versucht wird, ist das Buch in erster Linie eine Art Materialsammlung, ganz sicher nicht wahllos zusammengestellt, sondern darauf ausgerichtet zu zeigen, daß und wie dieser oft weitgehend anonyme Apparat gegen die Masse der Menschen in der BRD eingesetzt wird. Als Beleg hierfür wird z.B. Horst Herold, früherer Chef des BKA, aus einem Interview von 1980 zitiert: „Wir (d.h. die Polizei) müssen mit Situationen kalkulieren, die mir nicht für immer ausgeschlossen scheinen: wirtschaftlich-ökonomische Krisen etwa, depressive Prozesse, in denen die Zuwachsraten von 2 Prozent sich auf Null minimalisieren, was sich dann schlagartig im Bewußtsein der Bevölkerung niederschlagen kann. Staatsverdrossenheit, Autoritätsverfall, Loyalitätskrisen, Erschütterung der staatlichen Organe, Umwertung der Tradition, die die Staatsapparate in aller Welt tragen: Pflichtgefühl, Gehorsam, Disziplin, Verschwiegenheit, Geheimnis, Leistung – all dies ist längst in einem Umformungsprozeß begriffen.“ (S. 314 f.)

Wer also eine *Analyse* des Polizeistaates sucht, wird eher zu anderen Büchern greifen, genauso wie jemand, der sich für einzelne Komplexe interessiert, z.B. Einsatz und Verhalten der Polizei in der Auseinandersetzung um die

Im Januar erscheint die Monatszeitschrift **Kommune. Forum für Politik und Ökonomie** zum ersten Mal. Sie soll die positiven Seiten der bisherigen Publikationen des KBW „Kommunistische Volkszeitung“ und „Kommunismus und Klassenkampf“ – politische Analyse und theoretische Debatte – aufgreifen und weiterentwickeln.

Nicht nur Name und Erscheinungsrhythmus soll geändert werden, sondern Konzeption und Entwicklung der Zeitschrift sollen von einem Kreis von persönlichen Herausgebern verantwortet werden. Dieser Herausgeberkreis soll sich um Genossinnen und Genossen erweitern, die an der Zeitschrift mitarbeiten wollen und wie wir ihre politische Perspektive aus einer Kritik des Kapitalismus *und* des Staatsmonopolismus entwickeln und alle Elemente der gesellschaftlichen Bewegung als Kräfte der Umwälzung fördern und begreifen.

Die Form einer unabhängigen Monatszeitschrift soll die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit und unter den Linken erleichtern. Dies halten wir für eine Bedingung, um in der jetzigen Situation der Neugruppierung der Linken, alte Leser wiederzugewinnen und neue Leser zu erreichen.

Die Themenschwerpunkte von **Kommune. Forum für Politik und Ökonomie** sehen wir zunächst in der aktuellen Analyse und theoretischen Klärung auf diesen Gebieten:

★ Untersuchung und Auseinandersetzung mit den wichtigen Problemen der Gewerkschafts-, Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung. Aufklärung der inneren Widersprüche dieser Bewegungen auch auf dieser Grundlage, statt uns in taktischen Auseinandersetzungen und Bündnissen festzufahren.

★ Aufgrund der Anstöße der Ökologiebewegung wird es für uns als Marxisten besonders wichtig sein, die Entwicklung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erneut zu untersuchen, seine emanzipatorischen Tendenzen zu erfassen, wie aber auch die Formbestimmtheit der Produktivkräfte durch den Kapitalismus zu kritisieren, die sie bis in die materielle Gestalt der Produktionsmittel hinein als Destruktivkräfte prägt.

★ Wir werden uns bemühen, über die Entwicklung des Befreiungskampfes der Dritten Welt zu unterrichten und den Zusammenhang mit den Kämpfen in den entwickelten kapitalistischen und staatsmonopolistischen Ländern aufzuhellen.

★ In Westeuropa werden wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, ob und inwiefern sich mit den verschiedenen linken Regierungen Möglichkeiten zeigen, die reaktionäre Wende zu brechen, und Formen entwickeln, die an die Revolution heranführen. In Osteuropa werden wir untersuchen, welche Bedingungen der Emanzipation im Widerspruch von Staatsmonopol und Gesellschaft heranreifen. Welche Möglichkeiten eröff-

Veranstaltungen

Aachen
Zimbabwe zwei Jahre nach der Befreiung. Veranstaltung mit Thomas Frank. Thomas Frank hat die letzten 14 Monate in der Hauptstadt Harare gearbeitet.
Mittwoch, 1. Dezember, 19.30 Uhr
Che-Haus, Pontstr. 41

Frankfurt
Zimbabwe zwei Jahre nach der Befreiung. Veranstaltung mit Thomas Frank
Donnerstag, 2. Dezember, 19.30 Uhr
Dritte-Welt-Haus, Frankfurt-Nordend, Ecke Lenaustr. / Neuhofstr.

Karlsruhe
Strategie der ZANU zur Umgestaltung Zimbabwes. Veranstaltung mit Thomas Frank
Freitag, 3. Dezember, 19.30 Uhr
Gaststätte Tivoli, Rüppurerstr. 94

Arbeitsgruppen

AG Wohnungswesen
Auf dem Treffen werden zwei Schwerpunkte behandelt werden. Erstens geht es darum, inwiefern *Bau- und Wohnungsgenossenschaften* ein Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage sind. Dazu werden Literatur- und Erfahrungsberichte vorbereitet und die Erwiderung des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen auf einen Aufsatz von Klaus Novy zur wohnungswirtschaftlichen Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung behandelt. Zweitens soll das Ausmaß der *Wohnungsnot* genauer erfaßt werden; dahinter steht die Kontroverse um die Notwendigkeit von Neubau oder Erhaltung und Umverteilung bestehenden Wohn- und Geschäftsraumes. Am Rande sollten wir noch die jüngsten wohnungspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung und die Kritik des Sachverständigenrates daran behandeln.
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

AG Bildungswesen
nähere Angaben siehe KVZ 42, S. 5
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

AG I: **Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus**
nähere Angaben siehe oben
11./12. Dezember, Beginn 14.00 Uhr

Frauenkonferenz
Inhaltliche Schwerpunkte sollen sein: – historische Entwicklung des weiblichen Arbeitsmarktes und Auswirkungen auf die Familienpolitik; – wie schlägt sich die Rolle der Frau als disponible Arbeitskraft in Gesetzen und Ideologie nieder? – Welche Kämpfe hat die Frauen- und Arbeiterbewegung geführt zur Verbesserung der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und zur Bewältigung der Reproduktionsaufgaben? Untersucht werden sollten diese Fragen für 3 Zeitabschnitte: Weimarer Republik, Faschismus und Nachkriegsgeschichte bis heute.
15./16. Januar, Beginn 14.00 Uhr

Arbeitsseminar über Gramsci
Zu diesem Arbeitsseminar laden die Zeitschriften „Aufsätze zur Diskussion“ (NHT), „Sozialismus. Marxistische Zeitschrift“ (SOST) und „Kommunismus und Klassenkampf“ (KBW) ein.
Beginn: Samstag, 4.12.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.12., nachmittags

Gegen die BAföG-Pläne der Regierung und die Absicht, Hochschulen wieder zu Eliteschulen zu machen

Aufruf der Fachschaftsvertretervollversammlung der Uni Heidelberg zur BAföG-Demonstration am 4.12. in Bonn. Der Aufruf ist als Vorschlag an die Uni-Vollversammlung gedacht und soll zur Anregung für andere Hochschulen dienen.

Einschränkungen beim BAföG haben Tradition. Durch die 7. BAföG-Novelle und das 2. Haushaltsstrukturgesetz von 1981 hatte z.B. die SPD-FDP-Regierung nach Angaben der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) Einsparungen von etwa einer Milliarde DM beschlossen. Angesichts der Streichungspläne der neuen Bundesregierung erscheint das inzwischen als bescheidende Vorübung.

Die Bundesregierung plant, das Schüler-BAföG so zusammenzustreichen, daß von jetzt ca. 500000 geförderten Schülern (davon 34% auf dem 2. Bildungsweg) weniger als 100000 übrigbleiben. Der Schülerbedarfssatz wird von 275 auf 200 DM gesenkt werden – der Elternfreibetrag von 1400 auf 1100 DM.

Auch beim BAföG für Studenten soll gekürzt werden; Fahrtkostenzuschüsse werden gestrichen, die Elternfreibeträge für Doppelverdiener heruntergesetzt, vor allem aber: das BAföG für Studenten soll auf Volldarlehen umgestellt werden.

Das bedeutet für BAföG-Empfänger einen Schuldenberg von bis zu 50000 DM nach dem Studium! Das INFAS-Institut hat ermittelt, daß ca. 150000 Studenten ihr Studium daraufhin abbrechen würden. Offensichtlich würden finanziell Schwache am stärksten betroffen sowie Frauen, deren Berufsaussichten sich besonders verschlechtern.

Wenn man bedenkt, daß 1971, bei Einführung des BAföG, 41% der Studenten BAföG erhielten, während es heute gerade noch 27% sind, daß BAföG damals auf reiner Zuschußbasis gewährt wurde, während inzwischen der Darlehensanteil ständig zugenommen hat, daß in derselben Zeit die Zahl der Studenten, deren Eltern keineswegs reich sind, zugenommen hat, dann wird klar, daß das BAföG bereits jetzt nur noch eine Ruine darstellt. Von dem Anspruch, durch ausreichende Studienförderung breiteren Bevölkerungsschichten den Hochschulzugang zu erleichtern, ist fast nichts übriggeblieben.

Es ist eine bittere Ironie, daß infolge dieser Entwicklung der Großteil der Studenten von den BAföG-Kürzungen deswegen nicht direkt materiell betroffen ist, weil er schon lange keine Chance mehr hat, BAföG zu bekommen. Nicht zufällig müssen immer mehr Studenten jobben. Gerade diese Spaltung will die Regierung ausnutzen, um mit ihren Plänen leichter durchzukommen.

Tatsächlich werden sich jedoch die Folgen der BAföG-Änderungen nicht nur auf die 27% BAföG-Empfänger auswirken. Geplant sind nämlich auch zwei Regelungen, die den Konkurrenzkampf unter allen Studenten verschärfen werden:

– 5000 DM BAföG-Schulden werden erlassen, wenn das Studium 4 Monate vor Ablauf der Förderungshöchstdau-

Wenn man bedenkt, daß 1971, bei Einführung des BAföG, 41% der Studenten BAföG erhielten, während es heute gerade noch 27% sind, daß BAföG damals auf reiner Zuschußbasis gewährt wurde, während inzwischen der Darlehensanteil ständig zugenommen hat, daß in derselben Zeit die Zahl der Studenten, deren Eltern keineswegs reich sind, zugenommen hat, dann wird klar, daß das BAföG bereits jetzt nur noch eine Ruine darstellt. Von dem Anspruch, durch ausreichende Studienförderung breiteren Bevölkerungsschichten den Hochschulzugang zu erleichtern, ist fast nichts übriggeblieben.

Es ist eine bittere Ironie, daß infolge dieser Entwicklung der Großteil der Studenten von den BAföG-Kürzungen deswegen nicht direkt materiell betroffen ist, weil er schon lange keine Chance mehr hat, BAföG zu bekommen. Nicht zufällig müssen immer mehr Studenten jobben. Gerade diese Spaltung will die Regierung ausnutzen, um mit ihren Plänen leichter durchzukommen.

Tatsächlich werden sich jedoch die Folgen der BAföG-Änderungen nicht nur auf die 27% BAföG-Empfänger auswirken. Geplant sind nämlich auch zwei Regelungen, die den Konkurrenzkampf unter allen Studenten verschärfen werden:

– 5000 DM BAföG-Schulden werden erlassen, wenn das Studium 4 Monate vor Ablauf der Förderungshöchstdau-
er beendet wird

– ¼ der Darlehensschuld wird den 30% examensbesten BAföG-Empfängern erlassen.

Das bedeutet: das „Jeder gegen Jeden“ wird gefördert; kollektive Arbeitsformen werden noch weiter zurückgedrängt; und wer wird sich z.B. noch die Zeit nehmen, Erstsemester einzuführen? Dozenten werden mit den Noten nicht mehr nur die Berufsaussichten mitbestimmen; sie entscheiden dann auch direkt über den Schuldenberg von Studenten; BAföG-Empfänger werden den guten Noten nachjagen müssen und damit Druck auf die anderen ausüben.

Die CDU versucht, die BAföG-Umstellungen auf Darlehen mit zwei „Argumenten“ zu verkaufen: einerseits seien eben die Kassen leer und andererseits sollten die späteren akademischen Spitzenverdiener ruhig für ihre gute Ausbildung zahlen. Das ist pure Demagogie und steht im Widerspruch zu zwei Fakten. Die Darlehen werden (nach GEW-Zahlen) frühestens 1991 zurückfließen und sind dann durch Inflation, Zahlungsunfähigkeit arbeitsloser Akademiker und Verwaltungsaufwand so gut wie weggefressen. Die Rückzahlungsregelung sieht vor, daß Hochschulabsolventen mit mehr als 960 DM Einkommen ihre Schulden in Raten von mindestens 120 DM abstottern müssen. Offensichtlich sollen also nicht nur die „Spitzenverdiener“ zahlen; späteren Zahnärzten kann das egal sein; wer aber nicht mit der Absicht studiert, viel zu verdienen oder keine Aussicht auf einen „Spitzenverdienst“ hat, Stichwort Akademikerarbeitslosigkeit, der wird durch diese Regelung abgeschreckt.

Worum es bei den BAföG-Plänen in Wirklichkeit geht, formuliert Bundesbildungsministerin Wilms schon ganz gut: „... die nun zehnjährigen Erfahrungen mit dem BAföG sind nicht nur positiver Art. Vielmehr zwingen sie uns zu der Erkenntnis, daß wir die Struktur des BAföG in einigen Punkten gerade unter gesellschafts- und ordnungspolitischen Aspekten neu durchdenken müssen. Wir müssen auch hier die Chance nutzen, aus der Krise heraus einen neuen Anfang zu wagen.“ (Rede bei der Amtsübernahme des BMBW am 4.10.82)

Hochschulen sollen wieder Eliteschulen werden

Die Geschichte der Bildungsplanung und des BAföG zeigt vor allem ökonomische Einflußfaktoren. 1971, als das BAföG von allen Parteien gemeinsam eingeführt wurde, rechnete die Wirtschaft mit einem rapide erhöhten Bedarf an wissenschaftlich geschulten Arbeitskräften, die in der Lage sein sollten, Maschinen zu konstruieren, zu kontrollieren, die Betriebsführung zu übersehen und flexibel und verantwortlich zu arbeiten. Diese Erwartung erforderte die soziale Öffnung der Hochschulen, des 2. Bildungsweges und die Expansion des Schulwesens (verstärkte Lehrerausbildung). In Anbetracht der Tatsache, daß das Einkommen vieler Familien nicht ausreicht, um eine höhere Bildung ihrer Kinder zu finanzieren, sollte ihnen durch das BAföG der Hochschulzugang eröffnet und damit der erforderliche Arbeitskräftenachschub garantiert werden.

Es stellte sich aber heraus, daß 1. das Bildungsinteresse der Bevölkerung unterschätzt worden war und ein Ansturm auf die Hochschulen einsetzte, den niemand erwartet hatte, und 2. die Bedarfsprognosen für umfassend ausgebildete Kopfarbeiter korrigiert werden konnten, da es technologisch möglich ist, die Arbeit der wissenschaftlich

Hochschulen sollen wieder Eliteschulen werden

Die Geschichte der Bildungsplanung und des BAföG zeigt vor allem ökonomische Einflußfaktoren. 1971, als das BAföG von allen Parteien gemeinsam eingeführt wurde, rechnete die Wirtschaft mit einem rapide erhöhten Bedarf an wissenschaftlich geschulten Arbeitskräften, die in der Lage sein sollten, Maschinen zu konstruieren, zu kontrollieren, die Betriebsführung zu übersehen und flexibel und verantwortlich zu arbeiten. Diese Erwartung erforderte die soziale Öffnung der Hochschulen, des 2. Bildungsweges und die Expansion des Schulwesens (verstärkte Lehrerausbildung). In Anbetracht der Tatsache, daß das Einkommen vieler Familien nicht ausreicht, um eine höhere Bildung ihrer Kinder zu finanzieren, sollte ihnen durch das BAföG der Hochschulzugang eröffnet und damit der erforderliche Arbeitskräftenachschub garantiert werden.

Es stellte sich aber heraus, daß 1. das Bildungsinteresse der Bevölkerung unterschätzt worden war und ein Ansturm auf die Hochschulen einsetzte, den niemand erwartet hatte, und 2. die Bedarfsprognosen für umfassend ausgebildete Kopfarbeiter korrigiert werden konnten, da es technologisch möglich ist, die Arbeit der wissenschaftlich
geschulten Kräfte in ihre einzelnen Funktionen aufzulösen, z.B. in Bildschirmablesen, Programmeinfüttern, Zahlenreihenschreiben usw., und nur ein geringerer Bedarf an „Führungskräften“ übrigbleibt.

Diese Entwicklung bedeutet für die Unternehmer, daß es sich nicht „lohnt“, die weitere Expansion des Bildungswesens zu finanzieren und ebensowenig, der großen Masse der Auszubildenden eine umfassende wissenschaftliche Ausbildung zu gewährleisten. Wenn die CDU davon redet, die „Chance“ der Krise zu nutzen, um ihre „ordnungs- und gesellschaftspolitischen“ Vorstellungen zu verwirklichen, heißt das, daß die Bildungsplanung so konsequent wie möglich auf den neuen Arbeitskräftebedarf der Unternehmen zugeschnitten werden soll.

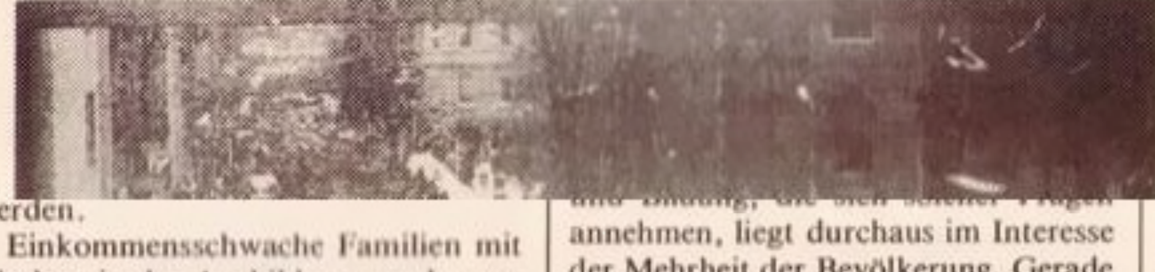
Drastisch ausgedrückt: Viel Bildung für wenige – „Exzeptionell begabte Studenten brauchen einerseits besondere Entfaltungsmöglichkeiten und ein besonderes Maß an Freiheit, um ihre Interessen und Talente entfalten zu können ... Sollte man über ein Bündel einzelner Möglichkeiten und Maßnahmen nachdenken, die allesamt dazu angetan sein könnten, den besonders Befähigten das Leben, Arbeiten und Fortkommen an der Hochschule leichter, sinnvoller und ergebnisreicher zu machen.“ (Elite-Papier des Wissenschaftsrates)

– Wenig Bildung für viele: für die große Masse der Studenten wird das Studium noch weiter verschult (z.B. die Einführung neuer, verschärfter Zwischenprüfungsordnungen in Geschichte und Romanistik in Heidelberg), die Geisteswissenschaften und Lehrerausbildung werden weiter zurückgedrängt (z.B. in Baden-Württemberg bevorzugte Stellenstreichung im geisteswissenschaftlichen Bereich und die Pläne zur Schließung der PH in Heidelberg). Damit werden die individuellen Hoffnungen auf Emanzipation durch Bildung wie auch das gesellschaftliche Interesse an besserer Ausbildung für viele dem spezifischen Bedarf an einseitig qualifizierten Kopflangern untergeordnet. Das BAföG wird zynischerweise für eine solche Bildungskonzeption eingesetzt. Einerseits sollen die Studenten durch zeitlichen und finanziellen Druck zur Anpassung gezwungen werden, andererseits sollen auch die Studentenzahlen eingedämmt werden.

Einkommensschwache Familien mit Kindern in der Ausbildung werden sowohl von den BAföG-Kürzungen als auch von Kürzungen an anderen Sozialleistungen betroffen – Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung – ganz abgesehen von der Senkung der Reallöhne. Trotzdem versucht die Bundesregierung, das BAföG gegen andere Sozialleistungen auszuspielen; dazu wird die Ausbildungsförderung als verzichtbares studentisches Privileg dargestellt. Es ist eine besondere Unverschämtheit, daß diejenigen die weitergehende Beseitigung des BAföG als Abbau von Privilegien verkaufen, die gerade Bildungsprivilegien für Eliten fordern und den Großteil der Bevölkerung vom Zugang zu einer umfassenden Bildung ausschließen wollen.

„Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“

Wir sind gegen Bildungsprivilegien für die Inhaber dicker Geldbeutel und sogenannte kleine leistungsfähige Eliten. Genauso sind wir gegen eine inhaltliche



werden.

Einkommensschwache Familien mit Kindern in der Ausbildung werden sowohl von den BAföG-Kürzungen als auch von Kürzungen an anderen Sozialleistungen betroffen – Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung – ganz abgesehen von der Senkung der Reallöhne. Trotzdem versucht die Bundesregierung, das BAföG gegen andere Sozialleistungen auszuspielen; dazu wird die Ausbildungsförderung als verzichtbares studentisches Privileg dargestellt. Es ist eine besondere Unverschämtheit, daß diejenigen die weitergehende Beseitigung des BAföG als Abbau von Privilegien verkaufen, die gerade Bildungsprivilegien für Eliten fordern und den Großteil der Bevölkerung vom Zugang zu einer umfassenden Bildung ausschließen wollen.

„Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“

Wir sind gegen Bildungsprivilegien für die Inhaber dicker Geldbeutel und sogenannte kleine leistungsfähige Eliten. Genauso sind wir gegen eine inhaltliche



Ausrichtung von Wissenschaft und Bildung, die sich nur an unternehmerischem und staatlichem Bedarf orientiert. Beides verhindert zunehmend den Einsatz der Wissenschaft zur Lösung der wirklichen gesellschaftlichen Probleme.

Wir wollen nicht zu Rationalisierungsexperten, Architekten mit Beton im Kopf, Sozialklempnern, Scharfrichtern usw. ausgebildet werden. Eine „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ (GEW), wie wir sie uns vorstellen, müßte sich z.B. für die Klärung folgender Fragen einsetzen:

– Wie kann eine Arbeitsteilung, die die Masse der Menschen zu maschinenartigen Handlangern oder automatenartigen Kopflangern degradiert, überwunden werden?

– Wie kann die Produktion organisiert werden, damit statt physischer und psychischer Verkrüppelung durch immer mehr intensivierte Arbeit auf der einen und dem Elend der Arbeitslosen auf der anderen Seite Sicherung der Existenz aller und mehr Freizeit geschaffen wird,

– Wie kann man ermöglichen, daß die geistigen und kulturellen Errungenschaften der Gesellschaft allen zugänglich werden?

– Wie kann der Raubbau an der Natur verhindert werden?

– Wie kann der Kriegsgefahr begegnet werden?

Die Finanzierung von Wissenschaft und Bildung, die sich solcher Fragen annehmen, liegt durchaus im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Gerade deswegen treten wir dafür ein, daß die Kosten wissenschaftlicher Ausbildung nicht, wie die CDU es will, privatisiert, sondern als gesellschaftliche Kosten anerkannt werden. Genauso wie die BAföG-Kürzungen lehnen wir aus diesem Grund auch die weiteren Pläne z.B. zur Einführung von Studiengebühren ab.

Nicht nur Studenten setzen sich für eine „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ ein. Auch die Gewerkschaften, die neuen sozialen Bewegungen (Friedens- und Ökologiebewegung z.B.) und Ausländerinitiativen formulieren in vielfältigen Ansätzen ihr Interesse daran. Beispiele sind etwa die im Kampf gegen das AKW Wyhl entstandene Wyhler Volkshochschule, die Walduniversität Mörfelden/Walldorf (Startbahn West), die Frauenuni Berlin, Wissenschaftsläden; von den Gewerkschaften her das z.T. massive Eingreifen in Studienreformdiskussionen und Ansätze zu „arbeitnehmerorientierter Wissenschaft“. Solche Ansätze wollen wir auch in die Universitäten hereinholen. Beispiele

annehmen, liegt durchaus im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Gerade deswegen treten wir dafür ein, daß die Kosten wissenschaftlicher Ausbildung nicht, wie die CDU es will, privatisiert, sondern als gesellschaftliche Kosten anerkannt werden. Genauso wie die BAföG-Kürzungen lehnen wir aus diesem Grund auch die weiteren Pläne z.B. zur Einführung von Studiengebühren ab.

Nicht nur Studenten setzen sich für eine „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ ein. Auch die Gewerkschaften, die neuen sozialen Bewegungen (Friedens- und Ökologiebewegung z.B.) und Ausländerinitiativen formulieren in vielfältigen Ansätzen ihr Interesse daran. Beispiele sind etwa die im Kampf gegen das AKW Wyhl entstandene Wyhler Volkshochschule, die Walduniversität Mörfelden/Walldorf (Startbahn West), die Frauenuni Berlin, Wissenschaftsläden; von den Gewerkschaften her das z.T. massive Eingreifen in Studienreformdiskussionen und Ansätze zu „arbeitnehmerorientierter Wissenschaft“. Solche Ansätze wollen wir auch in die Universitäten hereinholen. Beispiele

wie am Erziehungswissenschaftlichen Seminar, wo auf Initiative der Fachschaft ein Lehrauftrag für das Heidelberger Frauenhaus beschlossen wurde, müssen zahlreicher werden.

Wir begrüßen, daß der DGB mit uns gegen die BAföG-Kürzungen eintritt. GEW und DGB-Jugend rufen auch zur bundesweiten Demonstration am 4.12. in Bonn auf. Wir werden uns auch hier in Heidelberg bemühen, die bisherige Zusammenarbeit zwischen Fachschaftsvertretervollversammlung und Gewerkschaften weiter auszubauen. Wir sind uns bewußt, daß nur eine breite Kooperation, insbesondere mit den Gewerkschaften, den reaktionären Plänen in der Bildungspolitik wirksamen Widerstand entgegensetzen kann.

vds-Aufruf: Keine Antwort auf qualitative Absicht der Regierung

Wir rufen auf zur Beteiligung an der BAföG-Demonstration am 4. Dezember in Bonn.

Es wäre für diese Demonstration wünschenswert gewesen, wenn die vds Perspektiven aufgezeigt hätte, die über das BAföG allein hinausgehen und den Zusammenhang zu anderen Bewegungen deutlicher zeigten. Wir kritisieren daher die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) in drei Punkten.

– Der Aufruf der vds ist auf das BAföG beschränkt. Daher kann die notwendige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nur unzulänglich begründet werden. Der Aufruf kann kaum zeigen, daß es beim BAföG nicht nur um quantitative Fragen – um die Verteilung der Gelder und die Zahl der Arbeiterkinder an den Universitäten –, sondern auch um qualitative Fragen geht: daß das BAföG ein Mosaiksteinchen in den Plänen der Bildungsplaner ist, daß die Eingrenzung finanzieller und zeitlicher Spielräume, die Erzeugung von Anpassungsdruck und Konkurrenz auch ein Mittel ist, unerwünschte Inhalte und Fragen aus der Ausbildung herauszuhalten. Daher fällt auch der Zusammenhang zwischen den Kämpfen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen und den Kämpfen der Studenten ganz unter den Tisch.

– Wir begrüßen den Versuch der vds, ein breites Bündnis gegen die BAföG-Pläne zustande zu bringen. Die opportunistische Haltung der vds gegenüber der SPD lehnen wir aber ab. Sicherlich geht die CDU härter und konsequenter bei Streichungen und Repressionen vor als vorher die SPD. Dennoch hat die SPD, unter dem berühmten Druck der berühmten „Sachzwänge“ natürlich, nicht grundlegend eine andere Linie vertreten, wovon z.B. die von ihr verantworteten Einschnitte ins BAföG in den letzten Jahren zeugen. Neue Perspektiven mit der SPD oder mit Teilen

föG beschränkt. Daher kann die notwendige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nur unzulänglich begründet werden. Der Aufruf kann kaum zeigen, daß es beim BAföG nicht nur um quantitative Fragen – um die Verteilung der Gelder und die Zahl der Arbeiterkinder an den Universitäten –, sondern auch um qualitative Fragen geht: daß das BAföG ein Mosaiksteinchen in den Plänen der Bildungsplaner ist, daß die Eingrenzung finanzieller und zeitlicher Spielräume, die Erzeugung von Anpassungsdruck und Konkurrenz auch ein Mittel ist, unerwünschte Inhalte und Fragen aus der Ausbildung herauszuhalten. Daher fällt auch der Zusammenhang zwischen den Kämpfen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen und den Kämpfen der Studenten ganz unter den Tisch.

– Wir begrüßen den Versuch der vds, ein breites Bündnis gegen die BAföG-Pläne zustande zu bringen. Die opportunistische Haltung der vds gegenüber der SPD lehnen wir aber ab. Sicherlich geht die CDU härter und konsequenter bei Streichungen und Repressionen vor als vorher die SPD. Dennoch hat die SPD, unter dem berühmten Druck der berühmten „Sachzwänge“ natürlich, nicht grundlegend eine andere Linie vertreten, wovon z.B. die von ihr verantworteten Einschnitte ins BAföG in den letzten Jahren zeugen. Neue Perspektiven mit der SPD oder mit Teilen
der SPD können nur gewonnen werden, wenn die SPD sich auch selber bewegt. Wir müssen also die SPD kritisieren, statt uns – wie die vds – aus taktischen Bündniserwägungen selber auf SPD-Positionen zurückzuziehen und uns nur noch auf die Verteidigung des miserablen Ist-Standes zu beschränken.

– Die vds hatten angekündigt, zur Vorbereitung der Demonstration eine außerordentliche Mitgliederversammlung oder zumindest eine Bundesastenkonferenz einzuberufen, auf der ein Aufruf hätte diskutiert werden können. Beides hat nicht stattgefunden. Schließlich hat der vds-Vorstand die Beschlüsse zur Demonstration und zum Aufruf gefaßt und der vds-Zentralrat sie abgesegnet. Wir lehnen dieses Vorgehen ab. Ein Dachverband deutscher Studentenschaften, der seine Mitglieder, die ASten (in Bayern und Baden-Württemberg die USten und Fachschaftszusammenschlüsse) nicht in die Diskussion einbezieht, entpuppt sich als abgehoben und verliert damit seine Funktion.

Wir treten ein:

- *Für eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung*
- *Gegen eine Universität für „Eliten“*
- *Für kostendeckende Ausbildungsförderung*
- *Gegen die BAföG-Pläne der Bundesregierung*
- *Keine Kürzungen beim Schüler-BAföG*
- *Keine Umstellung des Studenten-BAföG auf Darlehen*

Im Januar wollen die Grünen auf einer weiteren Bundesversammlung über Grundsätze ihrer Wirtschaftspolitik und ein Programm gegen die Arbeitslosigkeit beraten und entscheiden. So das Ergebnis der Bundesversammlung in Hagen. In früheren Ausgaben der KVZ haben wir den Vorschlag der Bundeswirtschafts-AG und der Bremer Grünen dokumentiert und in eigenen Artikeln Stellung genommen. In dieser Nummer veröffentlichen wir eine Stellungnahme von Willfried Maier. In der nächsten Nummer soll ein „Kommentar zum Bremer Entwurf und zur Bundesversammlung" von Jakob Mandelbaum (Die Grünen-Bremen) sowie ein Beitrag von Robert Hoening aus der Bundeswirtschafts-AG der Grünen folgen. Eine „differenzierte Verteidigung" des Entwurfs der Bundeswirtschafts-AG durch die Gruppe Alternativer Sozialismus aus Westberlin soll dort ebenfalls veröffentlicht werden.

Radikale Ökologisten und Sozialreformer

Von Willfried Maier

Über die Risiken, vor denen die Grünen stehen bei ihrem Versuch, sich auf wirtschaftspolitische Leitlinien zu einigen, erfährt man am meisten aus der interessierten Kommentierung des Hagener Parteitages durch ihre Gegner. Die CDU-Presse berichtet mit erkennbarer Sympathie von Ökologisten, die „offen sagen, daß der jetzige Lebensstandard nicht erhalten werden könne" (Frankfurter Allgemeine, 15.11.1982). Die SPD-Presse kritisiert alle, die über einen „reformkapitalistischen Ansatz" hinausgehen und grundsätzliche Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaft betreiben. Das seien Leute, die „sogar fünf Millionen Arbeitslose" für ihre Ziele als nützlich ansähen. Dort wird jenen Grünen applaudiert, die „mit konkreten Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und ökologischen Investitionsprogrammen praktische ‚Politik der kleinen Schritte' " vorhätten (Frankfurter Rundschau, 15.11.1982). Beide Male wird die Kommentierung offenbar von dem Wunsch bestimmt, Anhänger der Grünen für die Verstärkung des eigenen politischen Lagers zu gewinnen. Günstigste Lösung für *beide* Seiten: Die Grüne Partei bricht auseinander an einer möglichen Scheidelinie zwischen Ökologisten verschiedener Spielart und umweltbewußten Sozialreformern. Denn diesen Widerspruch gibt es in der Partei tatsächlich, und die Hagener Bundesdelegiertenkonferenz war bestimmt von der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Strömungen.

Dabei hat sich ironischerweise die innergrüne Schlachtordnung der ersten Parteijahre inzwischen weitgehend aufgelöst und verändert. Die alte Aufstellung war: Eher konservative Ökologisten fühlten sich bedrängt von hinzuströmenden Sozialisten, ehemaligen K-Grüpplern und Alternativen, die sie als wilde Radikale fürchteten. Die Ordnung des Hagener Parteitags verlief anders: Ökologisten verschiedener Herkunft bildeten das Lager der radikalen Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaft mit Tendenz zu einer wesentlich deklamatorischen Fundamentalopposition. Die alten Linksradikalen sehen sich indessen eher als mehr oder weniger enge Nachbarn der SPD und wollen sich mit den verschiedensten taktischen Varianten auch so verhalten. Sie stellen heute den Kern der umweltbewußten Sozialreformer.



Strömungen.

Dabei hat sich ironischerweise die innergrüne Schlachtordnung der ersten Parteijahre inzwischen weitgehend aufgelöst und verändert. Die alte Aufstellung war: Eher konservative Ökologisten fühlten sich bedrängt von hinzuströmenden Sozialisten, ehemaligen K-Grüpplern und Alternativen, die sie als wilde Radikale fürchteten. Die Ordnung des Hagener Parteitags verlief anders: Ökologisten verschiedener Herkunft bildeten das Lager der radikalen Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaft mit Tendenz zu einer wesentlich deklamatorischen Fundamentalopposition. Die alten Linksradikalen sehen sich indessen eher als mehr oder weniger enge Nachbarn der SPD und wollen sich mit den verschiedensten taktischen Varianten auch so verhalten. Sie stellen heute den Kern der umweltbewußten Sozialreformer.

Stoffwechselprozesses mit der Natur zu behandeln, greifen auch die gegebenen Antworten zu kurz. Die ökologische Krise macht eine tiefer greifende Kritik an der kapitalistischen Industriegesellschaft erforderlich, als die herkömmliche sozialistisch/kommunistische. Diese zielte vor allem auf die Unplanmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung mit krisenhaften Zusammenbrüchen, auftretenden Disproportionalitäten zwischen den verschiedenen Zweigen der Produktion und vor allem auf die mit der kapitalistischen Akkumulation verbundene Tendenz, Elend der Produzenten auf der anderen Seite zu erzeugen. Das Grundmodell der sozialistischen Lösung dieser gesellschaftlichen Mängel und Katastrophen sah so aus: Die Produzenten erobern die zentralen Machtmittel der Gesellschaft, beseitigen die Schranken des Privateigentums und lenken den

... unterschiedliche Lösungvorschläge

Die ökologische Krise zwingt zur Kritik an der industriekapitalistischen Vergesellschaftungsform der Arbeit in der Fabrik und ihrer Trennung von der privaten Welt der individuellen Reproduktion. Entfaltung des menschlichen Wirtschaftens und Lebens in Übereinstimmung mit und in Nutzung von Naturproduktivitäten setzt eine unmittelbare Vergesellschaftungsform voraus, die nicht auf den Ausstoß eines bestimmten Produkts bezogen ist, sondern auf die Gestaltung und Entfaltung eines Lebenszusammenhangs. Das ist ein rundum veränderter Produktionszweck: Nicht mehr Steigerung des Ausstoßes an Produkten als stoffliche Grundlage zur Aneignung der Mehrarbeit durch eine Minderheit und

Die Vorstellungen der Bundeswirtschafts-AG über die Aneignungsformen der gesellschaftlichen Lebensbedingungen sind undeutlich. Es ist die Rede davon, daß es „im industriellen und Dienstleistungsbereich kein privates Eigentum an Produktionsmitteln geben (darf), das Fremdbestimmung und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht. Das ist eine negative Bestimmung. 65 Jahre nach der russischen Revolution und nach zahlreichen Beseitigungen von privatem Eigentum an Produktionsmitteln seitdem mit ganz unerwünschten Ausgang, das ist zu wenig. Es hilft auch nichts, wenn eine zweite Negativbestimmung nachgeschoben wird: „Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab." Damit und durch die Beschwörung „neuer Formen ... selbstverwalteter Verfügungsrechte" ist wenig gesagt. Man kann aber schlecht vorschlagen, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, ohne Vorstellung davon, welche Form der Aneignung von Arbeits- und Lebensmitteln an dessen Stelle treten soll. Heimlich mitgeschleppt wird im Entwurf der Bundeswirtschafts-AG denn auch trotz bekundeter Ablehnung die alte Vorstellung, daß die Gesellschaft sich per (Zentral-) Staat in den Besitz ihrer Produktionsmittel setzen soll. Das enthüllt sich freilich nicht im grundsätzlichen 2.

ser Mangel keineswegs unbekannt: „Wir müssen die *Kräfte* auf die Beine bringen", welche die Umstellung der Wirtschaft betreiben, „demokratische Kontrolle zu *fordern*, ist sinnlos". An anderer Stelle spricht er von „kleinen Gruppen oder einzelnen Persönlichkeiten", die die Initiative ergreifen müssen, „um einen aktiven Kern" der Gemeindebildung zu schaffen „und der übrigen Gesellschaft bzw. dem Staat als Initiatoren (und Fordernde) gegenübertreten zu können".

Wenn das zutrifft und es die entsprechende gesellschaftliche Strömung nur in Ansätzen gibt, kann man nicht zum Daseinszweck der Grünen Partei machen, eine erwünschte Bewegung zum Leben zu erwecken. Bahro schlägt vor: „In die Bundestagswahl sollten wir mit einer Position gehen, die völlig unverdünnt und unverblümt die Fernziele der Grünen in den Mittelpunkt und (plakativ) in den Vordergrund stellt." (taz, 3.11.1982). Würden die Grünen es dabei bewenden lassen, verkümmerten sie zur Sekte und könnten die vorhandenen Beweggründe nicht ansprechen. Wahlkampf ist kein Weg, das schlafende Dornröschen einer Bewegung für alternative Gemeindebildung wachzuküssen. Spiegelverkehrt dazu lebt unter den grünen Sozialreformern der Wunsch, der SPD im Wahlkampf ihre Basis in der gewerkschaftlich orga-



Differenzen in der Krisenanalyse

Der Konflikt zwischen beiden Richtungen, zwischen denen es natürlich noch mannigfache Verwerfungen gibt, fand seinen klarsten Ausdruck im Streit zwischen den Programmvorschlägen der Bundeswirtschafts-Arbeitsgemeinschaft und der Kritik Rudolf Bahros daran. Bahro kritisierte an der Vorlage zu Recht, daß sie die aktuelle Krise im Wesentlichen als eine solche des Arbeitsmarktes darstellt. Weil erst gar nicht der Versuch gemacht wird, die gegenwärtige Konjunktur- und die Strukturkrise innerhalb der umfassenderen Krise des gesellschaftlichen Stoffwechselprozesses mit der Natur zu behandeln, greifen auch die gegebenen Antworten zu kurz. Die ökologische Krise macht eine tiefer greifende Kritik an der kapitalistischen Industriegesellschaft erforderlich, als die herkömmliche sozialistisch/kommunistische. Diese zielte vor allem auf die Unplanmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung mit krisenhaften Zusammenbrüchen, auftretenden Disproportionalitäten zwischen den verschiedenen Zweigen der Produktion und vor allem auf die mit der kapitalistischen Akkumulation verbundene Tendenz, Elend der Produzenten auf der anderen Seite zu erzeugen. Das Grundmodell der sozialistischen Lösung dieser gesellschaftlichen Mängel und Katastrophen sah so aus: Die Produzenten erobern die zentralen Machtmittel der Gesellschaft, beseitigen die Schranken des Privateigentums und lenken den hocharbeitsteilig vernetzten gesellschaftlichen Produktionsprozeß bewußt, planvoll und mit dem Zweck der möglichst reichen Entfaltung aller Individuen.

Dabei ist die vom Kapitalismus hervorgebrachte unmittelbare Vergesellschaftungsform der Arbeit in spezialisierten Fabriken und Büros als gegebene Größe vorausgesetzt, ebenso wie die davon getrennte Welt der privaten Konsumtion der hergestellten Güter in den Haushalten. Als änderungsbedürftig erscheint nur die marktvermittelnde Verknüpfung zwischen den gesellschaftlichen Basiseinheiten und vielleicht noch die Ablösung hierarchischer innerbetrieblicher Kommandostrukturen durch Selbstverwaltung.

... unterschiedliche Lösungvorschläge

Die ökologische Krise zwingt zur Kritik an der industriekapitalistischen Vergesellschaftungsform der Arbeit in der Fabrik und ihrer Trennung von der privaten Welt der individuellen Reproduktion. Entfaltung des menschlichen Wirtschaftens und Lebens in Übereinstimmung mit und in Nutzung von Naturproduktivitäten setzt eine unmittelbare Vergesellschaftungsform voraus, die nicht auf den Ausstoß eines bestimmten Produkts bezogen ist, sondern auf die Gestaltung und Entfaltung eines Lebenszusammenhangs. Das ist ein rundum veränderter Produktionszweck: Nicht mehr Steigerung des Ausstoßes an Produkten als stoffliche Grundlage zur Aneignung der Mehrarbeit durch eine Minderheit und unter der Voraussetzung, daß die Produzenten von ihren Arbeitsmitteln und ihrer Lebensumwelt getrennt sind durch kapitalistisches Privateigentum und staatliche Bürokratie. Sondern: Gemeinsame Gestaltung des guten Lebens, was ohne Einklang mit den Naturbedingungen und Steigerung der Intensität von Lebensprozessen nicht möglich ist. Erforderlich ist dazu Verbund der Arbeiten in einer gemeinsamen Lebenswelt. Es ist gleichzeitig Bedingung dafür, daß die Individuen der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeiten entrinnen können. Bahro hat Recht, wenn er auf die ökologische und emanzipatorische Notwendigkeit weitgehend selbstreproduktiver Einheiten als Subsysteme der Gesellschaft verweist. Und er ist in der Eigentumsfrage weit radikaler als seine sozialistisch auftrumpfenden Widersacher aus der Bundeswirtschafts-AG. Die selbstversorgenden Gemeinden, die er propagiert, sollen offenbar die kollektiven und sich selbst verwaltenden Eigentümer ihrer Produktions- und Lebensbedingungen werden.

Allerdings bleibt die technische Basis solcher Kommunen bei Bahro weitgehend undiskutiert bzw. erscheint durchweg unter dem Gesichtspunkt der Mangelbewirtschaftung. Umfang und Komplexität der menschlichen Naturbearbeitung sollen anscheinend auf eher dörfliche Dimensionen zurückgenommen werden, weswegen Bahro seine Gemeinden auch weniger als Formen der Entfaltung, denn der Selbstbeschränkung des menschlichen Lebens vorstellt, ein unnötig asketischer Zug, der das Kopfnicken der „Frankfurter Allgemeinen" auslöst. Und schließlich kann Bahro sich die Entwicklung selbstreproduktiver Einheiten offenbar nur in der Form des Ausstiegs aus der vorhandenen Zivilisation vorstellen, was die Vorstellung einer Art Kolonisationsbewegung nahelegt, während tatsächlich am Umbau des Vorhandenen kein Weg vorbeiführt.

Der Staat wird's richten

Die Vorstellungen der Bundeswirtschafts-AG über die Aneignungsformen der gesellschaftlichen Lebensbedingungen sind undeutlich. Es ist die Rede davon, daß es „im industriellen und Dienstleistungsbereich kein privates Eigentum an Produktionsmitteln geben (darf), das Fremdbestimmung und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht. Das ist eine negative Bestimmung. 65 Jahre nach der russischen Revolution und nach zahlreichen Beseitigungen von privatem Eigentum an Produktionsmitteln seitdem mit ganz unerwünschten Ausgang, das ist zu wenig. Es hilft auch nichts, wenn eine zweite Negativbestimmung nachgeschoben wird: „Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab." Damit und durch die Beschwörung „neuer Formen ... selbstverwalteter Verfügungsrechte" ist wenig gesagt. Man kann aber schlecht vorschlagen, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, ohne Vorstellung davon, welche Form der Aneignung von Arbeits- und Lebensmitteln an dessen Stelle treten soll. Heimlich mitgeschleppt wird im Entwurf der Bundeswirtschafts-AG denn auch trotz bekundeter Ablehnung die alte Vorstellung, daß die Gesellschaft sich per (Zentral-) Staat in den Besitz ihrer Produktionsmittel setzen soll. Das enthüllt sich freilich nicht im grundsätzlichen 2. Teil des Entwurfs, sondern im Maßnahmekatalog des 3. Teils. Dieser setzt weitgehend darauf, daß als Verteiler der Arbeit in „Defizitbereiche" der Staat und die öffentlichen Haushalte dienen sollen. Das ist bis zur Vorstellung der Investitionslenkung durch Wirtschafts- und Sozialräte gut sozialdemokratische Ideenwelt, an der auch schlecht vorbeizukommen ist, wenn die kapitalistische Vergesellschaftungsform der Arbeit akzeptiert ist. Die einzige Möglichkeit, eine hoch arbeitsteilige Industriegesellschaft zu umgreifen und lenkend auf sie einwirken zu wollen, ist der Staat, die Überkrustung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Bürokratie. Differenzen kann es dann nur noch geben in der Frage, ob der Staat sich mit indirekten oder gar bloß das Marktgleichgewicht regelnden Eingriffen begnügen soll (Keynes) oder ob er darüberhinaus auch direkt in private Verfügungsrechte einbrechen muß (Stimmen im DGB, die Bundeswirtschafts-AG). Es handelt sich dabei indes nur um verschiedene Grade auf derselben Skala.

... oder auch nicht

Zwei Kritiklinien sind an diesen Ideen nötig. Zum einen, die eben angedeutete, daß sie in ihrer Kritik an der arbeitsteiligen Industriegesellschaft des Kapitalismus nicht gründlich sind und dadurch die ökologisch und emanzipatorisch geforderte Zielvorstellung verwischen. Zum anderen aber auch, daß ihre behauptete Realitätstüchtigkeit bei der Lösung wenigstens der konjunkturellen Krise und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit mehr als fragwürdig ist. Die Keynesianischen Steuerungsmittel des bundesrepublikanischen Stabilitätsgesetzes haben sich schon in der Krise von 1975 weitgehend als wirkungslos erwiesen für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. So liegt es nahe, daß auf der einen Seite im bürgerlichen Lager der völlige Verzicht auf das nachfragestimulierende Instrumentarium gefordert wird, auf der anderen Seite, im sozialdemokratischen Lager, die Erhöhung der Dosen. Das „Realpolitische" im Anknüpfen an die zweite Vorstellung besteht dabei weniger in der erprobten Wirksamkeit der Rezepte als in der größeren Nähe zu Vorstellungen, die in oder mit der SPD vielleicht mehrheitsfähig sind.

Dornröschentaktik

Gleichzeitig ist nicht zu leugnen, daß der fundamental-ökologistischen Position Bahros ein ausgesprochen messianischer Zug unterliegt und eine Tendenz von: Es muß noch schlechter werden, bevor ausreichend Bereitschaft zur Umkehr gewachsen ist und Besserung möglich wird und die Kinder Israel zum Auszug aus Ägyptenland bereit sind. Das sind sichere Zeichen dafür, daß die Anhaltspunkte in der Wirklichkeit für die Veränderung in der angestrebten Richtung nur schwach entwickelt sind. Bahro ist dieser Mangel keineswegs unbekannt: „Wir müssen die *Kräfte* auf die Beine bringen", welche die Umstellung der Wirtschaft betreiben, „demokratische Kontrolle zu *fordern*, ist sinnlos". An anderer Stelle spricht er von „kleinen Gruppen oder einzelnen Persönlichkeiten", die die Initiative ergreifen müssen, „um einen aktiven Kern" der Gemeindebildung zu schaffen „und der übrigen Gesellschaft bzw. dem Staat als Initiatoren (und Fordernde) gegenübertreten zu können".

Wenn das zutrifft und es die entsprechende gesellschaftliche Strömung nur in Ansätzen gibt, kann man nicht zum Daseinszweck der Grünen Partei machen, eine erwünschte Bewegung zum Leben zu erwecken. Bahro schlägt vor: „In die Bundestagswahl sollten wir mit einer Position gehen, die völlig unverdünnt und unverblümt die Fernziele der Grünen in den Mittelpunkt und (plakativ) in den Vordergrund stellt." (taz, 3.11.1982). Würden die Grünen es dabei bewenden lassen, verkümmerten sie zur Sekte und könnten die vorhandenen Beweggründe nicht ansprechen. Wahlkampf ist kein Weg, das schlafende Dornröschen einer Bewegung für alternative Gemeindebildung wachzuküssen. Spiegelverkehrt dazu lebt unter den grünen Sozialreformern der Wunsch, der SPD im Wahlkampf ihre Basis in der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft streitig zu machen. Das ist nicht weniger Wolkenkuckucksheim, als Bahros Gemeindebewegung.

Notbremsen

Es ist für die Grünen nicht leicht, in der Wirtschaftspolitik aus dem Dilemma herauszukommen. Die gesellschaftlichen Bewegungen, die sie repräsentieren, sind im Kern Bewegungen sowohl von Nicht-Eigentümern als auch von Nicht-Produzenten. Da fällt es schwer, praktizierbare Vorstellungen des Zugriffs auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu entwickeln, und rein staatsvermittelte Vorstellungen liegen nahe. Der erfolgversprechendste Weg dürfte sein, sich zum Anwalt der unmittelbaren Interessen und der weiteren Perspektiven derjenigen gesellschaftlichen Schichten zu machen, von denen die Grünen getragen werden und ihnen die Möglichkeit sozialer Bündnisse zu öffnen. Im Kern ist das die junge Generation, von der 95% befürchten, daß es Krieg geben wird, 76% überzeugt sind, daß Industrie und Chemie die Umwelt zerstören (Shell-Studie) und von der ein wachsender Teil ohne Aussicht auf befriedigende Arbeit oder überhaupt Jobs bleibt.

Für die wirtschaftspolitischen Forderungen der Grünen heißt das: Fortsetzung der Kritik an und praktische Verhinderung von allen Investitionsprojekten, die Lebensmöglichkeiten zerstören. Unstrittig ist die Forderung

nach Arbeitszeitverkürzung. Was nicht unstrittig ist: Die Grünen haben ein ganz unmittelbares Interesse an der Verteidigung des Systems sozialer Sicherung bei gleichzeitiger Kritik an sozialbürokratischer Bevormundung. Ein großer Teil der Alternativszene ist heute auf Arbeitslosengeld oder BAföG angewiesen. Und eine wachsende Zahl von Verdrängten macht den Versuch, auf ihre gesellschaftlich deklassierte Situation so zu antworten, daß sie neue Gestaltungsmöglichkeiten ihres Lebens und eigene Wertsysteme auf Basis dieser kärglichen und schwankenden finanziellen Basis erproben. An den Spekulationen Bahros über mögliche 5 Millionen Arbeitslose als Basis für alternative Projekte ist so viel richtig, daß mit dem Herausfallen aus Fabriken und Büros eine wachsende Zahl von Menschen auch aus der sozialdemokratischen Klientel herausfällt, wobei freilich ganz offen ist, wohin das geht. Ohne jede Perspektive gibt es regelmäßig Verrohungs- und Verwilderungserscheinungen, politisch Druck nach rechts.

Bleibt die Frage, welche Perspektive kann man realistischerweise geben? Die Antwort der Bundeswirtschafts-AG lautet: (Wieder-)Eingliederung in die Lohnarbeit durch ökologische Zukunftsinvestitionsprogramme, die Arbeitsplätze schaffen werden. Abgesehen vom ideologisch befrachteten Streit über die Wünschbarkeit dieser Perspektive: Sie ist alles andere als realistisch. Alle Prognosen gehen von einer anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit aus. Die kapitalistische Überakkumulation ist bei weitem noch nicht durch entsprechende Kapitalvernichtung wieder abgebaut. Der Vorgang stellt sich vielmehr als besonders schwierig dar, weil auch stofflich eine weitreichende Umstellung auf neue Branchen bewältigt werden müßte für einen neuen kapitalistischen Aufschwung. In der Situation verpuffen staatliche Investitionsprogramme, der berühmte ‚Multiplikatoreffekt' tritt nicht ein, sondern lediglich Kumulierung von Staatsschulden. Von einer Perspektive, die auf ihre Realitätstüchtigkeit pocht, bleibt nicht viel mehr als das leere Versprechen.

Selbsthilfeprojekte und Selbstorganisationsversuche von Arbeitslosen sind da aktuell die greifbarere Möglichkeit zur tatsächlichen Verbesserung der Lebenssituation und zur Verhinderung eines militanten Rechts-Drucks gleichermaßen. Ähnliches gilt für Umstellungsversuche gefährdeter Belegschaften. Beides bedarf öffentlicher Mittel. Und sofern die Grünen diese fordern, können sie durchaus zusammengehen mit der Kritik des DGB am Sozialabbau und mit den Geldforderungen der sozialdemokratischen Keynesianer. Aber gerade nicht in deren Versprechen, durch staatliche Nachfrageprogramme die Arbeitslosigkeit steuern zu können. Und auch nicht in deren Versuch, die Verausgabung der Gelder in Staats- oder Unternehmerhänden zu belassen.

... und Perspektiven

Soweit auf derartige Mittelvergabe Einfluß genommen werden kann, ist es sinnvoll, Projekte vorzuschlagen, die im Bereich der Energiewirtschaft, des Verkehrs, der Abfallwirtschaft, des Wohnens etc. den kleinräumigen Verbund begünstigen und – wenn schon staatliche Stellen entscheiden – die Kommunen als unterste Einheiten zum Hauptträger zu machen. Unumgänglich ist gleichzeitig die Entscheidung, welche stofflichen, energetischen und kommunikativen Verbindungen zwischen den kommunalen Subsystemen ausdrücklich gefördert werden sollen.

Für sich genommen sind alle diese Maßnahmen nur Behelfslösungen. Eine Perspektive gewinnen sie nur durch die ihnen unterlegte Vorstellung einer friedfertigen, in Übereinstimmung mit Naturproduktivitäten lebenden und sich entwickelnden Gesellschaft. Solche Perspektive ist auch aktuell politisch unverzichtbar. Die wirksamen Motive in der Jugend sind viel weiter gespannt als bis zur funktionierenden Staatsknete für kleinlich-egoistisches Durchkommen. Ließen die Grünen diese Motive fallen um der vermeintlichen Realitätstüchtigkeit willen, ginge ihnen ein gut Teil ihrer Faszination und der Gesellschaft ein Organ der Erkenntnis verloren. Ein Schüler oder Student ohne Aussichten hat einen anderen Blick auf die Gesellschaft und die unerträglich gewordenen Trennungen zwischen den Lebensbereichen als ein Industriearbeiter, solange dessen Leben funktionert. Daß der Schüler oder Student die Bedeutung gewerkschaftlicher Organisation und Vereinheitlichung verkennen wird und die Härte des Gegensatzes zum Unternehmertum, ist freilich die Kehrseite der Medaille.

Der Grüne Bundesparteitag hat die Verabschiedung des Wirtschaftsprogramms bis Januar verschoben. Die Lager sind in einer gemeinsamen Erklärung einen Schritt aufeinander zugegangen, was auch in den Vorstandswahlen zum Ausdruck kam, wo Vertreter beider Flügel gewählt wurden. Tatsächlich hängt der Erfolg der Partei weitgehend davon ab, daß sich gegenwärtig weder die Fundamentalökologisten noch die Sozialreformer durchsetzen können. Das eine ergäbe – überspitzt gesagt – die ÖDP von Herbert Gruhl und Baldur Springmann und das andere die DS von Coppik und Hansen, beides ziemlich tote Veranstaltungen. Wenn mensch das begreift, sollte es vielleicht auch möglich sein, die aufgeregten Giftigkeiten und Denunziationsversuche im klassisch linksradikalen Stil zu überwinden. Etwa wenn Bahro seine Gegner als in Wirklichkeit gar nicht grün anprangert und vice versa jeder Gedanke, der nicht in die lange schon mitgeführte Skala paßt, als Verrat an den kleinen Leuten oder als kauzig beschrien oder verlacht wird. Beide werden das nicht glauben und noch weniger ihre jeweilige Anhängerschaft: Rainer Trampert und Rudolf Bahro haben sich gegenseitig ziemlich nötig, und die Grüne Partei lebt heute aus dem fortgeführten Streit zwischen beiden Richtungen, nicht aus seinem Abbruch und auch nicht aus seiner voreiligen Beilegung.





Rudolf Bahros Thesen zum Entwurf eines Wirtschaftsprogramms der Grünen

Angesichts der Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit und der Verdrängung der SPD in die Opposition zeigt sich, wie wenig die Grünen in ihrer Gesamtheit von sozialdemokratischem (reformistischem) Politikverständnis und von altlinken Identifikationen und Zielvorstellungen emanzipiert sind. Die Bundes-Wirtschafts-AG hat einen Entwurf vorgelegt, der ein einziger Beweis für die Abhängigkeit ist. Bis auf ein paar Gemeinplätze würde der vorgelegte Handlungsrahmen heute ebenso zustande gekommen sein, wenn es diese ganzen Jahre gar keine eigenständige politische Kraft „Die Grünen" gegeben hätte, sondern nur die links-grüne Konfusion des Bielefelder Kongresses „Zukunft der Arbeit", der von dem einleitenden Podium darauf eingeschworen wurde, alles in den großen Topf der Einheit gegen rechts einzuschmelzen.

Die Vorlage sieht ganz so aus, als hätte man von vornherein hauptsächlich mit Vertretern des „Alternativen Wirtschaftsmemorandums", mit links-grünen Sozialdemokraten, besonders angegrünten Stamokaps, mit Demokratischen Sozialisten und orthodox „Gewerkschaftsorientierten" zusammengesessen. Gegen derartige Diskussionen ist nichts zu sagen, abgesehen davon, daß sie heutzutage oft Zeitverlust bedeuten, da von dort nichts Neues kommt, aber man kann unmöglich mit diesen Kräften zusammen eine grüne Wirtschaftsprogrammatik ausarbeiten wollen.

Der konzeptionelle Gegensatz der Grünen zu allen diesen aus dem Niedergang der Arbeiterbewegung überkommenen Politikansätzen ist unüberbrückbar, und wir müssen von unserer Seite darauf bestehen. Es kann da keine gemeinsame *Programmatik* geben. So jedenfalls ist etwas herausgekommen, das mit dem (in der Sprache der Herforder Thesen) versprochenen „Einstieg in eine andere Entwicklungslogik" absolut nichts zu tun hat. Wenn man den Entwurf liest, muß man annehmen, daß bei uns „ökologisch" immer noch nur deshalb an der ersten Stelle steht, weil wir noch mit Herbert Gruhl zusammen waren, als das festgeschrieben wurde.

Der Entwurf läuft völlig auf die politische Linie der von Willy Brandt gewünschten neuen Mehrheit „diesseits der CDU", für die er *alle* Kräfte „links von der SPD" in einen Sack gesteckt braucht; und dazu wiederum ist die Hilfsarbeit der inner- und außerparteilichen Linken unerläßlich. In dem Entwurf ist die politische Identität der Grünen von grundauf preisgegeben bzw. überhaupt nicht angezielt. Er sollte in der vorliegenden Grundgestalt von dem Hagener Kongreß zurückgewiesen bzw. überhaupt nicht erst vorgelegt werden. Die Grünen brauchen eine völlig anders zusammengesetzte Arbeitsgruppe für die Wirtschaftspolitik. Diejenigen, die den Entwurf gemacht haben, wissen vielleicht nicht, daß sie keine Grünen sind, aber es ist aus dem Resultat offensichtlich.

Der Opportunismus und die Kurzsichtigkeit beginnen damit, daß die ökologistische Partei ihr Wirtschaftsprogramm nicht der Abwendung der ökologischen Krise, sondern der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als wichtigster Zielfunktion unterordnet. Selbstverständlich müssen die Grünen ihre Position zur Arbeitslosigkeit klarlegen. Aber es kann nicht ihre Priorität sein, sich um Arbeitsbeschaffung zu sorgen. Wir verspielen unseren Einsatz, wenn wir auf diese Weise eiligst über den nächstbesten Stock springen, den uns das in eine überaus komplexe Krise geratene kapitalistische Industriesystem hinhält. Die „Realitäten" hätten uns völlig eingeholt, wenn es jetzt gelänge, uns hauptsächlich an dieser rückwärtigen Front zu beschäftigen. Dort, wo der Damm bricht, wo jetzt alle etablierten Köche, die den Brei angerichtet haben, mit ihren Sandsäcken laufen, um sie zu hunderten dort abzuladen, sollen wir auch mit ein paar zusätzlichen Sandsäcken hinstürzen, damit wir unschädlich eingebunden sind an der vorbezeichneten Einbruchstelle (denn die Arbeitslosigkeit ist in letzter Instanz kein Unfall, sondern ein Glied in der Kette der Umstrukturierungen, die das Weltkapital jetzt nötig hat).

Da die Programmatik der AG – unbeschadet völlig konsequenzloser scheinradikaler Phrasen über „Enteignung der privaten Besitzer von Produktionsmitteln" sowie von Grund und Boden – gänzlich systemimmanent bleibt, handelt es sich bei der Arbeit, von der da die Rede ist und die wiederbeschafft werden soll, prinzipiell um kapitalistische Lohnarbeit für den besonders in der dritten Welt mörderischen Weltmarkt, den Grundmechanismus auch der Naturzerstörung. Allen Ernstes im 132. Punkt und vorher zweimal versteckt unter undeutlichen Formulierungen wird auf Alternativen außerhalb des „formellen Sektors" hingewiesen, aber auch diese werden nur daraufhin erwähnt, daß dort Arbeitsplätze geschaffen wurden, als ob es selbst in diesem Bereich in erster Linie darum ginge, und nicht um den Raum für die Entwicklung einer anderen Lebensweise, wo wenigstens die Befriedigung der Grundbedürfnisse den Marktgesetzen entzogen ist. Gemäß den altlinken Vorurteilen wird darauf hingewiesen, daß die Perspektive solcher Unternehmungen gesamtgesellschaftlich gesehen beschränkt sei, weil sie ja eben mit der übrigen Wirtschaft konkurrieren *müssen*.

Der gesamte Text geht mit stillschweigender Selbstverständlichkeit davon aus – aber so argumentieren freilich die meisten Grünen, immer defensiv –, ökologistische Wirtschaftspolitik sei nur durch den Nachweis zu legitimieren, daß sie „Arbeit" bewahrt und schafft – anstatt dieses Kriterium erst einmal aufklärend zurückzuweisen. Es kennzeichnet das ganze Papier als ein Kuckucksei, daß die „Gewerkschaftsbewegung", als existierte dergleichen, *an der Spitze* der sozialen Bewegungen genannt wird, mit denen wir uns für „soziale – das steht immer an erster Stelle – und ökologische Veränderungen" verbünden wollen. Es ist grotesk, vom DGB, der eines der Schlachtschiffe der Kaputtindustrialisierung, des bedingungslosen Mitmachens bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, ein Teil des Machtkartells, der ständige Kompagnon des metropolitanen Kapitals hierzulande ist, zu säuseln, er sei „in einer Reihe wichtiger Fragen des kapitalistischen Entwicklungslogik nach wie vor sehr verhaftet". Stamokap läßt grüßen, SDAJ auch.

Unsere Sorge muß der Schutz und der Ausbau der Freiräume für den Exodus aus der Industriegesellschaft sein. In den formellen Sektor müssen wir politisch hineinwirken. Und wir müssen genügend Macht aufbringen, um einen hinreichenden Kapitalabfluß für die Begründung in Zukunft sich selbst tragender Gemeinwesen zu erzwingen. Dort bedarf es einer Art neuer ursprünglicher Akkumulation, die aber nicht mehr die Form sich weiterverwertenden Kapitals, sondern des nutz- und handhabbaren, dann zu reproduzierenden Gebrauchswerts annimmt. Schützen gerade auch in ökonomischer Beziehung müssen wir in erster Linie alle uns nahestehenden nichtinkorporierten oder nur teilweise inkorporierten Kräfte, die das System nicht, nicht mehr oder noch nicht integriert. Das betrifft die Jugend (Schüler und Studenten ebenso wie Lehrlinge und insbesondere solche jungen Arbeiter, die ihre Perspektive nicht in lebenslanger Lohnarbeit sehen), das betrifft alle Marginalisierten, auch alle nicht in Köpfen abzählbaren Marginalisierungstendenzen. Eine der größten Aufgaben wäre die Koppelung der Ökologiebewegung mit der Frauenbewegung (meiner Meinung nach hat die Diskussion über Hausarbeit nur dann einen praktischen Sinn, wenn man sich voll auf alternative Projekte orientiert, da das Problem in der Kleinfamilie, die der formelle Sektor gerade noch für die Reproduktion der Arbeitskraft benötigt, nur sehr langfristig angegriffen werden kann, auf indirekte Bewußtseinsveränderungen mindestens ebenso sehr angewiesen wäre wie auf spezifische feministische Argumente). Die Grünen funktionieren naturgemäß nicht viel weniger partriarchalisch als andere Gruppierungen, es fragt sich aber, worauf der ökologistische Politikansatz in dieser Hinsicht hinausliefe, wenn er konsequent verfolgt würde! Ökologismus (gerade in seiner Perspektive auf überschaubare selbstversorgende, weitgehend autonome Einheiten) und Frauenbefreiung von isolierter, subalternisierter Hausarbeit müßten konvergieren. Der Auszug aus dem Industriesystem ist ohne das Wagnis der Frauen undenkbar. In ähnlicher Perspektive müssen wir auf die alte Generation zugehen. In den mittleren Generationen, die in den formellen Sektor eingegliedert sind, werden wir uns besonders für diejenigen interessieren und ihnen so weit wie möglich auch materielle Freiräume eröffnen, die die Neigung zum völligen oder teilweisen Aussteigen haben. Den laufenden Geschäften soviel wie möglich Energie entziehen, der Alternative, den Rettungsbooten möglichst viel Energie zuführen. Das muß die Hauptlinie sein, entlang deren die Grünen Umverteilungspolitik betreiben.

Das schließt nicht aus, daß wir in zweiter Linie alles unterstützen, was die Lohnabhängigen mit niedrigem und mittlerem Einkommen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern schützen kann. Im Gegenteil, zum einen soll dem Kapital keine Mark mehr für Investitionen überlassen werden, die in den Ausbau des Industriesystems gesteckt werden. Zum anderen würde eine Zuspitzung der sozialen Lage Kräfte binden, die dann nicht für Initiativen zur Überwindung der Ursachen der allgemeinen zivilisatorischen Krise beitragen können. Auch könnten sogar zusätzliche Blockaden gegen notwendige Umstellungen entstehen.

(Im weiteren formuliert Bahro Randglossen zum Entwurf der Bundeswirtschafts-AG)











Über die Dreiteilung der Welt

Anmerkungen zu einer historischen Analyse von Hans-Heinrich Nolte, „Die eine Welt". Über die Dreiteilung der Welt wird nicht mehr diskutiert, dabei hat sie nur den Nachteil, keine Konzeption für eine sozialistische Weltrevolution zu sein. Stattdessen ist diffus modern.

Seit der heftigen Diskussion zwischen den ml-Organisationen in den 70er Jahren über die Theorie der Drei Welten hat es von seiten der Linken keine größeren Anstrengungen mehr gegeben, das *Gesamtbild* der heutigen Welt zu erfassen. Die Leninsche Imperialismustheorie spielt praktisch keine Rolle mehr, und an deren Stelle ist ein eher verschwommenes Weltbild getreten. Beileibe nicht von einem Linken ist vor kurzem eine Analyse vorgelegt worden, die der gegenwärtig gängigen Meinung über das heutige Weltbild entspricht: Hans-Heinrich Nolte, Die eine Welt, Abriß der Geschichte des internationalen Systems, Fackelträger-Verlag Hannover 1982. Auf der Rückseite des Buches findet sich der Text: „Allmählich setzt sich der Gedanke durch, daß die Aufteilung der Erde in eine 1., 2., 3., 4. Welt willkürlich gewählt ist. Der Zusammenhang von Entwicklung in einigen Teilen der Welt und von Nicht-Entwicklung in anderen wird durch solche Klassifizierung nur verschleiert." Wir wollen sehen, zu welchen Ergebnissen Nolte kommt.

Das Weltsystem vor dem I. Weltkrieg

Nolte beginnt in seiner Darstellung mit der menschlichen Urgesellschaft. Für uns mag es reichen, die Darstellung für das 20. Jahrhundert zu verfolgen. Zunächst eine Beschreibung des Weltbildes vor dem I. Weltkrieg:

„Skizze 15 zeigt das europäische Weltsystem am Ende des 19. Jahrhunderts. Das Zentrum lag auf beiden Seiten des Nordatlantik, es war durch industrielle Produktion, Export von Industriegütern, Import von Rohstoffen, Verfügbarkeit von Kapital, ausgebildete staatliche Verwaltungsapparate, einen hohen Militarisierungsgrad sowie Tendenzen zur Teilhabe der Bevölkerung an der Macht gekennzeichnet.

Die Halbperipherie war politisch durch Selbständigkeit, ökonomisch durch Heterogenität gekennzeichnet. Inseln industrieller Produktion, oft im Besitz ausländischen Kapitals, waren von agrarischen Gesellschaften umgeben. Vielfach bestimmten Rohstoffe den Export, industrielle Konsumgüter den Import. In der Militarisierung

Skizze 15: Das europäische Weltsystem um 1900



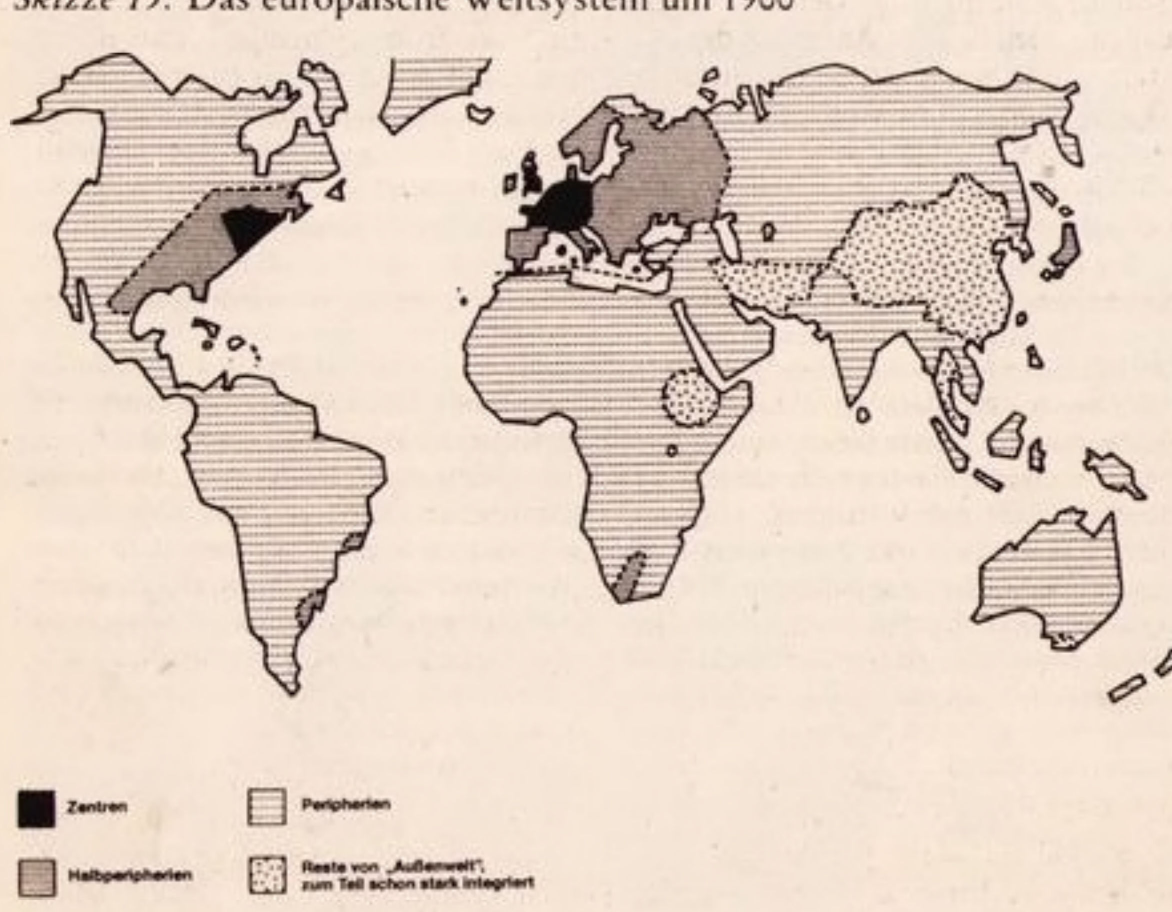
vor dem I. Weltkrieg

Nolte beginnt in seiner Darstellung mit der menschlichen Urgesellschaft. Für uns mag es reichen, die Darstellung für das 20. Jahrhundert zu verfolgen. Zunächst eine Beschreibung des Weltbildes vor dem I. Weltkrieg:

„Skizze 15 zeigt das europäische Weltsystem am Ende des 19. Jahrhunderts. Das Zentrum lag auf beiden Seiten des Nordatlantik, es war durch industrielle Produktion, Export von Industriegütern, Import von Rohstoffen, Verfügbarkeit von Kapital, ausgebildete staatliche Verwaltungsapparate, einen hohen Militarisierungsgrad sowie Tendenzen zur Teilhabe der Bevölkerung an der Macht gekennzeichnet.

Die Halbperipherie war politisch durch Selbständigkeit, ökonomisch durch Heterogenität gekennzeichnet. Inseln industrieller Produktion, oft im Besitz ausländischen Kapitals, waren von agrarischen Gesellschaften umgeben. Vielfach bestimmten Rohstoffe den Export, industrielle Konsumgüter den Import. In der Militarisierung

Skizze 15: Das europäische Weltsystem um 1900



suchten die halbperipheren Länder mit dem Zentrum mitzuhalten, was angesichts des relativ geringeren Potentials nur auf Kosten anderer Bereiche möglich war.

Die Peripherie war politisch wie ökonomisch fremdbestimmt. Sowohl ihre Sozialstruktur wie ihre Wirtschaft diente der Lösung von Problemen der Zentren. Die peripheren Gesellschaften waren zugeordnete Gesellschaften; sogar die Verkehrswege entsprachen ausschließlich den Bedürfnissen der Mutterländer (Stichbahnen). Allerdings gilt das nur tendenziell; wo Kolonialgesellschaften fest etabliert waren – und dies war besonders in Siedlungskolonien häufig der Fall – dort konnten sie oft auch eine Berücksichtigung eigener Interessen durchsetzen. (...)

Der industrielle Kapitalismus hatte das Potential der Nationen des Systems außerordentlich vermehrt und die Penetrationsfähigkeit noch erhöht. Am Beginn des 20. Jahrhunderts war die Grenze der bewohnbaren Welt fast überall erreicht und es wurde unmöglich, Expansionen in außerhalb des Systems liegende Gebiete durchzuführen (weil es keine mehr gab). Expansionen konnten sich also nur noch gegen andere Länder des Zentrums oder der Halbperipherie richten. Dies führte zu einer Verschärfung der Konkurrenz und weiteren Militarisierung der beteiligten Nationen. Gerade weil nicht ein weltweites Imperium entstand, sondern mehrere Imperien, ist „Imperialismus" eine angemessene Kennzeichnung für diese Phase des europäischen Systems.

Der Imperialismus bedeutete nicht eine neue Phase in der Revolutionierung der Produktionsmittel, sondern einen neuen Grad der Konzentration der Produktion und der Ausbildung der internationalen Arbeitsteilung mit den Produktionsmitteln der industriellen Revolution." (S. 91)

Veränderungen bis zum II. Weltkrieg

Drei wesentliche Entwicklungen modifizieren dieses Weltbild in der Zeit nach dem I. Weltkrieg: Die schrittweise Etablierung einer neuen Produk-

dere Länder des Zentrums oder der Halbperipherie richten. Dies führte zu einer Verschärfung der Konkurrenz und weiteren Militarisierung der beteiligten Nationen. Gerade weil nicht ein weltweites Imperium entstand, sondern mehrere Imperien, ist „Imperialismus" eine angemessene Kennzeichnung für diese Phase des europäischen Systems.

Der Imperialismus bedeutete nicht eine neue Phase in der Revolutionierung der Produktionsmittel, sondern einen neuen Grad der Konzentration der Produktion und der Ausbildung der internationalen Arbeitsteilung mit den Produktionsmitteln der industriellen Revolution." (S. 91)

Veränderungen bis zum II. Weltkrieg

Drei wesentliche Entwicklungen modifizieren dieses Weltbild in der Zeit nach dem I. Weltkrieg: Die schrittweise Etablierung einer neuen Produk-

tionsweise in der Sowjetunion, die Entstehung des Faschismus und der unaufhaltsame Aufstieg der USA.

Lenin war der Meinung, daß die Revolution „in einem der rückständigsten Länder Europas", nämlich Rußland, dann zum möglichst sicheren Erfolg der sozialistischen Weltrevolution beitragen werde, wenn es in ihrer Folge auch in den fortgeschrittenen westeuropäischen Ländern zur Revolution kommt. Dies hätte der SU Mittel in die Hand gegeben, sich durch Kooperation mit den hochindustrialisierten Ländern aus der Rückständigkeit herauszuarbeiten. „Der Sieg im Bürgerkrieg und das Scheitern der Revolution im Westen beließ die KP in einer Position, in der sie nicht mehr auf die solidarische Kooperation mit dem Proletariat eines fortgeschrittenen Landes hoffen konnte. Partei und staatliche Bürokratie machten sich nun selber zum historischen Subjekt der dringenden nationalen Aufgaben, insbesondere jener der nachholenden Industrialisierung ... Dem ökonomischen Monopol der zentralen Wirtschaftsverwaltung traten ein politisches und ein gesellschaftliches Monopol an die Seite. Überhaupt wurde das Machtmonopol zum Kennzeichen dieses Sozialismus." (S. 102/104)

Stalin vertrat bei Entstehung der faschistischen Herrschaft die Zwei-Lager-These. „... man sah in Deutschland eine imperialistische Macht wie England und Frankreich auch – die ja in der Intervention ebenfalls versucht hatten, die UdSSR zu zerstören." (S. 107) Zwar versuchte die SU ein antifaschistisches Bündnis, aber schließlich „... verhielt sie sich nicht nach den Regeln internationaler Solidarität, sondern nach den Regeln der Staatsraison – den Regeln des etatistischen Egoismus im Rahmen des Systems. Die UdSSR pokerte um die besten Bedingungen, schloß mit dem Dritten Reich am 23.8.1939 einen Nichtangriffsvertrag und sicherte sich im geheimen Zusatzabkommen die Annexion eines großen Teils der 1917 verlorenen Gebiete." (S. 107)

Für die Geschichte des Weltsystems wurde der Faschismus aus folgenden Gründen bedeutend: „Noch lagen die Zentren des Weltsystems in Europa, und europäische Mächte beherrschten Afrika und Südasien. Die faschistischen Mächte innerhalb Europas hofften, ihr beschränktes Potential durch einen gesamtgesellschaftlichen Militarismus so viel besser zur Geltung bringen zu können, daß ihre Nachteile ausgeglichen werden könnten." (S. 110) An Stelle des damals existierenden Polyzentrismus, also der Existenz mehrerer etwa gleichwertiger Großmächte, versuchte der Faschismus ein neues Weltreich zu setzen. Dieser Versuch mißlang zwar, führte aber zu einer entscheidenden Schwächung der europäischen Mächte. Die SU weitete ihren Einfluß auf Mitteleuropa aus.

(S. 102/104)

Stalin vertrat bei Entstehung der faschistischen Herrschaft die Zwei-Lager-These. „... man sah in Deutschland eine imperialistische Macht wie England und Frankreich auch – die ja in der Intervention ebenfalls versucht hatten, die UdSSR zu zerstören." (S. 107) Zwar versuchte die SU ein antifaschistisches Bündnis, aber schließlich „... verhielt sie sich nicht nach den Regeln internationaler Solidarität, sondern nach den Regeln der Staatsraison – den Regeln des etatistischen Egoismus im Rahmen des Systems. Die UdSSR pokerte um die besten Bedingungen, schloß mit dem Dritten Reich am 23.8.1939 einen Nichtangriffsvertrag und sicherte sich im geheimen Zusatzabkommen die Annexion eines großen Teils der 1917 verlorenen Gebiete." (S. 107)

Für die Geschichte des Weltsystems wurde der Faschismus aus folgenden Gründen bedeutend: „Noch lagen die Zentren des Weltsystems in Europa, und europäische Mächte beherrschten Afrika und Südasien. Die faschistischen Mächte innerhalb Europas hofften, ihr beschränktes Potential durch einen gesamtgesellschaftlichen Militarismus so viel besser zur Geltung bringen zu können, daß ihre Nachteile ausgeglichen werden könnten." (S. 110) An Stelle des damals existierenden Polyzentrismus, also der Existenz mehrerer etwa gleichwertiger Großmächte, versuchte der Faschismus ein neues Weltreich zu setzen. Dieser Versuch mißlang zwar, führte aber zu einer entscheidenden Schwächung der europäischen Mächte. Die SU weitete ihren Einfluß auf Mitteleuropa aus.

Die Entwicklung der Welt nach 1945

Schon lange „... drängte die hochentwickelte amerikanische Industrie auf den Weltmarkt – der jedoch durch die imperialistische Aufteilung der Welt weitgehend unzugänglich war ..." Daher das Interesse der USA „... daß weltweit die freie Beweglichkeit von Menschen, Waren und Kapital hergestellt wurde ... (daher) ... Niederreißen der Grenzen jener nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch abgeschotteten Räume, aus denen die europäisch beherrschte Welt bis 1945 bestand." (S. 117)

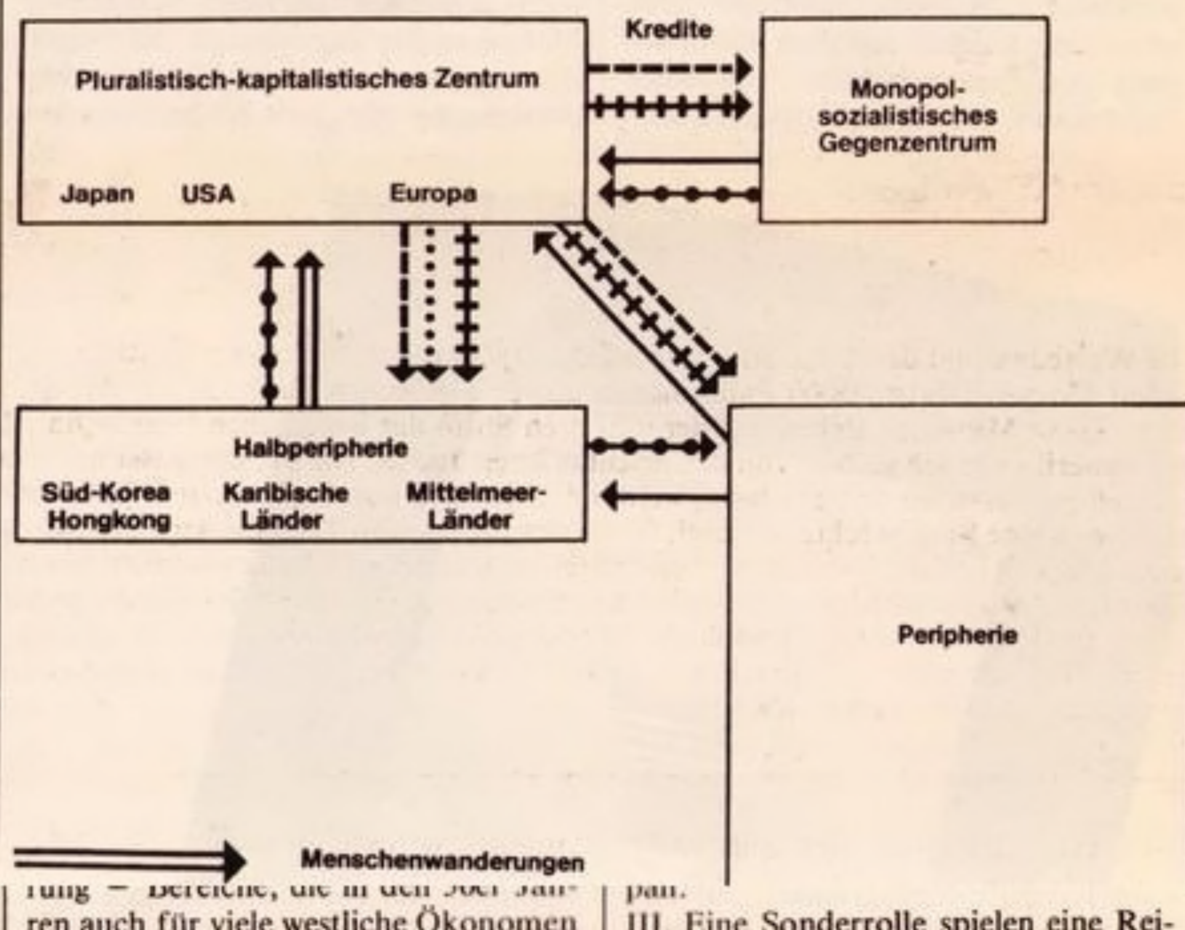
„Am Ende des Krieges propagierten die USA eine neue internationalistische Wirtschaftsordnung; eine Welt mit freier Beweglichkeit von Menschen, Gütern und Kapital. Marxistisch gesprochen schien der Kapitalismus nach 1945 „endlich" auf seinen Begriff zu kommen. Und der amerikanische Kapitalismus gedachte durchaus, in der von ihm breit entfalteten Fahne des Internationalismus auch die Sowjetunion einzuwickeln." (S. 112) „Aber die USA geriet mit diesem Programm in Widerspruch zu den mit der UdSSR in Jalta geschlossenen Abkommen, die von einer Aufteilung der Welt in Interessensphären ausgingen – einem klassischen Mittel des europäischen Konzerts. Die Forderung, auch Osteuropa müsse eine „offene Tür" haben, durch die es mit der „einen Welt" unter der Führung der USA Handel und Wandel treiben könne, war der Auslöser des Kalten Krieges." (S. 118) Die SU aber schottete sich mehr oder weniger ab und bildete ein eigenes in sich geschlossenes System.

Für Nolte führen nun verschiedene Faktoren nach dem II. Weltkrieg von einer dualistischen Weltordnung zu einer polyzentrischen. Dualistisch sei die Weltordnung gewesen, da eine große USA als kapitalistische Vormacht existierte und eine „kleine aber hartnäckige UdSSR", die für sich beanspruchte, sozialistische Vormacht zu sein. „In den 60er Jahren komplizierte sich die Situation auf dem Weltmarkt, weil die alten kapitalistischen Mächte des Zentrums Erfolge beim Nachholen der zweiten industriellen Revolution hatten. Das führte zu einem Wiederaufstieg der europäischen Mächte." (S. 122) Dieses Aufholen manifestierte sich schließlich im Zusammenbruch des von den USA beherrschten Weltwährungssystems von Bretton Woods.

„Die Jahre um 1970 kennzeichnen auch darin eine Wende in der Nachkriegsgeschichte, als die UdSSR ihre Rolle als Gegenmacht zur USA immer realer auszufüllen begannen ... In der Stahlproduktion und der Erdölförderung – Bereiche, die in den 50er Jahren auch für viele westliche Ökonomen entscheidende Indikatoren für die Wirtschaftsentwicklung gewesen waren – holten die UdSSR die USA um 1970 tatsächlich ein. Und spätestens seit 1969 hatten die UdSSR die USA auch beim Bau von Interkontinentalraketen eingeholt." Allerdings bleibt die SU aufgrund ihres Systems in der Entwicklung der Produktivkräfte unterlegen. Außerdem entzogen sich 1949 Jugoslawien und 1960 China dem Führungsanspruch der UdSSR.

Als wesentliches weiteres Element

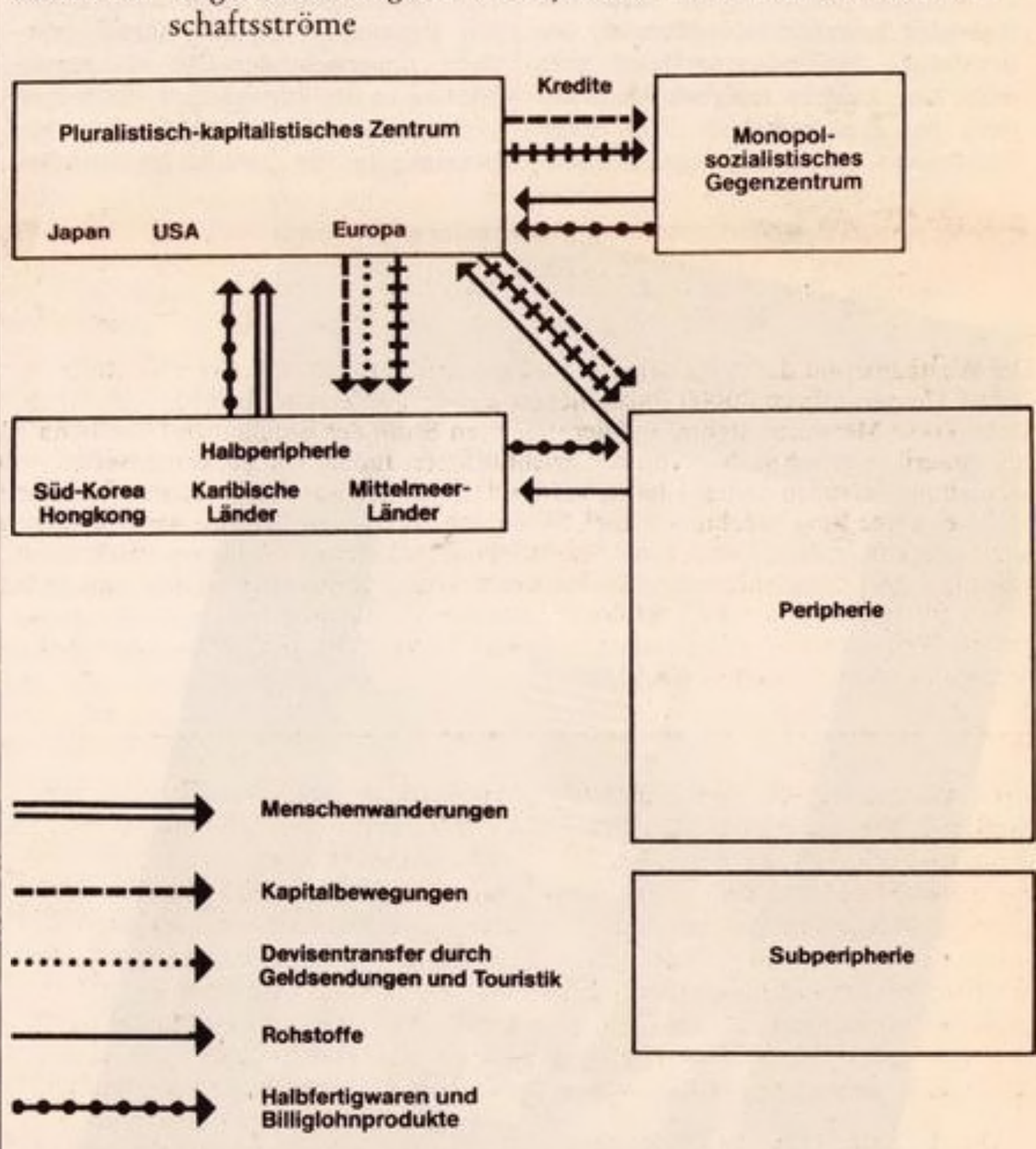
Skizze 22: Regionalisierung des Weltsystems in den 80er Jahren. Wirtschaftsströme

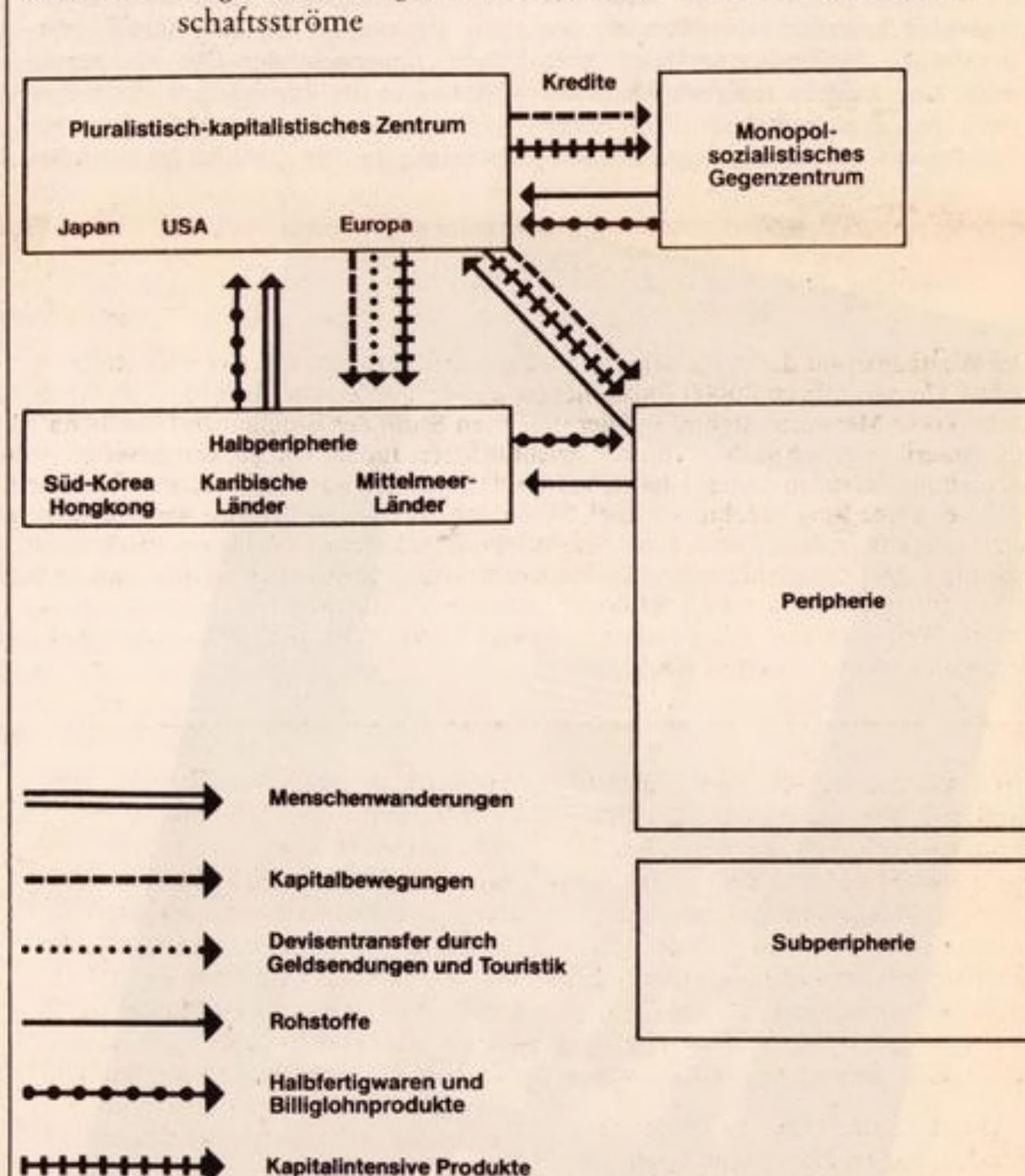


ren auch für viele westliche Ökonomen entscheidende Indikatoren für die Wirtschaftsentwicklung gewesen waren – holten die UdSSR die USA um 1970 tatsächlich ein. Und spätestens seit 1969 hatten die UdSSR die USA auch beim Bau von Interkontinentalraketen eingeholt." Allerdings bleibt die SU aufgrund ihres Systems in der Entwicklung der Produktivkräfte unterlegen. Außerdem entzogen sich 1949 Jugoslawien und 1960 China dem Führungsanspruch der UdSSR.

Als wesentliches weiteres Element

Skizze 22: Regionalisierung des Weltsystems in den 80er Jahren. Wirtschaftsströme





„... wurden nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 immer mehr ehemalige Kolonien unabhängig, die man in den Dualismus nicht einordnen konnte und die deshalb etwas verlegen als „dritte" Welt bezeichnet wurden." (S. 123) Allgemein wurde erwartet, daß diese Länder nach Erringung der politischen Unabhängigkeit eine nachholende Industrialisierung erleben würden. „Aber es deutete sich schon in den sechziger Jahren an, daß diese Länder nicht zum Zentrum aufstiegen, sondern Peripherie blieben. Desto mehr versuchten die Länder der „dritten" Welt, sich dem Sog der USA wenigstens politisch zu entziehen." Ausdruck hiervon ist u.a. die Gründung der blockfreien Bewegung.

„Abgeschlossen wurde die Entwicklung zum neuen Polyzentrismus durch die Niederlage der USA in Vietnam." (S. 124)

Noltes Weltbild: Ein neuer Polyzentrismus

Nolte unterscheidet zwischen einer politischen und einer ökonomischen Grobstruktur der Welt. Zunächst zur politischen. Nach Nolte existierte nach dem II. Weltkrieg ein duales System, wobei er den Machtbereich der USA als 1. Welt und den Machtbereich der SU als 2. Welt bezeichnet. Als die Kolonien unabhängig wurden, traten sie als zusätzliche (dritte) politische Kraft auf. Da sich im Verlauf der letzten 30 Jahre die Struktur der Welt immer mehr ausdifferenziert aber auch z.T. angeglichen hat, ergebe eine Teilung der Welt z.B. in drei oder vier Teile politisch keinen Sinn mehr. „Der neue Polyzentrismus wird bestimmt im Zusammenwirken von Mächten verschiedener Größenordnung auf mehreren Ebenen. Man kann sie folgendermaßen klassifizieren:

I. Fünf über ihre Region hinaus präsente Mächte wenn auch von unterschiedlicher Kapazität, gemeinsam durch die Verfügung über Atomwaffen und Atomwaffenträger gekennzeichnet: USA, UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich.

II. Einer Reihe regional bedeutender Mächte, die in ihrer Region sowohl wirtschaftlich wie militärisch über viel Potential verfügen: die Bundesrepublik, Vietnam, Brasilien, Indien, Japan.

III. Eine Sonderrolle spielen eine Reihe von Kleinstaaten mit ungewöhnlich guter Rüstung – z.B. Israel, Schweden oder Kuba.

IV. Der großen Zahl von Staaten, die ökonomisch labil und sozial instabil sind und deren militärisches Potential infolgedessen schwer einzuschätzen ist.

V. Macht haben auch internationale Institutionen von ganz unterschiedlicher Struktur: die UNO mit ihren Unterorganisationen, die multinationalen Konzerne, die OPEC sowie die regionalen Organisationen.

pan.

III. Eine Sonderrolle spielen eine Reihe von Kleinstaaten mit ungewöhnlich guter Rüstung – z.B. Israel, Schweden oder Kuba.

IV. Der großen Zahl von Staaten, die ökonomisch labil und sozial instabil sind und deren militärisches Potential infolgedessen schwer einzuschätzen ist.

V. Macht haben auch internationale Institutionen von ganz unterschiedlicher Struktur: die UNO mit ihren Unterorganisationen, die multinationalen Konzerne, die OPEC sowie die regionalen Organisationen.

Für die ökonomische Grobstruktur entwirft Nolte die abgebildete Skizze. Hier wiederum ergibt für ihn eine Dreiteilung der Welt keinen Sinn, weil sich eine Reihe von verschieden entwickelten Ländern herausgebildet habe. Die Halbperipherien sind etwa mit den sogenannten Schwellenländern gleichzusetzen, wobei mit den „Karibischen Ländern" vor allem Mexiko gemeint ist. Die Zuordnung ist etwas oberflächlich, weil Taiwan und Brasilien fehlen. Die Peripherie umfaßt die Masse der heutigen Entwicklungsländer. Die Subperipherie umfaßt die am wenigsten entwickelten Länder, wie sie von der UNO zwecks Sondermaßnahmen anerkannt werden.

Die Aufgabenstellung einer sozialistischen Weltrevolution ist geblieben

Die Aufteilung der Welt nach Nolte ist natürlich nicht aus der Luft gegriffen und bietet nützliche Orientierungshilfen für die eine oder andere Frage. Die Richtigkeit und Nützlichkeit einer sol-

Heißt die Alternative „Vereinigtes Arabisches Königreich“ oder „Eretz Israel“?

Jordanien und die PLO

jup. Ein „Vereintes arabisches Königreich“ brachte der haschemitische Herrscher Jordaniens vor einiger Zeit ins Gespräch. So märchenhaft der Name auch anmuten mag, verbirgt sich dahinter doch nichts anderes als die von Präsident Reagan gewünschte Assoziation der Westbank mit Jordanien. Um dem König zu geben, was des Königs ist, sei daran erinnert, daß dieser bereits 1972 ein Projekt gleichen Namens lanciert hatte: Hussein meldete sein anhaltendes Interesse an der Wiedergewinnung der 1950 von seinem Vorgänger, König Abdallah, annektierten und 1967 von Israel besetzten Westbank an. Die arabische Gipfelkonferenz von Rabat lenkte 1974 die seinerzeit in den arabischen Staaten vorherrschende Empörung über dieses Ansinnen in einen formellen Verzichtsbeschluß. Gleichzeitig erkannte Jordanien die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes an.

Dennoch ist es nicht königlicher Großmut, der Hussein bewegt, die Beamten der Westbank weiterhin zu bezahlen, sondern die Aufrechterhaltung seines Herrschaftsanspruches über dieses Gebiet; im September-Massaker 1970 hat er in Jordanien die Macht des alleinigen Herrschers gegen die entstandenen demokratischen Machtstrukturen der Palästinenser in aller Brutalität durchgesetzt.

Kann er darauf hoffen, daß die Palästinenser es vergessen hätten, wenn er jetzt mit dem Projekt einer palästinensisch-jordanischen Föderation hervortritt? Oder ist er selber gar geläutert? Zwar erließ er Anfang Oktober eine Amnestie für die „Personen und Bürger, die 1970 gegen die Sicherheit des Staates gehandelt“ hätten, von der gut 700 der überlebenden palästinensischen Kämpfer profitieren; Vertrauen hat er mit dieser Geste schwerlich gewonnen.

Tausende von Gräbern, die den Eingang des Lagers Wehdat säumen – einst eine Hochburg des palästinensischen Widerstandes in Amman – erinnern die etwa 100000 Flüchtlinge, die heute dort leben, an vergangene und mögliche zukünftige Bedrohung. Darüberhinaus läßt die Behandlung durch die jordanischen Behörden die Palästinenser, die etwa 60% der jordanischen Bevölkerung ausmachen (in Amman sogar 80%), spüren, daß sie Menschen 2. Klasse sind: einerseits werden sie besonders schikaniert, andererseits wird ihre palästinensische Identität mißachtet und unterdrückt.

Angesichts der historischen Belastung der Beziehungen zwischen beiden Völkern und ihren Repräsentanten ist es nicht verwunderlich, daß die palästinensische Reaktion auf Husseins Vorschlag keine Begeisterung, erst recht keine Einmütigkeit hervorruft. Die jüngste Erfahrung, die Passivität, die die arabischen Staaten während des israelischen Feldzuges im Libanon und gegenüber den Massakern in den Lagern Sabra und Chatilah gezeigt haben, rechtfertigen das Mißtrauen. Nayef Hawatmeh, der Führer der Demokratischen Front (FDLP), sieht den Kernpunkt der Kritik in der Übereinstimmung des Hussein-Vorschlages mit amerikanischen und israelischen Auffassungen. Es gehe darum, „unser unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu kassieren, für das wir bis zum Ende weiterkämpfen werden“. Gemessen an der Aufrechterhaltung und Verwirklichung dieser legitimen Forderungen muß Husseins Projekt als „Verrat“ erscheinen, der um so weniger Vergebung finden wird, als er von denen kommt, „die vorgeben, unsere Brüder zu sein“.



Die Westbank und der Gaza-Streifen sind zu einem großen Arbeitskräfte-Reservoir für die israelische Wirtschaft geworden. Jeden Morgen fahren 80000 Palästinenser aus den besetzten Gebieten zur Arbeit nach Israel und jeden Abend wieder zurück. Diese Menschen stehen auf der untersten Stufe der israelischen Gesellschaftshierarchie: die Spitze bilden die europäisch-amerikanischen gefolgt von den orientalischen Juden. Die Palästinenser mit israelischer Staatsangehörigkeit werden behandelt als Personen dritter Klasse, während diejenigen aus den besetzten Gebieten noch eine Stufe tiefer stehen. Diese Leute haben keine Bürgerrechte in Israel. Sie dürfen zwar jeden Tag ihre Arbeitskraft anbieten, aber abends müssen sie sich sputen, zurück über die „Grüne Linie“ nach Hause zu kommen, wollen sie nicht noch obendrein bestraft werden. Seit der Zerstörung der wirtschaftlichen Struktur in den besetzten Gebieten sind die Leute auf eine Arbeit in Israel angewiesen. Viele arbeiten für Hungerlöhne als Taglöhner; israelische Unternehmer stehen mit Lastwagen morgens an den Busstationen – wie hier in Ostjerusalem – und picken sich die Arbeiter raus, die sie brauchen. Die israelische Bauwirtschaft könnte ohne sie überhaupt nicht existieren. (IKA)

Und doch hat auch auf palästinensischer Seite die Idee einer palästinensisch-jordanischen Konföderation eine Tradition, die so alt ist wie der Staat Israel und ihre Basis vor allem in der Westbank hat. Auf ihre Anhänger setzt Hussein, nicht ohne jede Gelegenheit wahrzunehmen, um mit seiner „Abhängigkeit“ von der PLO zu kokettieren: Er braucht das Verhandlungsmandat der PLO, um das Föderationsprojekt verwirklichen zu können. Bis jetzt hat er es nicht erhalten. Zwar nimmt die Anzahl derer zu, die sich zustimmend zum Prinzip dieses Planes äußern; aber sowohl Arafat als auch der Revolutionsrat der Fatah haben präzisiert, daß er nur „auf der Grundlage von zwei unabhängigen Staaten, eines palästinensischen und jordanischen“, realisiert werden könne.

Der Widerspruch, unabhängige Staaten gegen Föderation unter haschemitischer Vorherrschaft, ist damit noch nicht gelöst.

Erwägenswert scheinen jedoch Überlegungen, Israel auf dem Wege über eine solche Föderation Grenzen zu setzen, wofür die Bedingungen nicht so schlecht sind. Der fortschreitenden schleichenden Annexion der besetzten Westbank, deren Territorium faktisch schon zu 60% in den Händen der Siedler ist, könnte Einhalt geboten werden. Die israelische Regierung betrachtet zwar alles Land, das sich nicht in Privatbesitz befindet, als Staatsbesitz und leitet daraus das Recht ab, dort Siedlungen zu errichten bzw. auszubauen, hat sich damit aber auch das Dilemma eingehandelt, die Nichtjuden, die dort leben, verwalten zu müssen. Eine neuerliche Massenvertreibung der mindestens 1,3 Millionen Palästinenser, die in der Westbank und dem Ghaza leben, dürfte nicht praktikabel sein. Die Verleihung wie auch immer gearteter Autonomie-Rechte für die Palästinenser ändert aber nichts an ihrer Existenz.

Eine Existenz, die Israel in ihrer Größenordnung niemals zu seinen Gunsten wird verändern können. Sowenig in Israel selber das Prinzip der jüdischen Exklusivität in der Reinheit der Lehre zu gewährleisten ist, um so weniger wird dies in den besetzten Gebieten auch nur annäherungsweise zu bewerkstelligen sein. Offenkundig wird schon die Schwierigkeit, „eine jüdische Bevölkerung von einer Größe anzusiedeln, die nicht bei künftigen Regelungen ignoriert werden könnte“.

Das Projekt einer palästinensisch-jordanischen Föderation enthielte schon von den Ausgangsbedingungen her bessere Möglichkeiten, den Palästinensern weitergehende als von den Israelis beabsichtigte „Autonomie-Rechte“ zu verschaffen, wobei der Verzicht auf eine palästinensische Eigenstaatlichkeit als *Voraussetzung* – nicht als *Ziel* – die Weigerung Israels entkräften könnte, die besetzten Gebiete abzutreten. Im Sinne einer „jordanischen Option“ führt die israelische Arbeiterpartei bereits Gespräche mit „projordanischen“ Palästinensern in der Westbank, von denen sich einige kürzlich öffentlich für „die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO“ ausgesprochen haben.

Das Risiko, im Verbund mit dem Haschemiten-König vom Regen in die Traufe zu geraten, besteht ohne Zweifel. Die PLO kann es sich aber bei Strafe des Verlustes „des letzten Fleckens unseres Heimatlandes“ nicht leisten, die Stimmen aus den besetzten Gebieten außer acht zu lassen. Oder wie der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, sagt: „In 2 oder 3 Jahren wird es nichts geben, worüber verhandelt werden könnte.“ Weiter hätte ein Eingehen auf den Hussein-Plan Aussicht, im Spiel mit Syrien die palästinensische Karte zu stärken, was angesichts der ebenso unverschämten wie unverhohlenen Bevormundung durch Syrien notwendig wäre. Jedenfalls haben sowohl die Demokratische als auch die Volksfront dementiert, daß sie zu den Unterzeichnern eines Dokuments gehörten, in dem Yassir Arafats „separate“ Verhandlungen mit Hussein abgelehnt würden, wie die Damaszener Presse hatte verlauten lassen.



Die Westbank und der Gaza-Streifen sind zu einem großen Arbeitskräfte-Reservoir für die israelische Wirtschaft geworden. Jeden Morgen fahren 80000 Palästinenser aus den besetzten Gebieten zur Arbeit nach Israel und jeden Abend wieder zurück. Diese Menschen stehen auf der untersten Stufe der israelischen Gesellschaftshierarchie: die Spitze bilden die europäisch-amerikanischen gefolgt von den orientalischen Juden. Die Palästinenser mit israelischer Staatsangehörigkeit werden behandelt als Personen dritter Klasse, während diejenigen aus den besetzten Gebieten noch eine Stufe tiefer stehen. Diese Leute haben keine Bürgerrechte in Israel. Sie dürfen zwar jeden Tag ihre Arbeitskraft anbieten, aber abends müssen sie sich sputen, zurück über die „Grüne Linie“ nach Hause zu kommen, wollen sie nicht noch obendrein bestraft werden. Seit der Zerstörung der wirtschaftlichen Struktur in den besetzten Gebieten sind die Leute auf eine Arbeit in Israel angewiesen. Viele arbeiten für Hungerlöhne als Taglöhner; israelische Unternehmer stehen mit Lastwagen morgens an den Busstationen – wie hier in Ostjerusalem – und picken sich die Arbeiter raus, die sie brauchen. Die israelische Bauwirtschaft könnte ohne sie überhaupt nicht existieren. (IKA)

heit wahrzunehmen, um mit seiner „Abhängigkeit“ von der PLO zu kokettieren: Er braucht das Verhandlungsmandat der PLO, um das Föderationsprojekt verwirklichen zu können. Bis jetzt hat er es nicht erhalten. Zwar nimmt die Anzahl derer zu, die sich zustimmend zum Prinzip dieses Planes äußern; aber sowohl Arafat als auch der Revolutionsrat der Fatah haben präzisiert, daß er nur „auf der Grundlage von zwei unabhängigen Staaten, eines palästinensischen und jordanischen“, realisiert werden könne.

Der Widerspruch, unabhängige Staaten gegen Föderation unter haschemitischer Vorherrschaft, ist damit noch nicht gelöst.

Erwägenswert scheinen jedoch Überlegungen, Israel auf dem Wege über eine solche Föderation Grenzen zu setzen, wofür die Bedingungen nicht so schlecht sind. Der fortschreitenden schleichenden Annexion der besetzten Westbank, deren Territorium faktisch schon zu 60% in den Händen der Siedler ist, könnte Einhalt geboten werden. Die israelische Regierung betrachtet zwar alles Land, das sich nicht

danischen“ Palästinensern in der Westbank, von denen sich einige kürzlich öffentlich für „die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO“ ausgesprochen haben.

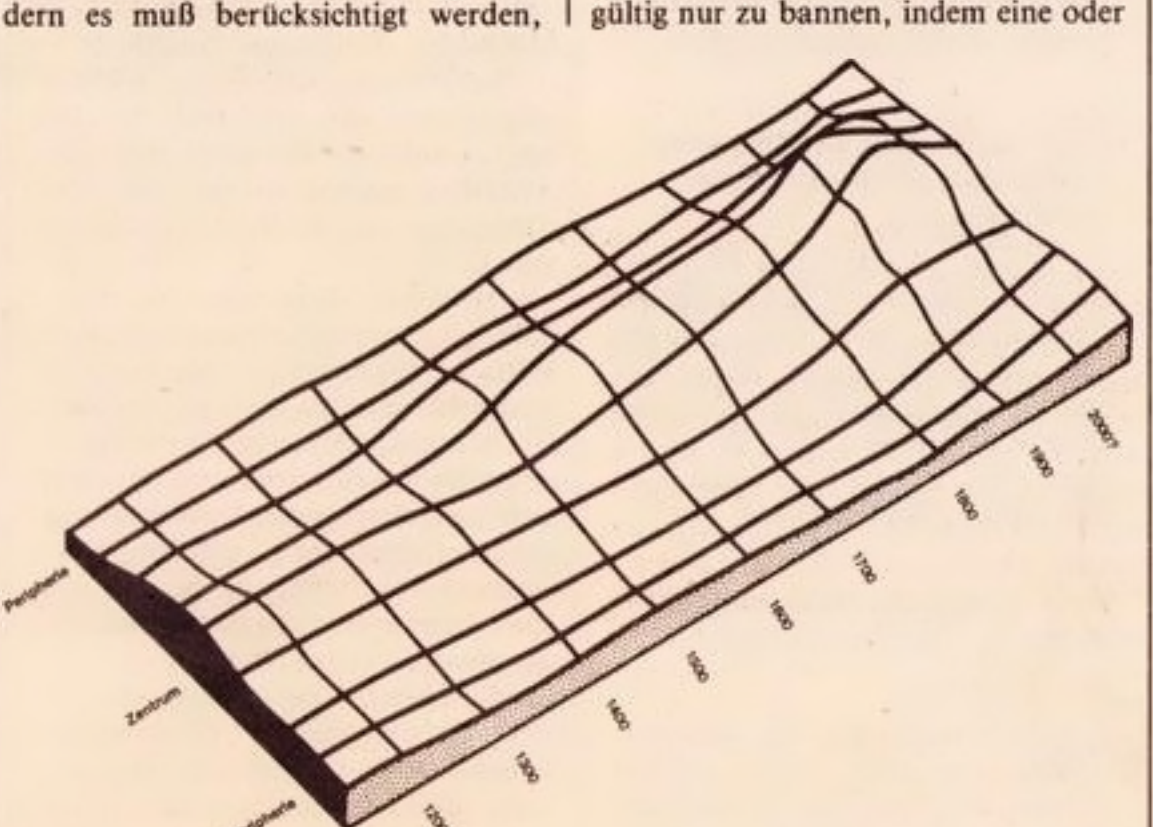
Das Risiko, im Verbund mit dem Haschemiten-König vom Regen in die Traufe zu geraten, besteht ohne Zweifel. Die PLO kann es sich aber bei Strafe des Verlustes „des letzten Fleckens unseres Heimatlandes“ nicht leisten, die Stimmen aus den besetzten Gebieten außer acht zu lassen. Oder wie der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, sagt: „In 2 oder 3 Jahren wird es nichts geben, worüber verhandelt werden könnte.“ Weiter hätte ein Eingehen auf den Hussein-Plan Aussicht, im Spiel mit Syrien die palästinensische Karte zu stärken, was angesichts der ebenso unverschämten wie unverhohlenen Bevormundung durch Syrien notwendig wäre. Jedenfalls haben sowohl die Demokratische als auch die Volksfront dementiert, daß sie zu den Unterzeichnern eines Dokuments gehörten, in dem Yassir Arafats „separate“ Verhandlungen mit Hussein abgelehnt würden, wie die Damaszener Presse hatte verlauten lassen.

---

chen Darstellung der heutigen Welt muß sich aber an zwei großen Fragestellungen erweisen, zu denen letztlich auch Nolte stößt und die er beantworten will: Wie ist ein Weltkrieg zu verhindern und wie können die Unterschiede im Entwicklungsniveau ausgeglichen werden, so daß die Produktivkräfte zum Nutzen der ganzen Menschheit entwickelt werden können.

Um die letzte Frage zu beantworten nutzt es nichts, die verschiedenen Entwicklungsniveaus beschreibend zu klassifizieren, sondern muß man einen Begriff von Unterentwicklung und Abhängigkeit, wie sie heute existieren, haben. Zwar haben Peripherie, Subperipherie und Halbperipherie verschiedene Entwicklungsniveaus, aber gemeinsam ist ihnen die vollständige Unterwerfung unter die Weltmarktbedürfnisse der kapitalistischen Zentren, eine ursächlich durch den Kolonialismus zerstörte einheimische Ökonomie und stattdessen eine abhängige gesamtgesellschaftliche Reproduktionsstruktur. Diese *Gemeinsamkeit* bildet den Ausgangspunkt für eine Strategie zur Überwindung der Unterentwicklung. Diese Länder sind in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem integriert und bilden in diesem System eine eigene Gruppe gegenüber den kapitalistischen Zentren. Auch zwischen den kapitalistischen Zentren gibt es Widersprüche im Entwicklungsniveau und in den wirtschaftlichen Interessen. Gegenüber diesen Widersprüchen ist aber die Gemeinsamkeit maßgebend, nämlich als Zentrum weiterzuexistieren und teilzuhaben an der ungleichen internationalen Arbeitsteilung. Daher kann die Ausnutzung dieser Widersprüche zwar zur Milderung dieses Verhältnisses von den unterentwickelten Ländern genutzt werden, aber nicht zur Überwindung dieser ungleichen Arbeitsteilung selber. Diese Überwindung kann nur durch Ausbruch aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem gelingen. Dieser Ausbruch ist aber eigenständig nicht möglich, weil ohne Verbindung mit den hochindustrialisierten Ländern ein Rückfall in das tiefste Mittelalter dieser Gesellschaften erfolgen würde und das ohne die damals noch funktionierende Subsistenzwirtschaft. Eine Überwindung von Unterentwicklung ist also nur möglich, wie es schon Lenin für die russische Revolution konzipiert hatte, nämlich durch eine Weltrevolution, die die Hauptzentren miterfaßt. Daß die SU dennoch die Unterentwicklung überwand, ist m.E. ein Sonderweg gewesen, der für die Masse der heutigen Entwicklungsländer nicht gangbar ist und der für einige vergleichbare Länder, wie z.B. Brasilien, zumindest sehr zweifelhaft ist aufgrund der heutigen Weltlage. Wir könnten also etwa folgende Aufteilung feststellen, was die Ökonomie betrifft: Eine Zweiteilung der Welt in kapitalistisches und staatsmonopolistisches Wirtschaftssystem, wobei innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine weitere Aufteilung in Zentrum und Peripherie notwendig ist.

Etwas anders verhält es sich mit der Frage des Kampfes gegen einen Weltkrieg. Auch hier muß man einen Begriff von den Ursachen eines solchen Krieges entwickeln und nützt es nichts, Kräfteverschiebungen beschreibend zu klassifizieren. Die Weltkriegsgefahr entspringt grundlegend aus der Rivalität zwischen den beiden voneinander monopolistisch abgegrenzten Gesellschaftssystemen – Kapitalismus und Staatsmonopolismus, die beide aus ihrem Charakter innere Triebkräfte für eine Expansion, heute nur denkbar als Neuaufteilung der Welt, entwickeln. Von seiner ursprünglichen Einteilung kommt auch Nolte wieder ab, sobald er sich dieser Frage nähert und geht plötzlich vom Ost-West Gegensatz aus. Allein das genügt jedoch nicht, sondern es muß berücksichtigt werden, daß innerhalb dieser beiden Weltsysteme jeweils eine Großmacht auf ihre Weise herrscht. Diese Großmächte entwickeln eigene Triebkräfte aufgrund ihrer Aussicht auf Weltherrschaft und auch eigene Wege. Ihre Rivalität entscheidet letztlich über Krieg und Frieden und über die Form eines solchen Krieges. Im Grunde hat sich qualitativ seit dem II. Weltkrieg an dem dualistischen Weltsystem, wie Nolte es ausdrückt, nichts geändert, soweit man die Weltkriegsgefahr betrachtet. Nun ist die Gefahr eines Weltkrieges endgültig nur zu bannen, indem eine oder mehrere sozialistische Weltrevolutionen diese beiden großen Ausbeutersysteme zerschlagen und damit die inneren Triebkräfte für Kriege überhaupt überwinden. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, daß der Weltkrieg nur durch die Revolution verhindert werden kann. Weltkriege entstehen nicht gesetzmäßig wie der tendenzielle Fall der Profitrate. Ein jeweiliges politisches Umfeld kann eine jeweils vorhandene Weltkriegsgefahr bannen. Ob ein solches politisches Umfeld jeweils realistisch geschaffen werden kann, ist noch eine andere Frage. Heute kann ein politischer Kampf zur Eindämmung der Bewegungsfreiheit der beiden Supermächte einen Krieg verhindern. Hauptkräfte hierbei sind die Länder der Peripherie oder die Dritte Welt sowie die Volksmassen in den Ländern des Zentrums, die sich in Widerspruch zu den beiden Supermächten befinden. In Bezug auf die Kriegsgefahr ist also eine Teilung der Welt in drei Teile sinnvoll: Erste Welt (in sich gespalten in die beiden Supermächte), Dritte Welt (Peripherie), Zweite Welt (der Rest des Zentrums).



Graphisch stellt Nolte die Frage, ob es gelingen kann, die bleibenden bzw. sogar wachsenden Ungleichgewichte in der Entwicklung zwischen Zentrum und Peripherie auszugleichen. Seine Antwort bleibt idealistisch: Eine Weltregierung müsse geschaffen werden, die sich der Probleme annimmt. Die Bedingungen hierfür werden nicht angesprochen.

Die chinesische Theorie der Drei Welten ist als Konzeption im Kampf gegen den jetzt drohenden Weltkrieg nützlich. Als Konzeption der Überwindung von Unterentwicklung oder als Konzeption für eine sozialistische Weltrevolution mußte sie versagen. Wahrscheinlich hört man deswegen über die Theorie in China nicht mehr viel. Die Widersprüchlichkeit in der Anwendungsmöglichkeit und Richtigkeit dieser Theorie hat zu manchen verqueren Debatten geführt.

Politische Öffnung in Brasilien

Ausweg aus der Krise?

Die Ergebnisse der „ersten freien Wahlen" in Brasilien seit dem Militärputsch von 1964 liegen zwar noch nicht vor, aber was bislang bekannt ist, gereicht der Regierung unter General Jaoa Figueiredo zur Freude, wenngleich nicht völlig ungetrübt.

Gewählt wurde auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung – mit Ausnahme des Präsidenten: 4000 Gemeinderäte mit 35000 Sitzen, 22 Länderparlamente und ebensoviele Gouverneure, alle Vertreter im auf 479 aufgestockten Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats. Gleichzeitig liegt damit auch die Zusammensetzung des Wahlmännerkollegiums fest, das im Januar 1985 den Präsidenten wählen soll.

Die Wahlen selber sind zustandegekommen im Rahmen der Politik der „abertura", der Öffnung, die das Militärregime seit einigen Jahren betreibt – nicht aus demokratischer Einsicht, sondern unter dem Druck einer Reihe von Faktoren, die mit der Krise des brasilianischen Entwicklungs„modells", auch Wunder genannt, zusammenhängen. Zu den Maßnahmen der allmählichen Demokratisierung gehören die Ausweitung der Rechte des Parlaments und die relative Einschränkung der Regierungsausübung per Dekret, dazu gehört die Teilamnestie, wonach 1979 3000 Gefangene freigelassen wurden und über 6000 emigrierte Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter und oppositionelle Militärs aus dem Exil heimkehren durften, und dazu gehört die Aufhebung der Pressezensur.

Wieweit die Opposition gegen die Militärs aus den Wahlen Nutzen ziehen kann, ob sich an der sozialen und politischen Lage der armen Massen, der Marginalisierten, der Industriearbeiter und der kleinen Ladenbesitzer etwas ändern wird, muß man sehen.

Die Regierung, der die Demokratisierung allererst zur Stabilisierung der bestehenden Besitz- und Entscheidungsstrukturen dienen sollte, hat jedenfalls ein Wahlsystem ausgetüftelt, das an Sicherungen gegen einen Machtwechsel seinesgleichen sucht: Durch den zweifachen numerischen Sieg der einzig zugelassenen Oppositionspartei MDB 1974 und 1978 (die freilich schon damals aufgrund der manipulativen Wahlgesetze nicht die Regierung übernehmen konnte) sah sich die herrschende Allianz zu einer Parteireform veranlaßt, die mehrere Parteien zuließ und die Opposition spalten sollte.

Koalitionen wurden verboten. Gewählt werden kann nur eine Einheitsliste, d.h. Stimmensplitting ist ausgeschlossen und alle Kandidaten oder ihre Wahlnummer und das Parteikürzel müssen auf den Wahlzettel geschrieben werden. Das behindert kleine Parteien, die beispielsweise auf Gemeindeebene keinen Kandidaten stellen und fördert den Anteil ungültiger Stimmen, da nicht zuletzt auf Verwirrung der vielen des Lesens und Schreibens nur mangelhaft Kundigen angelegt (die ca. 20 Mio. erwachsenen Analphabeten – ein Viertel – sind ohnehin nicht wahlberechtigt).

Für eine Verfassungsänderung sind künftig ⅔ der Stimmen erforderlich – was gegen die angestrebte Direktwahl des Präsidenten gerichtet ist. Diese Wahl selber soll außerdem durch die Regelung, daß jeder Bundesstaat unabhängig von der enorm unterschiedlichen Bevölkerung 6 Wahlmänner (neben Senatoren und Abgeordneten) in den Wahlkörper entsendet, abgesichert werden. Die unterschiedliche Größe der Wahlbezirke erklärt mindestens zum Teil auch, warum die Regierungspartei PDS auf einen Wahlsieg in 13 Staaten, die Opposition bislang nur in 7 auf einen Wahlsieg rechnen kann, obwohl von den ersten 20 Mio. Stimmen nur 7,6 Mio. auf die PDS entfielen.

Das brasilianische Modell

Bilder der zutiefst widersprüchlichen, „desintegrierten" Gesellschaft Brasiliens hat jeder rasch vor Augen: Was es heißt, wenn die reichsten Familien – ein Zehntel – in den letzten 20 Jahren die Hälfte des Nationaleinkommens einstrichen, während die Ärmsten – 40 Prozent – sich noch nicht mal ein Zehntel desselben teilten. Doch das „blühende", auf Pump gebaute Brasilien, wo sich eine Strukturkrise seit mindestens 9 Jahren abzeichnet, wird heute von der weltweiten Wirtschaftskrise doppelt gebeutelt.

Als Beispiele mögen dienen: Dem neben Mexiko meist verschuldeten Entwicklungsland gewährten Frankreich und die BRD Kredite zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit nur unter der Bedingung, daß Schiffe, Bahnmaterial und Kraftwerksanlagen, die von der brasilianischen Industrie zum größten Teil selbst fabriziert werden könnten, im Gegenzug auf Kredit gekauft werden.



Familie eines entlassenen Mercedes-Arbeiters in einer Favela von Sao Bernardo

Das brasilianische Alkohol-Programm, d.h. die Ersetzung von Benzin und Dieselöl durch Äthanol auf der Basis von Zuckerrohr führt nicht nur zur weiteren Vertreibung Hunderttausender Kleinstbauern und Siedler zugunsten des Agrobusiness, sondern hat unmittelbare Folgen für die Lebensmittelversorgung und -preise. Ähnliche Folgen hat der forcierte Export von Sojaprodukten, nachdem die Weltmarktpreise für Kaffee, Zuckerrohr und Kakao tendenziell sinken. Der innere Markt schrumpft durch Massenentlassungen, aber auch durch Pleiten der nationalen Zuliefererindustrie infolge der Produktionseinschränkungen der ausländischen Konzerne.

Gleichzeitig *muß* exportiert werden, um Schulden zu begleichen. Die Disproportionalität im Innern verschärft sich, und die Marginalisierung, d.h. das Anwachsen der Bevölkerungsteile, die ihre Arbeitskraft nie dauerhaft verkaufen können, nimmt mit allen Folgen von Unterernährung und Degeneration (Zwergenwuchs z.B. im Nord-Osten) zu. Gleichzeitig bedeutet das einen unvorstellbaren Druck auf die Ansätze einer neuen, autonomen und nicht mehr wie die alte, über die populistischen Institutionen und Ideologie an den Staat gefesselten, Arbeiterbewegung.

Ein Ausflug in die Geschichte soll das Verständnis der aktuellen Krise erleichtern, wobei die Geschichte Brasiliens einige Besonderheiten aufweist. Die Loslösung von Portugal im Jahr 1822 war nicht Ergebnis eines nationalen Befreiungskampfes, sondern Endpunkt einer Auseinandersetzung verschiedener Fraktionen der Herrschenden. Großgrundbesitz, Monokultur (Kaffee und Zucker) und Sklaverei blieben bestimmend bis zum Ende der Monarchie 1888/89. Inzwischen hatten die „Verarbeiter", die Kaffeebarone und Besitzer der Zuckerfabriken, denen die Sklavenarbeit nicht produktiv genug war und die zugleich als Handelsbourgeois auftraten, die Lohnarbeit durchgesetzt. Die Plantagenarbeiter blieben ungebildet und isoliert, zur Organisierung kaum fähig, während die Präsidentschaft in der „alten Republik" (bis 1930) dank Wahlmanipulation zwischen „Kaffee" und „Viehzucht" wechselte.

Die Form des bürgerlichen Staats war der „caudillismo", d.h. die Durchsetzung und Wahrung der Eigentumsrechte durch private Clientel bzw. regional dominierte Instanzen. Die Bundesregierung regulierte den Kaffeepreis und förderte Kontakte zum ausländischen Kapital, das Hafenanlagen, Eisenbahnen, Elektrizität usw. erstellte (Siemens z.B. blickt auf ein mehr als hundertjähriges Engagement in Brasilien zurück, angefangen mit der Verlegung eines Tiefseekabels zwischen Rio und Montevideo in den 70er Jahren, gefolgt von einer kompletten Dampfkraftzentrale 1894).

Mit der Weltwirtschaftskrise kollabierte jedoch dieses „Exportmodell". Der Verfall der *terms of trade* zwang zur Ersetzung der bislang über den (Kaffee-)export finanzierten Einfuhren durch die Produktion im Land selbst (Importsubstitution). Damit erweiterten sich zugleich die Staatsfunktionen, die sich bisher auf die Absicherung der Zirkulation im externen Sektor beschränkt hatten.

Ein breites Bündnis unter Getúlio Vargas – von Teilen der herrschenden Agrarbourgeoisie über Militärs bis zu neuen Industriellen und Mittelschichten – strebte ein autoritär-populistisches Regime an und stürzte die „alte Republik". Die Akkumulation verlagerte sich zur verarbeitenden Industrie; zugleich half die neue Wirtschaftspolitik der Oligarchie, selbst zu industriellen Unternehmern zu werden. Durch die Garantie des Kaffeepreises wurden Einkommen gesichert und durch die starken Abwertungen wurde die Produktion für den Binnenmarkt profitabel.

Die Konflikte nahmen zu: auf der einen Seite mit kleineren Agrariern, die den Einstieg in die Industrie nicht schafften, auf der anderen Seite mit der auf den Import konzentrierten Handelsbourgeoisie. Und natürlich mit den Keimen der Arbeiterbewegung, unter Führung der KP zusammengeschlossen in einer „Alianca National Libertadora" 1935.

Vargas verstärkte die Repression der Linken und setzte mittels Putsch 1937 den „estado novo" durch, den ersten zentral und korporativistisch organisierten Staatsapparat in der brasilianischen Geschichte, der zumindest den städtischen Bereich, der mit der Ausdehnung kapitalistischer Warenproduktion schnell wuchs, einem effektiven bürgerlichen Staatsapparat unterordnete, während in den ländlichen Bereichen die patriarchalischen Strukturen weiterhin dominierten.

Der Populismus, der eine nationalistische Außenpolitik (niedrige Wechselkurse, Einstellung der Schuldenbegleichung) mit öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Grundstoffindustrien verband und die Linksentwicklung der Massen durch sozialreformerische Maßnahmen wie Mindestlöhne, Aufbau staatskontrollierter Gewerkschaften mit Zwangsmitgliedschaft, Einführung von Kranken- und Rentenversicherung auffing, hat sicher einiges mit dem Faschismus gemein. Der Vergleich entbehrt gleichwohl mit Blick auf die Ausgangsvoraussetzungen einer Reihe von Elementen, denn die Klassenbasis der beiden unterscheidet sich erheblich. Hier wie auch in Argentinien wurden die Massen zum Bündnispartner von Industriebourgeoisie und Mittelschichten gegen die Agraroligarchie.

Die Krise des Importsubstitutionsmodells, das in Brasilien insbesondere während des Zweiten Weltkriegs aufgrund der relativen Desintegration des Weltmarkts funktionierte, trat schlagartig nach Ende dieser „Ausnahmesituation" zutage.

Die Reintegration des Weltmarktes bringt es mit sich, daß die inländischen Industrien nicht mehr konkurrenzfähig sind. Ausländisches Kapital dringt ein, „internationalisiert" den Binnenmarkt und fördert die Notwendigkeit, neue Technologien zu importieren. Ausländische Technologie zur Stützung des Binnenmarktes verstärkt die Abhängigkeiten. Die Internationalisierung der Binnenmärkte stößt an zwei Grenzen: 1. an die Grenze des inneren Marktes selbst, 2. an das Problem des äußeren Engpasses, d.h. die Devisenersparnisse durch eigene Produktion werden geringer als die notwendigen Devisenausgaben zum Import von Produktionsmitteln und Rohstoffen.

In Brasilien führte der Konflikt zwischen der nationalistischen Orientierung samt der angelegten Krisenmomente und der „kosmopolitischen" Orientierung zum Militärputsch 1964. Durchgesetzt hatte sich damit die Politik der Einkommenskonzentration in den Händen der oberen Mittel- und Oberschicht. Damit wuchsen zugleich die Absatzmöglichkeiten für die seit den 50er Jahren geförderte Konsumgüterproduktion, wie auch die internationalen Konkurrenzvorteile durch die Einfrierung der Löhne und die repressiven Gewerkschaftsgesetze erhalten blieben. Doch dieses Modell der privaten, vor allem ausländischen Profitmaximierung und der Unterdrückung einer Arbeiterbewegung, der es *vor* der Militärregierung trotz totaler staatlicher, populistischer Einbindung immer noch vergleichsweise gut ging, ist nun insgesamt in die Krise geraten.

Die konkretesten Forderungen und Programme hat dabei immer noch die PT anzubieten. Bleibt zu hoffen, daß sie trotz schlechten Wahlergebnisses die nötige Kraft und Einheit an der Basis entfalten kann. *cof*

Die zugelassenen Parteien
PDS – Partido Democratico Social (Demokratisch-Soziale Partei)
Nachfolgerin der ARENA, der Par-
kurz nach Gründung der PMDB anschloß, letztere haben sich mit Kräften der Gewerkschaften und auch aus den städtischen Basisinitiativen
te. Nur zwei ihrer Gouverneurskandidaten dürften um 10% liegen.
PT – Partido dos Trabalhadores (Partei der Arbeiter)
Will im Gegensatz zu den übrigen Parteien, die alle „von oben", teils mit Unterstützung der Regierung ge-
tischen Lage der armen Massen, der Marginalisierten, der Industriearbeiter und der kleinen Ladenbesitzer etwas ändern wird, muß man sehen.
Die Regierung, der die Demokratisierung allererst zur Stabilisierung der bestehenden Besitz- und Entscheidungsstrukturen dienen sollte, hat jedenfalls ein Wahlsystem ausgetüftelt, das an Sicherungen gegen einen Machtwechsel seinesgleichen sucht: Durch den zweifachen numerischen Sieg der einzig zugelassenen Oppositionspartei MDB 1974 und 1978 (die freilich schon damals aufgrund der manipulativen Wahlgesetze nicht die Regierung übernehmen konnte) sah sich die herrschende Allianz zu einer Parteireform veranlaßt, die mehrere Parteien zuließ und die Opposition spalten sollte.
Staaten, die Opposition bislang nur in 7 auf einen Wahlsieg rechnen kann, obwohl von den ersten 20 Mio. Stimmen nur 7,6 Mio. auf die PDS entfielen.
Das brasilianische Modell
Bilder der zutiefst widersprüchlichen, „desintegrierten" Gesellschaft Brasiliens hat jeder rasch vor Augen: Was es heißt, wenn die reichsten Familien – ein Zehntel – in den letzten 20 Jahren die Hälfte des Nationaleinkommens einstrichen, während die Ärmsten – 40 Prozent – sich noch nicht mal ein Zehntel desselben teilten. Doch das „blühende", auf Pump gebaute Brasilien, wo sich eine Strukturkrise seit
Familie eines entlassenen Mercedes-Arbeiters in einer Favela von Sao Bernardo
material und Kraftwerksanlagen, die von der brasilianischen Industrie zum größten Teil selbst fabriziert werden könnten, im Gegenzug auf Kredit gekauft werden.
Das brasilianische Alkohol-Programm, d.h. die Ersetzung von Benzin
die ihre Arbeitskraft nie dauerhaft verkaufen können, nimmt mit allen Folgen von Unterernährung und Degeneration (Zwergenwuchs z.B. im Nord-Osten) zu. Gleichzeitig bedeutet das einen unvorstellbaren Druck auf die Ansätze einer neuen, autonomen und nicht mehr wie die alte, über die populistischen Institutionen und Ideologie an den Staat gefesselten, Arbeiterbewegung.
Ein Ausflug in die Geschichte soll das Verständnis der aktuellen Krise erleichtern, wobei die Geschichte Brasiliens einige Besonderheiten aufweist. Die Loslösung von Portugal im Jahr 1822 war nicht Ergebnis eines nationalen Befreiungskampfes, sondern End-
stische Außenpolitik (niedrige Wechselkurse, Einstellung der Schuldenbegleichung) mit öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Grundstoffindustrien verband und die Linksentwicklung der Massen durch sozialreformerische Maßnahmen wie Mindestlöhne, Aufbau staatskontrollierter Gewerkschaften mit Zwangsmitgliedschaft, Einführung von Kranken- und Rentenversicherung auffing, hat sicher einiges mit dem Faschismus gemein. Der Vergleich entbehrt gleichwohl mit Blick auf die Ausgangsvoraussetzungen einer Reihe von Elementen, denn die Klassenbasis der beiden unterscheidet sich erheblich. Hier wie auch in Argentinien wurden die Massen zum Bündnispartner von Industriebourgeoisie und Mittelschichten gegen die Agraroligarchie.
Die Krise des Importsubstitutionsmodells, das in Brasilien insbesondere während des Zweiten Weltkriegs aufgrund der relativen Desintegration des Weltmarkts funktionierte, trat schlagartig nach Ende dieser „Ausnahmesituation" zutage.
Die Reintegration des Weltmarktes bringt es mit sich, daß die inländischen Industrien nicht mehr konkurrenzfähig sind. Ausländisches Kapital dringt ein,

Die zugelassenen Parteien

PDS – Partido Democratico Social (Demokratisch-Soziale Partei)

Nachfolgerin der ARENA, der Partei der Militärs und Technokraten von 1965–79, der gegenüber sie jedoch infolge der Wirtschaftskrise Teile der nationalen Bourgeoisie verlor. Heute vor allem Partei der multinational verflochtenen Kapitalisten und der Agraroligarchie, getragen von der traditionellen „classe politica", „verankert" daher aber auch gerade in ländlichen Regionen mit patriarchalischer Abhängigkeit der bäuerlichen Bevölkerung und – via Wahlgeschenken und Klientelpolitik, worin sie geübt ist – auch in den Armengürteln der Städte. Hier liegen die Hochburgen allerdings in den reichsten Vierteln. Sie profitiert, da in allen Gemeinden vertreten, am meisten von dem Zwang zur Einheitslistenwahl.

PMDB – Partido Movimento Democratico Brasileiro (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens)

Versteht sich als Erbe der Oppositionsbewegung aus den „harten Jahren" der Militärdiktatur. Die Vorläuferin MDB, bis 1979 einzig zugelassene Opposition, entwickelte sich seit Mitte der 70er Jahre zu einem Sammelbecken unterschiedlichster Strömungen und Interessen, von ehemaligen Mitgliedern der Militärregierungen, Bankiers und Vertretern des nationalen Kapitals bis hin zu den verbotenen kommunistischen Parteien verschiedener Orientierung. Erstere kommen aus der „Volkspartei", die sich mangels Wahlchancen kurz nach Gründung der PMDB anschloß, letztere haben sich mit Kräften der Gewerkschaften und auch aus den städtischen Basisinitiativen in der „tendencia Popular" (Volkstendenzen) zusammengeschlossen.

So stehen im Wahlprogramm neben Forderungen nach demokratischen Rechten auch solche nach Umverteilung, Agrarreform, Gewerkschaftsfreiheit, doch ist eine dauerhafte Einheit hier kaum zu erwarten, eher ein Auseinanderfallen der Parlamentsfraktion. Die künftigen Gouverneure der PMDB in den entwickelten, stark urbanisierten Staaten des Südens Sao Paulo, Minas Gerais, Paraná und Espirito Santo repräsentieren eher die Wirtschaftsliberalen als den radikalen Flügel.

PDT – Partido Democratico Trabalhista (Demokratische Arbeiterpartei)

Ihr Führer, der „radikale Populist" Brizola, Freund der Sozialistischen Internationale, wird wohl Gouverneur von Rio de Janeiro. Außer dort und in der Heimat Brizolas, Rio Grande del Sul, wo die PDS knapp vorne liegt, hat die PDT kaum Einfluß auf das Wahlergebnis.

PTB – Partido Trabalhista Brasileiro (Brasilianische Arbeiterpartei)

Steht der Regierung am nächsten. Geführt von einer Nichte Getúlio Vargas', der Vaterfigur des brasilianischen Populismus, hat sie doch außer dem Namen wenig mit der alten PTB zu tun, die die entstehende Arbeiterbewegung in einen linkspopulistischen Kurs einzubinden vermochte. Nur zwei ihrer Gouverneurskandidaten dürften um 10% liegen.

PT – Partido dos Trabalhadores (Partei der Arbeiter)

Will im Gegensatz zu den übrigen Parteien, die alle „von oben", teils mit Unterstützung der Regierung gegründet wurden, die Parteibildung von unten fördern. Sie stützt sich in erster Linie auf die neue „authentische" Gewerkschaftsbewegung (die in den Massenstreiks der letzten Jahre im Industriedreieck um Sao Paulo ihren Ausdruck fand), aber auch auf städtische Basisbewegungen wie die Lebenshaltungskostenbewegung, die kirchlichen Basisgemeinden und einen Teil der Landarbeiter im Norden und Nordosten (dem ärmsten „Armenhaus" Brasiliens); insgesamt ist die Position auf dem Land noch schwach. Intellektuelle und Studenten bilden ein weiteres Standbein.

Die PT lehnt Bündnisse mit den Autoritäten der anderen Parteien ab, weshalb sie sich auch nicht der PMDB angeschlossen hat. Seit ihrer Gründung hat sie jedoch nicht nur mit Widersprüchen der in ihr vereinigten linken Strömungen trotzkistischer, „marxistisch-leninistischer" oder „undogmatischer" Herkunft zu kämpfen, sondern auch mit solchen, die sich aus dem Anspruch der Basisorientierung einerseits und der eigenen weiterreichenden antikapitalistischen Orientierung ergeben bzw. daraus, daß Initiativen in den Armenvierteln immer wieder rasch zusammenzubrechen drohen.

Das schlechte Abschneiden der PT und des legendären Vorsitzenden Streik- und Gewerkschaftsführers Lula selbst in Sao Paulo hat sicher eher mit der Polarisierung insgesamt zu tun als mit der Wahlplattform. 7 oder 8 Abgeordnete statt der erhofften 20 werden als kleinste Gruppe in Brasilia einziehen.

Zum europäischen Elektro-Kartell

frb. Die Einverleibung der Grundig AG in den Thomson-Brandt-Konzern zeigt, auf welch traditionellen Pfaden sich die Industriepolitik der französischen Sozialisten bewegt. Thomson-Brandt ist in Staatsbesitz und Paris frohlockt. Mit der Verbindung würde Thomson-Brandt in der Unterhaltungselektronik mit Europas größtem Elektrokonzern, Philipps, gleichziehen und mit den Beteiligungen an Saba, Nordmende und Dual den westdeutschen Markt beherrschen. Philipps, der Gegenspieler, schießt keineswegs quer. Der niederländische Konzern hält 24,5% an Grundig, und seine Zustimmung zu der französisch-deutschen Transaktion darf unterstellt werden.

Die gemeinsame europäische Front gilt Japan und den USA. Grundig allein ist zu schwach, der japanischen Konkurrenz zu widerstehen, und eine engere Verbindung mit Philipps hat das Kartellamt verhindert. Thomson-Brandt produziert bislang keine eigenen Video-Geräte und will über Grundig in Besitz einer entsprechenden Produktion kommen, womit umgekehrt Grundig der französische Markt eröffnet würde. Philipps schließlich dürfte einkalkulieren, daß die europäische Elektroindustrie ohne eine schlagkräftige Unterhaltungselektronik nicht existieren kann, weil die Bauelemente-Hersteller auf den Verbund angewiesen sind.

So sind die Interessen einigermaßen klar, die Frankreichs Sozialisten, der Niederlande größtes Industriemonopol und den Unternehmer Max Grundig in einem Kartell zur Aufteilung des westeuropäischen Elektromarktes zusammengeführt haben.

Im Zentrum steht der Video-Markt. Unter dem Zwang, der Konkurrenz um einige Nasenlängen voraus zu sein, wurden Fertigungskapazitäten aufgebaut, die sich trotz der Jugend des Marktes bereits jetzt als Überkapazität entpuppen.

Arbeitsbelastungen

und ihre Verbreitung

Soviele Arbeiter und Angestellte arbeiten praktisch immer oder häufig ...

bei Nacht oder in Schicht: 3,1 Mio. = 14%

haben schwere Lasten zu heben oder zu tragen: 3,8 Mio. = 17%

in Rauch, Staub Gasen u. Dämpfen: 4,0 Mio. = 18%

in gebückter Körperhaltung: 4,2 Mio. = 19%

in Nässe, Kälte, Hitze oder Zugluft: 5,2 Mio. = 24%

bei Lärm: 6,2 Mio. = 28%

jeder Handgriff vorgeschrieben: 6,4 Mio. = 29%

Achtung: Ausländische Arbeiter sind in dieser Erhebung erst gar nicht erfaßt, nur deutsche.

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Repräsentativbefragung deutscher Erwerbstätiger 1979

Die Woche im Rückblick

„Die Hausfrauen ersetzen offensichtlich aus Sparsamkeits- und Gesundheitsgründen Bohnenkaffee wieder mehr durch Kaffee-Ersatzmittel." So vermutet der Bundesernährungsminister Ertl aufgrund der Statistik über die Produktion von Kaffeemitteln. Und sein hessischer Ministerkollege im Bereich Justiz hat festgestellt, daß Geldstrafen immer häufiger durch „ersatzweise Haft" beglichen werden. Aber vor dem Gesetz bleibt jeder gleich.

Das Kernkraftwerk Niederaichbach soll der erste größere Reaktor werden, der vollständig beseitigt werden soll. Das 100 MW-Kraftwerk war genau von Dezember 1972 bis Ende Juli 1974 in Betrieb, ehe es in den „gesicherten Einschluß" überführt wurde. Die Baukosten lagen bei 230 Mio. DM, die Abbruchkosten werden derzeit mit 80 bis 100 Mio. DM angegeben. Die Genehmigung für den Abbruch wird Ende 1983 erwartet, bis 1990 könnte die Strahlenruine abgetragen und anderswohin verfrachtet sein. Seit Baubeginn wären dann rund 25 Jahre vergangen, für eine Betriebszeit von 1½ Jahren. Die Abbruchfirma hofft, sich weltweit als Spezialist für derartige Aufträge zu profilieren.

Die USA, Liberia und Panama boykottieren eine Uno-Konferenz in Genf, die sich zum Ziel gesetzt hat, die sogenannten „Gefälligkeitsflaggen" aus der Schiffahrt zu verbannen. Die Hafenkontrollen sollen verschärft und die Möglichkeiten zur Identifizierung und Bestrafung der Eigner verwahrloster Schiffe sollen verbessert werden. Liberia und Panama haben die größten Flotten ausgeflaggter Schiffe, und US-Gesellschaften sind deren hauptsächliche Eigner. Gegen die Ziele der Konferenz wenden sich auch die anderen westlichen Länder, mit Ausnahme von Belgien, Frankreich und der Türkei.

Die Schrumpfung des Welthandels hat sich weiter fortgesetzt. Von Januar bis August haben die westlichen Industrieländer Waren im Werte von 775 Mrd. Dollar getätigt, verglichen mit 796 Mrd. Dollar im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, als die Exporte stagnierten. Betroffen von dem Rückgang der Exporte sind auch Japan, die BRD und die USA.

Ein neuer Zusammenstoß zwischen den USA und der EG bestimmt die Konferenz des GATT in Genf. Das GATT (Allgemeines Handels- und Zollabkommen) trifft internationale Regeln für den Welthandel. Die Genfer Konferenz ist die erste auf Ministerebene seit 10 Jahren. Vor Beginn erklärte der amerikanische Beauftragte, die Konferenz müsse sich mit dem Thema Landwirtschaft und Subventionen befassen, was sich gegen die EG-Agrarpolitik richtet. Dagegen erklärte der EG-Vertreter in Washington, die EG werde auf die Exportsubvention ihrer Agrarprodukte nicht verzichten. Sie seien im Rahmen der Tokio-Runde Anfang der 70er Jahre gebilligt worden, und es bestehe keine Notwendigkeit, darüber erneut zu verhandeln. Innerhalb der EG wendet sich vor allem Frankreich gegen Zugeständnisse an die USA; andere Mitgliedsländer mit weniger Agrarexport sehen dies anders und die EG-Minister müssen im Verlauf der Genfer Verhandlungen erneut beraten.

Ein wenig bekanntes Kapitel hat das DIW beleuchtet. In seinem Wochenbericht schätzt es das Spendenaufkommen in der BRD auf zwei bis drei Milliarden DM. Eindeutig ergibt sich aus der Untersuchung, daß es sich auf die höchsten Einkommensklassen und auf die größten Unternehmen konzentriert. Entsprechend verteilt sich auch der auf diesem Wege ausgeübte Einfluß.

Was heißt „Strukturwandel in der Landwirtschaft" für die Bauern? Der Arbeitskreis junger Landwirte, Nordhessen, hat im August eine Besichtigungsreise für zwei Bundestagsabgeordnete organisiert. Der Bericht über den Rundgang in Nordhessen, den wir dem „Bauernblatt" entnehmen, schildert die viel zu wenig bekannte Lage.

Agrarindustrie und Landarmut

Ein Bericht über die Lage der Bauern in Nordhessen

Keine Zukunft in Obergude

Obergude liegt in einer „Region ohne Hoffnung" – wenn es so weiter geht wie bisher. Die meisten Höfe sind zwischen 15 und 20 ha klein, nahezu alles Land ist sehr hängig und flachgründig

tungen sind; doch wie notwendig auch immer: für Betriebe, die kaum das Nötigste verdienen können, sind das *ständige* Belastungen, Belastungen auch, die bar bezahlt werden müssen, wo man sich nicht durch noch mehr Einschränkungen über die Runden helfen kann.

Die katastrophale wirtschaftliche

Trotz der schier ausweglosen Lage hatten einige Bauern doch noch die Hoffnung, über zusätzliche Investitionen die Wende zu erzwingen. Dafür forderten sie die Möglichkeit, daß auch kleine Betriebe Investitionshilfen in Anspruch nehmen können sollten.

Von den Mitgliedern des Arbeitskreises Junger Landwirte wurde dage-

intensiviert genutzten Regionen gut zu kennen glaubt, ist immer wieder überrascht, wie schnell die Veränderungen hier ablaufen. Äußerlich am auffälligsten war, daß sich der Maisanbau (als „Güllefresser" für Silomais und für Corn-Cob-Mix) rasend schnell ausgedehnt hat: in zahlreichen Gemeinden werden bis zu ⅔ der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Mais angebaut (das Grünland ist bei ihnen weitgehend umgebrochen). Im Kreisgebiet sind über 50% der Getreidefläche mit Mais bestellt. Vechta und Cloppenburg sind die Regionen mit dem höchsten Viehbesatz in der Bundesrepublik – sie le-

jüngsten Streich von Herrn Pohlmann. (Er ist mit insgesamt 5 Millionen Tieren – davon ca. 3 Millionen Legehennen – der größte Eierproduzent in der BRD). Von den Erben des Grafen von Galen kaufte er für 7,8 Millionen DM 180 Hektar vom Gut Burg Dinklage. Es handelt sich überwiegend um Grünland, mit vereinzelten Baumgruppen aus alten Eichen und Alleen aus alten Buchen: ein Landschaftsschutzgebiet, wie es im Buche steht. (Einen Eindruck, wie es vor Pohlmann ausgesehen hat, kann man sich durch Besuch des alten, noch nicht zerstörten Burggeländes erhalten.) Obwohl es rasch zu

tige Unterhaltungselektronik nicht existieren kann, weil die Bauelemente-Hersteller auf den Verbund angewiesen sind.

So sind die Interessen einigermaßen klar, die Frankreichs Sozialisten, der Niederlande größtes Industriemonopol und den Unternehmer Max Grundig in einem Kartell zur Aufteilung des westeuropäischen Elektromarktes zusammengeführt haben.

Im Zentrum steht der Video-Markt. Unter dem Zwang, der Konkurrenz um einige Nasenlängen voraus zu sein, wurden Fertigungskapazitäten aufgebaut, die sich trotz der Jugend des Marktes bereits jetzt als Überkapazität entpuppen.

Produktion von Kaffeemitteln. Und sein hessischer Ministerkollege im Bereich Justiz hat festgestellt, daß Geldstrafen immer häufiger durch „ersatzweise Haft" beglichen werden. Aber vor dem Gesetz bleibt jeder gleich.

Das Kernkraftwerk Niederaichbach soll der erste größere Reaktor werden, der vollständig beseitigt werden soll. Das 100 MW-Kraftwerk war genau von Dezember 1972 bis Ende Juli 1974 in Betrieb, ehe es in den „gesicherten Einschluß" überführt wurde. Die Baukosten lagen bei 230 Mio. DM, die Abbruchkosten werden derzeit mit 80 bis 100 Mio. DM angegeben. Die Genehmigung für den Abbruch wird Ende 1983 erwartet, bis 1990 könnte die Strahlenruine abgetragen und anders-

Die USA, Liberia und Panama boykottieren eine Uno-Konferenz in Genf,

Die Woche im Rückblick

die sich zum Ziel gesetzt hat, die sogenannten „Gefälligkeitsflaggen" aus der Schiffahrt zu verbannen. Die Hafenkontrollen sollen verschärft und die Möglichkeiten zur Identifizierung und Bestrafung der Eigner verwahrloster Schiffe sollen verbessert werden. Liberia und Panama haben die größten Flotten ausgeflaggter Schiffe, und US-Gesellschaften sind deren hauptsächliche Eigner. Gegen die Ziele der Konferenz wenden sich auch die anderen

Dollar getätigt, verglichen mit 796 Mrd. Dollar im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, als die Exporte stagnierten. Betroffen von dem Rückgang der Exporte sind auch Japan, die BRD und die USA.

Ein neuer Zusammenstoß zwischen den USA und der EG bestimmt die Konferenz des GATT in Genf. Das GATT (Allgemeines Handels- und Zollabkommen) trifft internationale Regeln für den Welthandel. Die Genfer Konferenz ist die erste auf Ministerebene seit 10 Jahren. Vor Beginn erklärte der amerikanische Beauftragte, die Konferenz müsse sich mit dem Thema Landwirtschaft und Subventionen befassen, was sich gegen die EG-Agrarpolitik richtet. Dagegen erklärte

keit, darüber erneut zu verhandeln. Innerhalb der EG wendet sich vor allem Frankreich gegen Zugeständnisse an die USA; andere Mitgliedsländer mit weniger Agrarexport sehen dies anders und die EG-Minister müssen im Verlauf der Genfer Verhandlungen erneut beraten.

Ein wenig bekanntes Kapitel hat das DIW beleuchtet. In seinem Wochenbericht schätzt es das Spendenaufkommen in der BRD auf zwei bis drei Milliarden DM. Eindeutig ergibt sich aus der Untersuchung, daß es sich auf die höchsten Einkommensklassen und auf die größten Unternehmen konzentriert. Entsprechend verteilt sich auch der auf diesem Wege ausgeübte Einfluß.

Agrarindustrie und Landarmut

Ein Bericht über die Lage der Bauern in Nordhessen

Was heißt „Strukturwandel in der Landwirtschaft" für die Bauern? Der Arbeitskreis junger Landwirte, Nordhessen, hat im August eine Besichtigungsreise für zwei Bundestagsabgeordnete organisiert. Der Bericht über den Rundgang in Nordhessen, den wir dem „Bauernblatt" entnehmen, schildert die viel zu wenig bekannte Lage.

Keine Zukunft in Obergude

Obergude liegt in einer „Region ohne Hoffnung" – wenn es so weiter geht wie bisher. Die meisten Höfe sind zwischen 15 und 20 ha klein, nahezu alles Land ist sehr hängig und flachgründig (Buntsandstein-Verwitterungsböden, Bodenpunktzahlen zwischen 30 und 40). Die Milchkuhhaltung ist der Haupterwerbszweig; gehalten werden zwischen 10 und 15 Kühe.

Im Nachbardorf war ein Betrieb „in die Vollen gegangen". Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 28 Hektar hatte er einen Boxenlaufstall für 42 Kühe gebaut; Investitionsvolumen insgesamt eine ½ Million DM. Eigentliche Absicht des Bauern war gewesen, einen Kuhstall für 15, höchstens 20 Kühe zu bauen bzw. umzubauen. Die landwirtschaftliche Beratung war es dann, die ihm klar machte, entweder in die Vollen zu gehen oder keine Förderung zu erhalten. Die Sorgen, mit der Finanzierung klar zu kommen, standen dem Bauern im Gesicht geschrieben.

Von fast allen Bauern hörten die Abgeordneten als erstes von der Sorge, nach einem Leben voll harter Arbeit keine Altershilfe zu bekommen. Grund: Die Kinder wollen die Höfe nicht übernehmen, auch nicht als Nebenerwerb; andere Interessenten gibt es (noch) nicht: schiefes Land hat jetzt schon jeder genug. Das Gesetz über die Altershilfe in der Landwirtschaft setzt aber nicht nur voraus, daß ein Bauer 65 Jahre alt geworden ist, sondern darüberhinaus, daß er den Hof abgegeben hat. Überhaupt standen die neuen Belastungen, die durch die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen auf die Betriebe zugekommen sind, bei den meisten Gesprächen im Vordergrund. Natürlich wurde nicht übersehen, daß Altershilfe, Krankenkasse und Berufsgenossenschaft *notwendige* Einrichtungen sind; doch wie notwendig auch immer: für Betriebe, die kaum das Nötigste verdienen können, sind das *ständige* Belastungen, Belastungen auch, die bar bezahlt werden müssen, wo man sich nicht durch noch mehr Einschränkungen über die Runden helfen kann.

Die katastrophale wirtschaftliche Lage der Höfe machte ein Bauer mit den Worten klar: vor 20 Jahren konnten wir noch neue Maschinen kaufen, vor 10 Jahren noch gebrauchte, jetzt können wir nicht mal mehr die Reparaturen bezahlen. Eine neue große Belastung wurde in der Milchgüteverordnung gesehen, die vom 1.1.1983 an voll zur Anwendung kommen soll. 10 Kühe auf Langständen und mit Eimermelkanlage – man kann sich an den Fingern abzählen, welche „Güteklasse" da übrig bleiben wird. Zu der starken Verschlechterung des Einkommens in den letzten Jahren trug auch sehr wesentlich die Einkommenssteuerreform bei: Betriebe, die sich nach §13a schätzen ließen, erlebten, daß sie Steuervorauszahlungen leisten mußten – Betriebe, die statt dessen eine steuerliche Buchführung machten, brauchten zwar aufgrund des geringen Einkommens keine Steuern zu zahlen, wohl aber bis 2500 DM als Gebühr an die Landesbuchstelle (Eigentümer: Hessischer Bauernverband).

Nach dem Rundgang durch das Dorf und der Besichtigung zahlreicher Betriebe kam es abends zu einem gemeinsamen Abschlußgespräch. Die sehr engagierte Pfarrerin des Dorfes betonte, daß Obergude kein Einzelfall, sondern typisch für viele Gebiete in Hessen und der Bundesrepublik sei. Altes Kulturland, in dem seit Jahrtausenden Landwirtschaft betrieben worden ist, droht auszubluten. Da es auch keine gewerblichen Arbeitsplätze gibt und alle Lohnabhängigen weit pendeln müssen, bildet die Landwirtschaft den einzigen lokalen Produktionsbereich.

Trotz der schier ausweglosen Lage hatten einige Bauern doch noch die Hoffnung, über zusätzliche Investitionen die Wende zu erzwingen. Dafür forderten sie die Möglichkeit, daß auch kleine Betriebe Investitionshilfen in Anspruch nehmen können sollten.

Von den Mitgliedern des Arbeitskreises Junger Landwirte wurde dagegen die Meinung vertreten, daß es dadurch doch nur zu einem neuen Investitionswettlauf kommen würde, wo Betriebe wie die in Obergude ohne jede Chance sein würden. Eine neue Zukunft würden die Höfe nur dann bekommen, wenn ein System *differenzierter Preise* eingeführt werden würde. Grundlage dafür muß sein, daß sich die Höhe der Erzeugerpreise nach der Höhe der für ein Gebiet typischen Produktionskosten richtet. Die nachgelagerten Verarbeitungsbetriebe und der Großhandel, die ohnehin bereits hoch konzentriert sind, könnten durch ein Verrechnungssystem die für sie entstehenden unterschiedlich hohen Einstandspreise ausgleichen (für die Nordhessischen Molkereien gibt es mit der Kurhessischen Molkereizentrale ein derartiges System bereits, allerdings nur, um die unterschiedlich hohen technisch bedingten Kosten der Produktion zwischen verschiedenen Molkereien auszugleichen).

Das Prinzip *differenzierter Preise* muß ergänzt werden durch das *Prinzip der differenzierten Vergabe staatlicher Zuschüsse* zu den landwirtschaftlichen Sozialversicherungen. Es ist schlichtweg eine Unmöglichkeit, daß Bauern wie die in Obergude nur die gleichen staatlichen Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung bekommen wie die Heeremänner, Westernachers und Doblers.

Wildwest der Agrarindustrie

Am zweiten Tag führte die Besichtigungsreise in den Kreis Vechta – über weite Strecken ein krasser Gegensatz zum zuvor Gesehenen. Auch wer diese intensiviert genutzten Regionen gut zu kennen glaubt, ist immer wieder überrascht, wie schnell die Veränderungen hier ablaufen. Äußerlich am auffälligsten war, daß sich der Maisanbau (als „Güllefresser" für Silomais und für Corn-Cob-Mix) rasend schnell ausgedehnt hat: in zahlreichen Gemeinden werden bis zu ⅔ der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Mais angebaut (das Grünland ist bei ihnen weitgehend umgebrochen). Im Kreisgebiet sind über 50% der Getreidefläche mit Mais bestellt. Vechta und Cloppenburg sind die Regionen mit dem höchsten Viehbesatz in der Bundesrepublik – sie leben vom Futtermittelimport. Zwischen den immer noch vorhandenen kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben sind mehrere agrarindustrielle Komplexe entstanden: Gebrüder Wesjohann, Big Dutschmann, Bergmann, Pohlmann, Stolle sind einige davon. Muß man anderswo oft Dutzende von Kilometern fahren, um größere Anlagen zu sehen, hier stehen sie fast nebeneinander: Futtermittelwerke, Brütereien (in der Weser-Ems-Brüterei schlüpfen 100000 Küken am Tag), Schlachtereien (mit einer Tageskapazität von 80000 bis 100000 Hähnchen) und überall Ställe, Ställe. In der Gemeinde Damme fanden wir die wohl größte zusammenhängende Schweinemastanlage der Bundesrepublik mit 30000 Mastschweinen – hermetisch abgeriegelt gegen neugierige Blicke: es sah aus wie an der Grenze zur DDR oder wie an der Mauer der Startbahn West. Die enorme Konzentration der Gülle hat zu einer Überbeanspruchung der Umwelt geführt; bei neueren Messungen sind in mehreren Tiefbrunnen (50 m Tiefe) Nitratgehalte im Trinkwasser von 400 bis 450 mg je Liter Wasser gefunden worden (höchster zugelassener Wert für Trinkwasser in der Bundesrepublik sind 90 mg!).

(...) Ökonomische Macht – die Firmen der Gebrüder Wesjohann in Rechterfeld, die Geflügel-Zucht- und Verwertungsgesellschaft (GVB) in Bentheim (Eigentümer: Bergmann) und die Gebrüder Stolle in Visbek halten mit den von ihnen produzierten Hähnchen einen Marktanteil von über 50% (in der Bundesrepublik!). Politischer Einfluß – man nehme z.B. den jüngsten Streich von Herrn Pohlmann. (Er ist mit insgesamt 5 Millionen Tieren – davon ca. 3 Millionen Legehennen – der größte Eierproduzent in der BRD). Von den Erben des Grafen von Galen kaufte er für 7,8 Millionen DM 180 Hektar vom Gut Burg Dinklage. Es handelt sich überwiegend um Grünland, mit vereinzelten Baumgruppen aus alten Eichen und Alleen aus alten Buchen: ein Landschaftsschutzgebiet, wie es im Buche steht. (Einen Eindruck, wie es vor Pohlmann ausgesehen hat, kann man sich durch Besuch des alten, noch nicht zerstörten Burggeländes erhalten.) Obwohl es rasch zu Protesten gegen eine Zerstörung dieser selten gewordenen Landschaft kam, blieben sie erfolglos. Ehe man überhaupt an eine praktische Gegenwehr denken konnte, hatte Pohlmann schon vollendete Tatsachen schaffen lassen: in wenigen Tagen war das Gebiet tief entwässert, umgepflügt und mit Mais bestellt. Verhindern werden konnte nur, daß auch die Hauptallee abgerissen wurde – die Bagger standen schon bereit. Nun, Pohlmann fand auch da einen Ausweg: er ließ ganz dicht an die alten Bäume heranpflügen und intensiv mit Gülle düngen. Ob das die alten Buchen und Eichen wohl lange aushalten werden? Ein Trauerspiel der Demokratie.

Doch eines darf man nie vergessen: zwischen diesem Wildwest der Agrarindustrie gibt es immer noch viele bäuerliche Betriebe, die – bei vergleichsweise großen Tierbeständen – versuchen, über die Runden zu kommen. Einen derartigen Betrieb haben wir besucht: ca. 25 Hektar, 30000 Masthähnchen, um die 20 Bullen – aber es reicht gerade. Der Beitrag zum Betriebseinkommen pro Hähnchen (Genauer: Verkaufserlös minus Futter-und Kükenkosten), der in „guten Jahren" bei 80 Pfennigen gelegen hatte, ist auf knapp 20 Pfennige gefallen. Grund: mit den Hähnchenexporten gibt es Probleme. Eine der Ursachen dafür: mit Brasilien (!) ist ein neuer großer Konkurrent im Export auf den internationalen Märkten für Hähnchen aufgetaucht.

Bezugsadresse für das *Bauernblatt:* Oberhofweg 1, 7274 Haiterbach

Steueroase Wohnungsbau

Ohne das Bauherrenmodell wäre der Wohnungsbau schon ganz zusammengebrochen, sagen uns die Apologeten der Marktwirtschaft. Das Bedürfnis „Wohnen“ wird zum Spielball der Vermögensplaner und Anlagestrategen.

hag. „Noch lange kein Ende für das Bauherren-Modell“ jubelt der Spezialdienst „Blick durch die Wirtschaft“ der FAZ zu Beginn der närrischen Kampagne am 11.11. Doch diese Leute sind nicht närrisch, und ihre Kampagne für die Erhaltung des Bauherrenmodells ist älteren Ursprungs.

Wie funktioniert eigentlich das Bauherrenmodell?

Das Bauherrenmodell gründet sich darauf, daß nach dem Einkommenssteuerrecht Verluste aus Vermietung und Verpachtung mit Einnahmen aus anderen Tätigkeiten verrechnet werden können. Daher spart jeder Mensch mit jeder Mark Verlust, den er z.B. im Wohnungsbau ausweist, Steuern, indem sich sein zu versteuerndes Einkommen reduziert. Nur ist die Höhe der Ersparnis vom Steuersatz abhängig, was heißt: Je mehr ein Mensch verdient, desto mehr Steuern spart er.

Ein Initiator, häufig eine Baufirma, macht sich diese Umstände zu Nutzen und projektiert z.B. in Bad Weilbach bei Flörsheim ein Projekt. Dort soll ein altes Kurhaus „vor dem Zerfall gerettet“ werden, indem man es in Eigentumswohnungen verwandelt.

Zunächst tritt der Initiator an die Stadt Flörsheim heran, die begeistert zustimmt und mehr als eine Million Mark locker macht, um die Grünanlagen rundum in Schuß zu bringen. Das verbessert zum einen die Infrastruktur, was die Grundrente erhöht, zum anderen schafft sich die Baugesellschaft ein seriöseres Image, und sie betont auch in ihrer Werbung ihre „Zusammenarbeit mit der Stadt Flörsheim“.

Selbst die Grünen sind begeistert, stimmen zu und fordern „schnellste“ Durchführung dieser ökologisch und kulturell wichtigen Maßnahme. (Auf die Folgen hingewiesen, haben sie ihre Haltung mittlerweile korrigiert.)

Neben dem üblichen Geschwalle (Goethe, Platanen und Heilquellen) kommt die Werbebroschüre rasch zum Kern der Sache, den finanziellen Vorteilen für die „Bauherren“.

– Die Kosten für die „Bauherren“ werden in Herstellungskosten und Werbungskosten aufgespalten. Die Werbungskosten (Treuhand, Baubetreuung, sonstige Gebühren) sind sofort und in voller Höhe vom Einkommen abziehbar. Ergo werden die Werbungskosten künstlich aufgebläht, wodurch der Anbieter einen höheren Gewinn einstreichen kann, der „Bauherr“ sofort Steuern spart. In Bad Weilbach liegt der Werbungskostenanteil bei ca. 36,2% des Gesamtaufwandes. Vom Quadratmeterpreis der Eigentumswohnung von 4000 DM sind also rund 1400 DM Werbungskosten; das heißt für einen Spitzenverdiener mit 50% Steuersatz, der Wohnungspreis reduziert sich für ihn um 700 DM – sofort im Jahr der Fertigstellung und alleine durch die Werbungskosten.

– Nach §7 (5) EStG kann der „Bauherr“ Herstellungskosten zu jährlich 5% abschreiben und vom zu versteuernden Jahreseinkommen abziehen. Dies acht Jahre lang. Betragen in unserem Beispiel die Herstellungskosten (ohne Grundstückskosten) 2000 DM pro qm, so kann er jährlich 100 DM/qm abschreiben, d.h. er spart 50 DM/qm Steuern, was in acht Jahren 400 DM/qm ausmacht.

– Da die BRD schließlich ein Kulturstaat ist, werden Potemkinsche Fassaden in entkernten Häusern aus Denkmalschutz-Mitteln gepflegt. Trotz dieser starken Stütze brachen einige Wände in Bad Weilbach beim Entkernen einfach zusammen, was wohl die 10%ige Sonderabschreibung für 75% der Herstellungskosten weniger gefährdet hat als die Bauarbeiter.

Steuerersparnis pro qm für unseren Spitzenverdiener:
10% von 1500 DM = 150 DM × 50% = 75DM.

– Für die Mehrwertsteueroption, die in Hinkunft entfallen soll, kann der „Bauherr“ mit einer Preis-Ermäßigung von nochmal 10% = 400 DM/qm rechnen, die allerdings steuerreduziert natürlich nur 200 DM ausmacht.

– Grunderwerbssteuerbefreiung, Schuldzinsenabzug, Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuervorteile und ein „in Aussicht gestellter“ Investitionszuschuß „der Behörde“ klingen ebenfalls süß in den Ohren, lassen sich aber zum einen nicht exakt berechnen und sind zum anderen teilweise unsicher.

Summa summarum hat der Spitzenverdiener-„Bauherr“ aber auch so schon aus Steuergeldern einen Steuervorteil von minimal 1000 DM/qm im ersten Jahr erzielt. Da in den folgenden Jahren die Steuervorteile stetig sinken, macht er eines Tages Kasse, d.h. er verkauft seine Eigentumswohnung. Der Erlös ist steuerfrei und dient als Kapital für ein neues Engagement in einem Bauherren-Modell.

Drei Gefahren hat die Geschichte:
1. Der Bauinitiator macht Konkurs („unseriös“). Dann können sich die

Zur Funktionsweise des Bauherrenmodells siehe auch KVZ 19/1982, S. 11

Gläubiger an den „Bauherren“ schadlos halten, da diese in Form der BGB-Gesellschaft Eigentümer der Bauruine sind.
2. Pfusch am Bau: oft stehen die künstlich aufgeblähten Kosten in keinem Verhältnis zum geschaffenen Wert, was
3. Realisierungsschwierigkeiten verschärft, die schon durch ein Überangebot an Eigentumswohnungen bestehen und zu Preiseinbußen führen.

Doch von vornherein hat einer durch das Bauherrenmodell verloren: der kleine Steuerzahler, der einerseits zu wenig verdient (und dessen Steuersatz daher zu gering ist!), um sich im Bauherrenmodell engagieren zu können, der aber andererseits genug zahlt und massig genug vorkommt, um die Steuerersparnis des Spitzenverdieners zu finanzieren.

Im „Blick durch die Wirtschaft“ vom 16.9. kommt das Roland Berger Forschungs-Institut, München, zu Wort und gibt uns gute Einblicke in die sozialen und ökonomischen Strukturen der Bauherrenmodelle und ihrer Nutzer. Geschieht dies auch in der verständlichen Absicht, das Bauherrenmodell zu schützen („Wer das Bauherrenmodell angreift, halbiert den freifinanzierten Wohnungsbau“), so sind wir dennoch für das Material dankbar.

Wer engagiert sich im Bauherrenmodell?

Der Regierungswechsel wird den Schrecken vor halbherzigen sozialdemokratischen Reformgelüsten (Posser: Schluß mit Unfug bei den Bauherrenmodellen – NRW-Vorlage gegen Mißbrauch) genommen haben.

Das Durchschnittseinkommen eines „Bauherrn“ liegt bei 125000 DM netto/Jahr. Es sind also sehr gut verdienende Menschen, die sich in diesem Bereich finanziell engagieren.

Aber es ist nicht „die Bourgeoisie“, um diesen gemeinen und unzeitgemäßen Ausdruck nochmals zu verwenden.

Das Bauherrenmodell besteht seit 12 Jahren, und es wurden bisher 120000 Wohnungen in dieser Weise initiiert, die von 58000 Anlegern angenommen wurden. 36% der Anleger hat mehrere Wohnungen als „Bauherr“ bauen lassen.

Zahl der Engagements bei „Bauherren“

64%	–	1 Wohnung
16%	–	2 Wohnungen
10%	–	3 Wohnungen
8%	–	4–9 Wohnungen
3%	–	10 od. mehr Wohnungen

Daraus läßt sich schließen, daß das Modell zwar schon schwunghaft, aber noch nicht stürmisch genutzt wird. Da erst seit 1978 die Bauzahlen auf über 10000 im Monat gestiegen sind (1981: 28000), ist mit verstärktem Mehrfach-Engagement erst in den nächsten Jahren zu rechnen. Denn für den durchschnittlichen „Bauherren“ mit seinen 125000 DM netto lohnt so ein Engagement steuerlich nur alle 3–6 Jahre.

Um dem Irrtum vorzubeugen, die 64%, die bisher Wohnungen im Bauherrenmodell errichten ließen, würden durch eine Enteignung selbst in Wohnungsnot geraten, sei gesagt, daß nur 14% Selbstnutzer sind.

Und darin sind noch Sohn und Töchterlein eingerechnet, die mit Hilfe von Papi und der Neuen Heimat in der Nähe der Uni zu einem Bauherren-Appartement kommen. Zudem wird Selbstnutzung steuerlich schwer bestraft (Verlust der MWSt-Option u.a.).

Die meisten „Bauherren“ kennen ihre Wohnung sowieso nur aus den Unterlagen ihres Steuerberaters, sofern sie nicht sogar selbst ein eben solcher sind.

Soziale Zusammensetzung der Zeichner im Bauherrenmodell

Ärzte	19%
Leiter oder Inhaber mittl. bis großer Unternehmen	23%
Beratungsberufe (Steuerber., Anwälte, Architekten)	18%
Sonst. Selbständige (insb. Einzelhändler)	12%
Angestellte	18%
Beamte	5%

Unter welcher Kategorie Gewerkschaftsfunktionäre gefaßt sind, ist unklar. Klar ist, daß es sich bei den „Bauherren“ zum einen um Menschen handelt, die im eigenen Tätigkeitsbereich nicht investieren können, entweder weil sie nur Angestellte sind, oder weil ihre freiberufliche Tätigkeit nur begrenzt profitliche Investitionen zuläßt. Zum anderen scheinen auch gewisse Unternehmen Kapital aus Steuerersparnis bilden und im Wohnungsbereich anlegen zu wollen, entweder weil in ihrem Unternehmen die Profitrate zu gering ist oder um das Risiko zu streuen. Zudem ist in Personengesellschaften eine Investition über die Abschreibung hinaus nur aus versteuerten Gewinnen durchführbar, in Kapitalgesellschaften dagegen belastet die Körperschaftssteuer.

Risiken und Perspektiven

In bezug auf die Risiken beruhigt das Berger-Institut: nur 13% der „Bauherren“ seien „unzufrieden“, will heißen, bei 87% reichen die Steuergeschenke aus, um sie zufrieden zu stellen.

Auch sei der Anteil der „Schwarzen Schafe“ unter den 600 Bauherren-Initiatoren relativ gering, auch wenn einige zu den „ganz großen“ zählten.

Eine andere Gefahr wird nicht problematisiert: 1981 wurden von 40000 angebotenen Wohnungen 27500 (1980 von 32000 25000) durch „Bauherren“ übernommen, sprich gezeichnet. D.h. trotz des drohenden Verlustes der Mehrwertsteuer-Option, was eigentlich einen Kaufschub bedeuten müßte, sind mehr als ein Viertel der Wohnungen nicht gezeichnet worden.

Je weniger projektierte Wohnungen aber gezeichnet werden, desto höher sind die Kosten der gebauten Wohnungen (Unterauslastung führt zu Stückkostenprogression), respektive um so größer ist die Gefahr der Projekt-Pleiten, was wiederum potentielle „Bauherren“ abschreckt.

Eine weitere Entwicklung ist zu beachten: je schlechter die Realisierungschancen für den „Bauherren“ nach 3–5 Jahren sind, desto weniger steuerfreies Geld kann er verdienen, und realisieren ist m.E. ein diesem Modell innewohnender ökonomischer Zwang.

Die Zweiterwerber von im Bauherrenmodell gebauten Wohnungen, die über §7b gefördert werden, im allgemeinen mittleres Einkommen beziehen, mittlere Steuersätze haben und meist Eigennutzer sind, scheinen weniger zu werden, während ihnen ein größeres Angebot an Wohnungen gegenübersteht, u.a. auch durch zahlreiche Umwandlungsbemühungen von Miet- in Eigentumswohnungen durch große Wohnungsgesellschaften verursacht.

Folge: stagnierende Preise, die kapitalanlegenden „Bauherren“ bleiben auf ihren Wohnungen sitzen.

Zu beachten ist, daß der §7b von jedem Menschen nur einmal genutzt werden darf, ganz im Gegensatz zum Bauherrenmodell. Denn der §7b bezieht sich nur auf selbstgenutzten Wohnraum.

Die Schuldzinsen-Abzugs-Möglichkeit (bis 10000 DM/Jahr für 10 Jahre), geschaffen durch die neue Regierung, wirkt hier nachfragestützend.

Die Unterstützer des §7b, die – einkommensbedingt – auch im Kreis der Leser dieser Zeitung zu finden sind, mögen beachten, daß auch bei diesem Paragraphen derjenige mehr Steuern geschenkt bekommt, der mehr verdient (nur daß hier eingegrenzte Steuerabzugsmöglichkeiten die Hochverdienenden abschrecken), d.h. auch hier kehrt sich die Steuerprogression in eine Steuersparprogression um.

Wer heute für den §7b eintritt, sollte zudem wissen, daß er damit das Bauherrenmodell qua Verbesserung der Realisierungsmöglichkeiten stützt und somit sowohl Gutverdienenden als auch Spitzenverdienern zu bedeutenden Steuergeschenken verhilft.

volksbank mosbach

Ihre Nachricht Ihre Zeichen

Sehr geehrter Herr [redacted],

zum Ende des Jahres werden auch Sie sich die Frage stellen, an welcher steuerbegünstigten Kapitalanlage Sie sich beteiligen.

Seriosität und Sicherheit der Partner werden Ihre Entscheidung dabei wesentlich beeinflussen.

Für das im beiliegenden Kurzexposé näher beschriebene Bauherrenmodell haben wir die Vertriebsberatung und Vermittlung übernommen.

Es handelt sich hier um ein ausgesuchtes Objekt mit Wirtschaftsprüfertestat und hohen Mietgarantien. Die solide Konzeption überzeugt.

Wir bieten gerade Ihnen, der Sie voraussichtlich mit hohen Steuerzahlungen belastet sind, die Möglichkeit, sich eingehend mit dieser Anlagemöglichkeit zu beschäftigen.

Für Lohnsteuerzahler haben wir die Möglichkeit des sofortigen Eintrags erarbeitet.

Bitte senden Sie den Coupon des beiliegenden Kurzexposé zurück, damit Sie detailliert informiert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Volksbank eG Mosbach

Des „Spiegels“ Mitleid mit Spekulanten
frb. Auch der „Spiegel“ hat dem Schwindel mit Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodellen in seiner jüngsten Ausgabe eine Story ge-
tum vor dem Fiskus zu retten, indem sie ihr Kapital im Wohnungsbau anlegen und damit Wohnraum schaffen? Lockt sie nicht das Bauherrenmodell,
Drittens treibt die Einschaltung der „Initiatoren“ die Preise künstlich in die Höhe, denn die wollen, wie man nicht erst aus dem „Spiegel“ weiß,
Ein Initiator, häufig eine Baufirma, macht sich diese Umstände zu Nutzen und projektiert z.B. in Bad Weilbach bei Flörsheim ein Projekt. Dort soll ein altes Kurhaus „vor dem Zerfall gerettet“ werden, indem man es in Eigentumswohnungen verwandelt.
Zunächst tritt der Initiator an die Stadt Flörsheim heran, die begeistert zustimmt und mehr als eine Million Mark locker macht, um die Grünanlagen rundum in Schuß zu bringen. Das verbessert zum einen die Infrastruktur, was die Grundrente erhöht, zum anderen schafft sich die Baugesellschaft ein seriöseres Image, und sie betont auch in ihrer Werbung ihre „Zusammenarbeit mit der Stadt Flörsheim“.
Selbst die Grünen sind begeistert, stimmen zu und fordern „schnellste“ Durchführung dieser ökologisch und kulturell wichtigen Maßnahme. (Auf die Folgen hingewiesen, haben sie ihre Haltung mittlerweile korrigiert.)
Neben dem üblichen Geschwalle (Goethe, Platanen und Heilquellen) kommt die Werbebroschüre rasch zum Kern der Sache, den finanziellen Vorteilen für die „Bauherren“.
– Die Kosten für die „Bauherren“ werden in Herstellungskosten und Werbungskosten aufgespalten. Die Werbungskosten (Treuhand, Baubetreuung, sonstige Gebühren) sind sofort und in voller Höhe vom Einkommen abziehbar. Ergo werden die Werbungskosten künstlich aufgebläht, wo-
(„unseriös“). Dann können sich die
Zur Funktionsweise des Bauherrenmodells siehe auch KVZ 19/1982, S. 11
Gläubiger an den „Bauherren“ schadlos halten, da diese in Form der BGB-Gesellschaft Eigentümer der Bauruine sind.
2. Pfusch am Bau: oft stehen die künstlich aufgeblähten Kosten in keinem Verhältnis zum geschaffenen Wert, was
3. Realisierungsschwierigkeiten verschärft, die schon durch ein Überangebot an Eigentumswohnungen bestehen und zu Preiseinbußen führen.
Doch von vornherein hat einer durch das Bauherrenmodell verloren: der kleine Steuerzahler, der einerseits zu wenig verdient (und dessen Steuersatz daher zu gering ist!), um sich im Bauherrenmodell engagieren zu können, der aber andererseits genug zahlt und massig genug vorkommt, um die Steuerersparnis des Spitzenverdieners zu finanzieren.
Im „Blick durch die Wirtschaft“ vom 16.9. kommt das Roland Berger Forschungs-Institut, München, zu Wort
10% – 3 Wohnungen
8% – 4–9 Wohnungen
3% – 10 od. mehr Wohnungen
Daraus läßt sich schließen, daß das Modell zwar schon schwunghaft, aber noch nicht stürmisch genutzt wird. Da erst seit 1978 die Bauzahlen auf über 10000 im Monat gestiegen sind (1981: 28000), ist mit verstärktem Mehrfach-Engagement erst in den nächsten Jahren zu rechnen. Denn für den durchschnittlichen „Bauherren“ mit seinen 125000 DM netto lohnt so ein Engagement steuerlich nur alle 3–6 Jahre.
Um dem Irrtum vorzubeugen, die 64%, die bisher Wohnungen im Bauherrenmodell errichten ließen, würden durch eine Enteignung selbst in Wohnungsnot geraten, sei gesagt, daß nur 14% Selbstnutzer sind.
Und darin sind noch Sohn und Töchterlein eingerechnet, die mit Hilfe von Papi und der Neuen Heimat in der Nähe der Uni zu einem Bauherren-Appartement kommen. Zudem wird Selbstnutzung steuerlich schwer bestraft (Verlust der MWSt-Option u.a.).
Die meisten „Bauherren“ kennen ihre Wohnung sowieso nur aus den Un-
Ärzte 19%
Leiter oder Inhaber mittl. bis großer Unternehmen 23%
Beratungsberufe (Steuerber., Anwälte, Architekten) 18%
Sonst. Selbständige (insb. Einzelhändler) 12%
Angestellte 18%
Beamte 5%
Unter welcher Kategorie Gewerkschaftsfunktionäre gefaßt sind, ist unklar. Klar ist, daß es sich bei den „Bauherren“ zum einen um Menschen handelt, die im eigenen Tätigkeitsbereich nicht investieren können, entweder weil sie nur Angestellte sind, oder weil ihre freiberufliche Tätigkeit nur begrenzt profitliche Investitionen zuläßt. Zum anderen scheinen auch gewisse Unternehmen Kapital aus Steuerersparnis bilden und im Wohnungsbereich anlegen zu wollen, entweder weil in ihrem Unternehmen die Profitrate zu gering ist oder um das Risiko zu streuen. Zudem ist in Personengesellschaften eine Investition über die Abschreibung hinaus nur aus versteuerten Gewinnen durchführbar, in Kapitalge-
In bezug auf die Risiken beruhigt das Berger-Institut: nur 13% der „Bauherren“ seien „unzufrieden“, will heißen, bei 87% reichen die Steuergeschenke aus, um sie zufrieden zu stellen.
Auch sei der Anteil der „Schwarzen Schafe“ unter den 600 Bauherren-Initiatoren relativ gering, auch wenn einige zu den „ganz großen“ zählten.
Eine andere Gefahr wird nicht problematisiert: 1981 wurden von 40000 angebotenen Wohnungen 27500 (1980 von 32000 25000) durch „Bauherren“ übernommen, sprich gezeichnet. D.h. trotz des drohenden Verlustes der Mehrwertsteuer-Option, was eigentlich einen Kaufschub bedeuten müßte, sind mehr als ein Viertel der Wohnungen nicht gezeichnet worden.
Je weniger projektierte Wohnungen aber gezeichnet werden, desto höher sind die Kosten der gebauten Wohnungen (Unterauslastung führt zu Stückkostenprogression), respektive um so größer ist die Gefahr der Projekt-Pleiten, was wiederum potentielle „Bauherren“ abschreckt.
Eine weitere Entwicklung ist zu beachten: je schlechter die Realisierungschancen für den „Bauherren“ nach 3–5 Jahren sind, desto weniger steuerfreies Geld kann er verdienen, und realisieren ist m.E. ein diesem Modell innewohnender ökonomischer Zwang.

Des „Spiegels“ Mitleid mit Spekulanten

frb. Auch der „Spiegel“ hat dem Schwindel mit Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodellen in seiner jüngsten Ausgabe eine Story gewidmet. Fazit ist offenbar dies: „Die Zeichner von Bauherren-Objekten verdienen oft weniger Neid als Mitleid.“ Ausschlaggebend hierfür dürfte weniger die Analyse des Gegenstands als die Rücksicht auf die finanzkräftige Leserschaft des „Spiegel“ sein.

„Vom Ansatz her“ sei zwar auch die Kritik an der Begünstigung der Hochverdienenden berechtigt, aber die Vermögensbildung funktioniere eben nicht so reibungslos, wie diese Kritik meint. Moral: Nicht die „Bauherren“ sind die Profiteure, sondern die Initiatoren, die den armen Spitzenverdienern mehr Vorteile versprechen als diese am Ende tatsächlich einstreichen können. Auch eine Sichtweise.

Wahre Tränen vergießt der „Spiegel“-Autor denn auch ob der Tatsache, daß hin und wieder im Bauherrenmodell die Mieteinnahmen nicht ausreichen, die Zinsbelastung voll zu finanzieren. Verschwiegen wird, daß dies im freifinanzierten Mietwohnungsbau durchweg der Fall ist; die Anfangsverluste werden mehr als ausgeglichen durch den Gewinn, der anfällt, sobald das Haus entschuldet ist und der Eigentümer keine Bankzinsen mehr zu zahlen hat. Die Vermögensbildung des „Bauherrn“ geschieht dann nicht zum Nulltarif, aber immer noch zum Billigtarif. Mitleiden mag da, wer sich gleich für die Aktienbörse entschieden und dort verspekuliert hat.

Schon die Bibel fordert vom Gläubigen, daß er mit seinen Pfunden wuchere. Kann es also Sünde sein, wenn unsere Reichen versuchen, ihren Reichtum vor dem Fiskus zu retten, indem sie ihr Kapital im Wohnungsbau anlegen und damit Wohnraum schaffen? Lockt sie nicht das Bauherrenmodell, würden sie ihr Geld womöglich anderswo verspielen, und Tausende hätten kein Dach über dem Kopf.

Aus solchen Vorurteilen, die in den Mittelklassen durchaus verankert sind, schöpfen die interessierten Verfechter des Bauherrenmodells mit ihrer Kurzformel: „Wer das Bauherrenmodell angreift, halbiert den freifinanzierten Wohnungsbau.“ Demgegenüber ist einiges richtigzustellen.

Erstens kann das Bauherrenmodell kaum als „freifinanzierter Wohnungsbau“ bezeichnet werden. Tatsächlich werden die Investoren mit Steuernachlässen von jährlich rund zwei Milliarden Mark in diese Sorte Wohnungsbau gelockt. Wohnungen könnten auch ohne „Bauherren“ gebaut werden; dann aber dürfte nicht die Höhe der Profitrate das alleinige Kriterium dafür sein, wie die Gesellschaft ihre Arbeitskraft verteilen will.

Zweitens ist die Rechtfertigung, wenn der „Bauherr“ seine Kosten von seinem zu versteuernden Einkommen abziehe, sei dies keine „Steuervergünstigung“, in mehrerer Hinsicht erschwindelt. Einmal sind diese Kosten zum Teil fingiert, zweitens handelt es sich nicht um Kosten, sondern um Vermögensbildung, sprich Kapitalakkumulation. Wenn ein „Bauherr“ ein Haus erwirbt, dann hat er im Steuerrecht Kosten, wenn ein Mieter Miete zahlt, dann sind das keine Kosten. Der Unterschied besteht darin, daß es sich das eine Mal um ein Geschäft handelt, das andere Mal lediglich um eine Lebensnotwendigkeit.

Drittens treibt die Einschaltung der „Initiatoren“ die Preise künstlich in die Höhe, denn die wollen, wie man nicht erst aus dem „Spiegel“ weiß, auch verdienen. Das stützt nicht den Wohnungsmarkt, sondern ruiniert ihn auch als Markt.

Viertens ist es eine Milchmädchenrechnung, wenn behauptet wird, im Endergebnis würde der Staat mehr Steuern einnehmen, als durch die Sondervergünstigungen verloren gehen. Würden den finanzkräftigen „Bauherren“ vielleicht die Steuern ganz erlassen, würden sie sicherlich noch mehr bauen lassen, und – so die zwingende Logik jener harmlosen Schlaumeier – in der Folge würden Bauunternehmen und Bauarbeiter Steuern zahlen, die sie anderenfalls nicht gezahlt hätten. Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war.

Das Bauherrenmodell ist zweifellos ein besonders übler Fall der Subventionswirtschaft. Dem Kern nach aber findet nichts anderes statt, als daß die Verwandlung von Einkommen in Kapital von der Einkommenssteuer befreit ist; das Auffällige daran ist die Dreistigkeit, mit der das hier geschieht. Dem Grunde nach ist dies keine Fehlgestaltung des Steuersystems, sondern *entspricht* einer Gesellschaft, in der das Kapital die Bedürfnisse diktiert. Über die Reichweite steuerlicher Korrekturen darf man sich deshalb keine Illusionen machen.

P.S. Preisfrage an unsere Apologeten: Welchen höheren Werten entspricht die Tatsache, daß jede vierte Bauherrenmodell-Wohnung 1981 in einer Freizeitregion gebaut wurde, angefangen von Sylt über den Harz und das Sauerland bis zum Schwarzwald/Bodensee sowie Oberbayern?

Metalltarifkampf beginnt

Erste Forderungen / Öffentliche Kampagne der IG Metall

geh. In den Metallbetrieben und in den Verwaltungsstellen der IG Metall werden dieser Tage die ersten Forderungen diskutiert und aufgestellt.

Die Ausgangspunkte für diese Tarifrunde: mehr als 2 Millionen Lohnabhängige, die von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Verwandtschaftshilfe abhängen, dagegen wird das Bruttoeinkommen aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen" 1982 vermutlich um 6% ansteigen. Das Bruttoeinkommen der westdeutschen Arbeiter wird nur um 4,5% steigen, die Preise dagegen um 5%.

Die Segnungen der Operation '82 der SPD/FDP-Koalition bescheren den Kapitalisten sogar ein um 8,5% gestiegenes Nettoeinkommen. Das Opfer der Lohnabhängigen auf dem Altar der sozial-liberalen Regierung liegt bei 1,5 Prozentpunkten, so daß ihr Nettoeinkommen 1982 nominal nur um 3% wachsen wird. Auch ohne die „Wende" der neuen Mitte-Rechts-Regierung in Bonn können die Kapitalisten – immer nach den Schätzungen des Sondergutachtens – 1983 auf eine Verbesserung ihres Nettoeinkommens um 10% rechnen, während sich die Lohnabhängigen mit nominalen 0,5% zufrieden geben sollen.

„Die Sicherung des Realeinkommens in der kommenden Tarifauseinandersetzung durchzusetzen, hat grundlegende Bedeutung für die aktive gewerkschaftliche Tarifpolitik", schreibt der IG Metall-Vorstand in seinem Arbeitspapier „Politische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Tarifbewegung 1982/ 83", das die Grundlage der innergewerkschaftlichen Vorbereitung auf den Tarifkampf bildet. Vielleicht haben auch die 10000 Mitglieder, die die IG Metall monatlich per saldo verliert, zu dieser Erkenntis beigetragen. Nach der Reallohnminderung 1981/82 sei dies erforderlich und „unter wirtschafts-und beschäftigungspolitischen Aspekten hat Reallohnminderung in keiner Weise zur Stabilisierung bei Beschäftigung und Preisen geführt." Umgekehrt sei deshalb eine Stärkung der Nachfrage durch entsprechend deutliche Lohnerhöhungen notwendig, zumindest zu verhindern, daß die Nachfrage weiter zurückgeht.

Im Gegensatz zur letzten Metalltarifrunde soll diesmal frühzeitig breit mobilisiert werden. In einer ersten Phase sollen neben der Beratung auf den verschiedenen Ebenen öffentlichkeitswirksame Aktionen wie „Praxistest auf Unternehmerargumente" oder „Lohnverzicht bringt keine Arbeitsplätze", „Die Wirklichkeit widerlegt Arbeitgeberargumente" durchgeführt werden. Wie das unten dargestellte Beispiel zeigt, sind solche populären Widerlegungen zentraler Argumente der Gegenseite, tausendfach über Presse, Funk und Fernsehen in die Köpfe reingehämmert, schlagend. Wie die Reaktion württembergischer Kapitalisten zeigt, die diese Aktionen in ihren Betrieben untersagten, auch treffend.

Den Umkehrschluß, den die IG Metall immer nahelegt, manchmal auch zieht, daß mehr Lohn auch mehr Arbeitsplätze schaffe, ist jedoch auch nicht schlüssig. Denn der verkennt, daß das Ziel der Produktion im Kapitalismus weder die Versorgung der Lohnabhängigen mit Lebensmitteln ist, noch die Schaffung von Arbeitsplätzen, noch nichtmal Absatz um jeden Preis ist, sondern Produktion von Profit; verkennt auch, daß diese Krise auch eine große Strukturkrise ist, hervorgerufen durch schroffe Disproportionen der gesellschaftlichen Produktion.

Die bisher aus den Betrieben bekanntgewordenen Forderungen liegen zwischen 6,5 und 8% und bis zu 200 DM Festgeld.

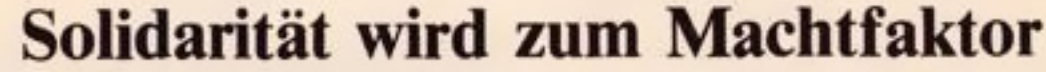
Die Vertreterversammlung Frankfurt will 6,5% und für die Lohngruppen 2-5 und die unteren Gehaltsgruppen bei den Angestellten einen einmaligen Pauschalbetrag von 150 DM. Der Vertrauensleutekörper OPEL empfiehlt der Vertreterversammlung Darmstadt eine Forderung mit dem Volumen von 7,5% aufzustellen und für die unteren Lohngruppen Korrekturen, die noch konkretisiert werden sollen. Die IG Metall in Baden-Württemberg will ein Volumen von 7,5%, mindestens aber 135 DM aufstellen.

Loderer hat seine Zielvorstellung eines Abschlusses in Höhe der Preissteigerungsrate bereits nach der Klausurtagung bekanntgegeben. Die wird in dem Arbeitspapier des Vorstands, höher als die Bundesregierung hofft, bei 4,5-5,5% gesehen. Da sind 6,5-7,5%-Forderungen eher zu gering, um dieses Ziel zu ereichen, legt man die bisherige Tarifarithmetik zugrunde, von der selbst im Streikfall nur geringe Abweichungen zustandekommen. Sie könnten nur dann tragfähig sein, wenn der Strukturteil, z.B. in Höhe der württembergischen Forderung in den Verhandlungen weitgehend hart gehalten werden kann. 135 DM erfassen alle Arbeiter bis einschließlich denen in der Ecklohngruppe – einmalige Pauschalbeträge, wie in Frankfurt, sind zu gering und auf die Dauer wirkungslos.

Zwar heißt es im oben zitierten Vorstands-Arbeitspapier, „die Tatsache, daß eine strukturelle Forderung, die mehrere Jahre hintereinander aufgestellt wurde, nicht durchgesetzt worden ist, spricht nicht dafür, diese Forderung fallen zu lassen, sie spricht sehr wohl dafür, die Bedingungen für ihre Durchsetzung zu erörtern". Aber da folgen keine Taten, denn das Papier endet hier.

Wie die Tarifrunde verlaufen wird ist weniger als in früheren Jahren absehbar. Einerseits ist die Position der Arbeiter im ökonomischen Kampf schwach: Auftragsrückgang und gefüllte Läger kommen noch zu den Arbeitslosen hinzu. Andererseits haben die politischen Momente in dieser Auseinandersetzung großes Gewicht nach Blüms Lohn(erhöhungs)pause und den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung, die die verfügbaren Einkommen beschneiden werden. Außerdem findet die Tarifauseinandersetzung während des Bundestagswahlkampfs statt. Dies hat Vorteile, weil es geradezu eine breite politische Kampagne gegen die neue Bundesregierung erfordert und so eine breite Front aller Lohnabhängigen erleichtert. Die Übereinkunft zwischen ÖTV und Bundesinnenministerium, für den Öffentlichen Dienst erst nach den Bundestagswahlen mit Verhandlungen zu beginnen, ist da eher eine Schwächung.

Allerdings, bei Auseinandersetzungen, die vor allem politisch und um prinzipielle Fragen wie die Tarifautonomie geführt werden, besteht erfahrungsgemäß die Gefahr, daß für die Verteidigung des Prinzips im Materiellen leicht einige Zehner oder Zehntel Prozente geopfert werden.



Solidarität wird zum Machtfaktor

Besetzung, Produktion bei G. Heckel, Saarbrücken

mid.Offenburg. Samstag, 13.11.82. Besuch und Übergabe einer Solidaritätserklärung und Geldspende an die Belegschaft der Firma Georg Heckel GmbH, Saarbrücken-Burbach. Das Werk, ehemals Familienbetrieb und jetzt im Besitz des luxemburgischen Stahlkonzerns Arbed,wird seit dem 4. November 1982 von der Belegschaft besetzt gehalten. Bereits vor dem Tor, das statt eines Schlagbaums mit großen Fahnen der IG Metall ausgestattet ist und von Wachtposten kontrolliert wird, eine Reihe von Dokumenten langwierigen Kampfes. „Wir haben den Betrieb besetzt, um die Arbeitsplätze zu erhalten" oder „Mit Steuergeldern werden unsere Arbeitsplätze vernichtet". Neben solchen zahlreichen Papptafeln eine Ausstellung, wie die Kinder der Arbeiter die Besetzung empfinden: „Ohne Arbeit kein Geld, nichts zu essen, kein Spielzeug."

Nach freundlicher, aber bestimmter Kontrolle wird man in das Betriebsratsbüro geführt. Zwei ineinanderliegende enge Räume, an der Wand Dutzende von Fotos und Solidaritätserklärungen zu den Hungerstreiks, die Anfang und Mitte des Jahres stattgefunden hatten. Die Vorgeschichte, die zu diesen Hungerstreiks und schließlich zu der Besetzung geführt hat, gleicht den Erfahrungen zahlreicher anderer Betriebe. Die Belegschaft wurde von einstmals knapp achthundert Beschäftigten über Jahre hinweg Stück für Stück abgebaut, jedesmal mit dem Versprechen: Nur noch dieses Mal, dann ist der Betrieb saniert. Meist erfuhr die Belegschaft von geplanten Massenentlassungen erst durch die Zeitung, bis – bei 220 Beschäftigten angekommen – wieder über die Zeitung zu erfahren war, daß der Betrieb ganz geschlossen werden soll.

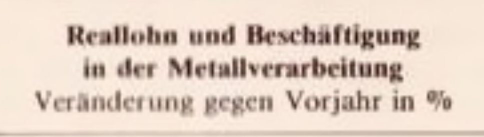
„Die Besetzung soll hauptsächlich Druck auf die Landesregierung ausüben, die als Bürge über Schließung oder Weiterführung das letzte Wort hat." So ein Vertrauensmann. Bestreikt wird die Produktion nicht. Die Arbeiter treten wie gewohnt in drei Schichten zur Arbeit an, die Geschäftsleitung befindet sich ebenfalls in ihren Etagen. „Einen Streik über ein, zwei oder drei Monate könnten wir finanziell gar nicht verkraften", so die Begründung, warum die Produktion aufrecht erhalten wird.

Dennoch stellen sich durch die Besetzung ganz andere Machtverhältnisse dar. „Mit den Informations-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechten des Betriebsverfassungsgesetzes ist es so wie mit einem davonfahrenden Zug, dem man ständig hinterherwinkt." Die Beschäftigten führen täglich eine Betriebsversammlung durch, auf der die jeweils neueste Entwicklung diskutiert und die Aufgaben verteilt werden, Warnstreiks, z.B. anläßlich eines Fackelzugs, werden organisiert, der Betriebsrat stellt Personen zur Durchführung der anstehenden Aufgaben frei. Das Wichtigste aber ist, daß die sachlichen Mittel, die zur Besetzung der Fabrik und Mobilisierung der Forderungen nach Erhalt der Arbeitsplätze nötig sind, praktisch „enteignet" sind.

„Hausfriedensbruch? Sicher, aber die Geschäftsleitung tut klug daran, dagegen nichts zu unternehmen, das wäre Öl ins offene Feuer gegossen!" Überall im Betrieb wurden ehemalige Büroräume oder Umkleidekabinen zu Schlafsälen umgewandelt, jeweils mit Tischen, Bänken, kleinen Kochgelegenheiten, Radio oder Fernseher. Die Liegen, Decken u.a. wurden meist von der umliegenden Bevölkerung gespendet. In einem Lagerraum wurden Tischtennisplatten aufgestellt, in zwei Zelten findet ein tägliches Programm mit Video-Filmen, Liedermachern oder Kabarett statt. An diesem Samstag wurde in einer Halle, umgeben von großen Drahtrollen, ein ökumenischer Gottesdienst durchgeführt, ein Brautpaar samt Hochzeitsgesellschaft nahm daran teil. Die Werksküche dient zur ständigen Versorgung der Besetzer.

Die Solidarität ist groß, insbesondere unter den Ehefrauen der Beschäftigten. Ein Arbeitskreis von ca. 40 Ehefrauen hat sich gebildet, der regelmäßig Flugblätter verteilt und Informationsstände durchführt.

Adresse: Betriebsrat
der Firma Georg Heckel
Alzenkasseler Str. 17
6600 Saarbrücken 5



Reallohn und Beschäftigung in der Metallverarbeitung
Veränderung gegen Vorjahr in %
Reallohn je Beschäftigten / Beschäftigtenzahl
1979 +2,3 +0,9
1980 +1,8 +1,2
sich brachte;
– die Beschäftigung im Zangengriff aus geschwächter Inlandsnachfrage und forcierter Rationalisierung radikal reduziert wurde.
Auf der anderen Seite hat sich der

geben sollen.
„Die Sicherung des Realeinkommens in der kommenden Tarifauseinandersetzung durchzusetzen, hat grundlegende Bedeutung für die aktive gewerkschaftliche Tarifpolitik", schreibt der IG Metall-Vorstand in seinem Arbeitspapier „Politische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Tarifbewegung 1982/ 83", das die Grundlage der innergewerkschaftlichen Vorbereitung auf den Tarifkampf bildet. Vielleicht haben auch die 10000 Mitglieder, die die IG Metall monatlich per saldo verliert, zu dieser Erkenntis beigetragen. Nach der Reallohnminderung 1981/82 sei dies erforderlich und „unter wirtschafts-und beschäftigungspolitischen Aspekten hat Reallohnminderung in keiner Weise zur Stabilisierung bei Beschäftigung und Preisen geführt." Umgekehrt sei deshalb eine Stärkung der Nachfrage durch entsprechend deutliche Lohnerhöhungen notwendig, zumindest zu verhindern, daß die Nachfrage weiter zurückgeht.
auch eine große Strukturkrise ist, hervorgerufen durch schroffe Disproportionen der gesellschaftlichen Produktion.
Die bisher aus den Betrieben bekanntgewordenen Forderungen liegen zwischen 6,5 und 8% und bis zu 200 DM Festgeld.
Die Vertreterversammlung Frankfurt will 6,5% und für die Lohngruppen 2-5 und die unteren Gehaltsgruppen bei den Angestellten einen einmaligen Pauschalbetrag von 150 DM. Der Vertrauensleutekörper OPEL empfiehlt der Vertreterversammlung Darmstadt eine Forderung mit dem Volumen von 7,5% aufzustellen und für die unteren Lohngruppen Korrekturen, die noch konkretisiert werden sollen. Die IG Metall in Baden-Württemberg will ein Volumen von 7,5%, mindestens aber 135 DM aufstellen.
Loderer hat seine Zielvorstellung eines Abschlusses in Höhe der Preissteigerungsrate bereits nach der Klausurta-
die politischen Momente in dieser Auseinandersetzung großes Gewicht nach Blüms Lohn(erhöhungs)pause und den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung, die die verfügbaren Einkommen beschneiden werden. Außerdem findet die Tarifauseinandersetzung während des Bundestagswahlkampfs statt. Dies hat Vorteile, weil es geradezu eine breite politische Kampagne gegen die neue Bundesregierung erfordert und so eine breite Front aller Lohnabhängigen erleichtert. Die Übereinkunft zwischen ÖTV und Bundesinnenministerium, für den Öffentlichen Dienst erst nach den Bundestagswahlen mit Verhandlungen zu beginnen, ist da eher eine Schwächung.
Allerdings, bei Auseinandersetzungen, die vor allem politisch und um prinzipielle Fragen wie die Tarifautonomie geführt werden, besteht erfahrungsgemäß die Gefahr, daß für die Verteidigung des Prinzips im Materiellen leicht einige Zehner oder Zehntel Prozente geopfert werden.
den hatten. Die Vorgeschichte, die zu diesen Hungerstreiks und schließlich zu der Besetzung geführt hat, gleicht den Erfahrungen zahlreicher anderer Betriebe. Die Belegschaft wurde von einstmals knapp achthundert Beschäftigten über Jahre hinweg Stück für Stück abgebaut, jedesmal mit dem Versprechen: Nur noch dieses Mal, dann ist der Betrieb saniert. Meist erfuhr die Belegschaft von geplanten Massenentlassungen erst durch die Zeitung, bis – bei 220 Beschäftigten angekommen – wieder über die Zeitung zu erfahren war, daß der Betrieb ganz geschlossen werden soll.
„Die Besetzung soll hauptsächlich Druck auf die Landesregierung ausüben, die als Bürge über Schließung oder Weiterführung das letzte Wort hat." So ein Vertrauensmann. Bestreikt wird die Produktion nicht. Die Arbeiter treten wie gewohnt in drei Schichten zur Arbeit an, die Geschäftsleitung befindet sich ebenfalls in ihren Etagen. „Einen Streik über ein, zwei
Schlafsälen umgewandelt, jeweils mit Tischen, Bänken, kleinen Kochgelegenheiten, Radio oder Fernseher. Die Liegen, Decken u.a. wurden meist von der umliegenden Bevölkerung gespendet. In einem Lagerraum wurden Tischtennisplatten aufgestellt, in zwei Zelten findet ein tägliches Programm mit Video-Filmen, Liedermachern oder Kabarett statt. An diesem Samstag wurde in einer Halle, umgeben von großen Drahtrollen, ein ökumenischer Gottesdienst durchgeführt, ein Brautpaar samt Hochzeitsgesellschaft nahm daran teil. Die Werksküche dient zur ständigen Versorgung der Besetzer.
Die Solidarität ist groß, insbesondere unter den Ehefrauen der Beschäftigten. Ein Arbeitskreis von ca. 40 Ehefrauen hat sich gebildet, der regelmäßig Flugblätter verteilt und Informationsstände durchführt.
Adresse: Betriebsrat
der Firma Georg Heckel
Alzenkasseler Str. 17
6600 Saarbrücken 5



Praxistest der Unternehmer-Argumente

(Auszüge aus einem IGM-Arbeitspapier)

(I) Löhne und Preise

Gesamtmetall hat behauptet:
○ Geringere Lohnerhöhungen führen zu geringeren Preissteigerungen
○ Stabile Lohnkosten führen zu stabilen Preisen

Tatsache ist dagegen, daß 1982
○ der Lohnkostendruck erheblich abgenommen hat,
○ der inländische Preisauftrieb sogar zugenommen hat.

Das gilt für die Gesamtwirtschaft.

Löhne und Preise in der Gesamtwirtschaft
Steigerung gegen Vorjahr in %

	Lohnstückkosten	hausgemachte Preissteig.
1981	+5,5	+4,3
1982	+3,0	+5,0

Das gilt erst recht für die Metallverarbeitung. Hier bleiben die Lohnstückkosten 1982 absolut stabil. (Sie sind im 2: Quartal 1982 sogar um 1,7% gesunken.) Hier sind die Erzeugerpreise gleichwohl sogar noch stärker heraufgesetzt worden als in der Gesamtwirtschaft.

Löhne und Preise in der Metallverarbeitung
Steigerung gegen Vorjahr in %

	Lohnstückkosten	Erzeugerpreise
1981	+4,0	+4,2
1982	+/-0,0	+5,5

Fazit: Lohnverzicht bringt keine Preisstabilität.

(II) Löhne und Beschäftigung:

Gesamtmetall hat behauptet:
○ Die realen Arbeitseinkommen müssen schrumpfen, damit die Beschäftigung steigen kann.
○ Der Rückgang der Reallöhne ist Voraussetzung für die Zunahme der Beschäftigtenzahl.

Die Tatsachen sehen anders aus. Die Erfahrungen der letzten vier Jahre beweisen das Gegenteil.
○ In den Zeiten steigender Realeinkommen der Arbeitnehmer sind auch die Beschäftigtenzahlen gestiegen.
○ In den Zeiten sinkender Realeinkommen der Arbeitnehmer sind auch die Beschäftigtenzahlen drastisch reduziert worden.

Das gilt für die *Metallverarbeitung.* In *1979/80* sind hier die Reallöhne jeweils um rd. 2 Prozent pro Jahr gestiegen. Damals wurden in der Metallverarbeitung fast 60000 Arbeitsplätze geschaffen. In *1981/82* sind hier die Reallöhne um mehr als ein Prozent gesunken. Gleichzeitig wurden binnen 18 Monaten mehr als 130000 Arbeitsplätze vernichtet.

Reallohn und Beschäftigung in der Metallverarbeitung
Veränderung gegen Vorjahr in %

	Reallohn je Beschäftigten	Beschäftigtenzahl
1979	+2,3	+0,9
1980	+1,8	+1,2
1981	−0,4	−1,5
1982	−1,0	−2,3

Fazit: Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze.

(III) Gewinne und Investitionen

Gesamtmetall hat behauptet:
○ Steigende Gewinne sind Voraussetzung steigender Investitionen
○ Umverteilung zugunsten der Gewinne bringt Investitionen zugunsten der Beschäftigung.

Tatsache ist dagegen, daß 1982
○ eine verteilungspolitische Wende zugunsten der Gewinne stattgefunden hat,
○ von einer investitionspolitischen Wende zugunsten der Beschäftigung keine Rede sein kann.

Auf der einen Seite sind die Gewinne den Löhnen davongelaufen, weil
– die Arbeitsproduktivität den Reallöhnen vorausgeeilt ist;
– die staatliche Finanzpolitik (Operation 82) steigende Belastungen für die Arbeitnehmer und zusätzliche Entlastungen für die Gewinneinkommen mit sich brachte;
– die Beschäftigung im Zangengriff aus geschwächter Inlandsnachfrage und forcierter Rationalisierung radikal reduziert wurde.

Einkommensverteilung in der Gesamtwirtschaft 1981/82
Veränderung gegen Vorjahr in %

	1981	1982
Löhne und Gehälter je Beschäftigten		
– brutto	+5,0	+ 4,5
– netto	+4,5	+ 3,0
Gewinne und Vermögenseinkünfte		
– brutto	−1,0	+ 9,0
– netto	+0,7	+11,0

Auf der anderen Seite hat sich der Rückzug der Gewinne aus den Investitionen beschleunigt, weil
– Reallohnsenkung und Kaufkrafteinbußen den Absatzmangel im Inland verschärfen
– ein wachsender Teil der Gewinneinkommen auf Privatentnahmen und Vermögenseinkommen entfällt;
– ein wachsender Teil der nichtentnommenen Gewinne für Schuldentilgung statt für Investitionen im Unternehmen verwendet wird.

Der Anteil der privaten Nettoinvestitionen an den privaten Nettogewinnen ist seit Beginn der 80er Jahre rapide gesunken. Er lag
in 1980 bei 50%
in 1981 bei 39%
in 1982 bei 37%.

Im laufenden Jahr wird also nur wenig mehr als ein Drittel der Gewinne in den Unternehmen investiert, weil
– Hochzinspolitik im In- und Ausland die Anlage in Wertpapieren attraktiv gemacht hat;
– Absatzmangel im In- und Ausland – nicht zuletzt durch Realeinkommensverluste aus Tarifabschlüssen unter der Inflationsrate – die Anlage in produktiven Investitionen unattraktiv macht;
– private Gewinninteressen und nicht gesellschaftliche Beschäftigungsinteressen das maßgebliche Steuerungsprinzip der herrschenden Wirtschaftsordnung geblieben sind.

Beschäftigungskrise und Investitionsschwäche können nicht mit fehlenden Gewinnen erklärt werden. Sie müssen im Zusammenhang mit einer falschen Gewinnverwendung gesehen werden.
Fazit: Lohnverzicht bringt keine Investitionen.

Neuaufschwung der gewerkschaftlichen Kämpfe in Südafrika

Die Streikbewegung der schwarzen Gewerkschaften hat wieder einen Umfang angenommen wie sie aus den Jahren 1973/74 bekannt ist.
In den jetzigen Kämpfen geht es aber nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern um Arbeitsbedingungen, Pensionsregelungen, Gewerkschaftsrechte und politische Forderungen.
Der folgende Artikel von Zola Sonkosi, Vertreter des ANC (African Nationalists), führt die Analyse in dem Artikel aus KVZ 43/1982 fort.

Wenn man sich die neuesten Sendungen im Fernsehen anschaut, oder die neuesten Artikel in den Zeitungen liest, dann unterhalten dort Botha und sein rassistisches Regime die wohlwollenden Zuschauer mit einem täglichen Reformprogramm mit viel Aufwand, Glamour und Hochglanzpapier. Damit wollen sie ihren Kritikern gleichzeitig Sand in die Augen streuen. Doch die Opposition derjenigen, die nicht einmal auf dem Papier von den Reformen betroffen sind, die jedoch tagtäglich die Brutalität des Apartheid-Regimes erleiden müssen, nimmt zu.

Wie vielen vielleicht bekannt, streiken bei Ford, General Motors und VW die Automobilarbeiter schon seit den Sommermonaten. Auch in den Goldgruben gibt es Streiks der Bergleute. Weiterhin gibt es in der Textil-, Lebensmittel- und Metallindustrie ebenfalls Streikaktionen. Und immer ist die Antwort der Regierung Polizei, Repression und Dutzende von Toten, Hunderte von Verletzten und Tausenden von Verhafteten. Bislang haben die ganzen Repressionen und Gewalteinsätze aber nicht zur Niederschlagung der Streikaktionen geführt. Es gibt einen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung und dieser Aufschwung hängt auch mit neuen Kampfformen der schwarzen Arbeiter zusammen.

Denn als im Juli mehr als 20000 Automobilarbeiter kein entsprechendes Ergebnis in den Lohnverhandlungen erwarten konnten, traten sie in den Streik – aber in eine neue Form des Streiks: den Bummelstreik. Diese neue Form des Streiks ist auch ein Mittel um die Provokationen der Polizei zu verhindern. Die schwarzen Arbeiter gingen also noch in die Produktionsstätten, organisierten aber dann über die Verlangsamung der Arbeit ausgehend von einer Abteilung den Bummelstreik. Die Arbeiter haben durch diese Aktionen die Produktion so gedrosselt, daß VW z.B. nichts anderes übrig blieb, als seinerseits die Werke zu schließen.

Bummelstreiks und landesweite Streikkassen

Die Methode des Bummelstreiks bringt ihrerseits aber natürlich auch Schwierigkeiten mit sich, denn die Streiks können sich lange hinziehen, sind mit Lohneinbußen verbunden oder führen zum Teil zur Aussperrung durch die Konzerne. Aber zur Erreichung der Ziele der Arbeiter sind sie offensichtlich ganz gut geeignet.

Bei VW geht es um eine Lohnerhöhung um 2 Rand (ca. 4 DM) von bisher 1,5 Rand auf 3,5 Rand pro Stunde (ca. 7 DM). Demgegenüber wollte die VW-Konzernleitung nur eine Erhöhung von 2 Rand auf 2,15 Rand zugestehen. Auf den Streik der Arbeiter reagierten die Firmen mit Aussperrung und anschlie-

Streik – aber in eine neue Form des Streiks: den Bummelstreik. Diese neue Form des Streiks ist auch ein Mittel um die Provokationen der Polizei zu verhindern. Die schwarzen Arbeiter gingen also noch in die Produktionsstätten, organisierten aber dann über die Verlangsamung der Arbeit ausgehend von einer Abteilung den Bummelstreik. Die Arbeiter haben durch diese Aktionen die Produktion so gedrosselt, daß VW z.B. nichts anderes übrig blieb, als seinerseits die Werke zu schließen.

Bummelstreiks und landesweite Streikkassen

Die Methode des Bummelstreiks bringt ihrerseits aber natürlich auch Schwierigkeiten mit sich, denn die Streiks können sich lange hinziehen, sind mit Lohneinbußen verbunden oder führen zum Teil zur Aussperrung durch die Konzerne. Aber zur Erreichung der Ziele der Arbeiter sind sie offensichtlich ganz gut geeignet.

Bei VW geht es um eine Lohnerhöhung um 2 Rand (ca. 4 DM) von bisher 1,5 Rand auf 3,5 Rand pro Stunde (ca. 7 DM). Demgegenüber wollte die VW-Konzernleitung nur eine Erhöhung von 2 Rand auf 2,15 Rand zugestehen. Auf den Streik der Arbeiter reagierten die Firmen mit Aussperrung und anschlie-

ßender Schließung der Werke. Durch diese Maßnahmen erhoffte sich die Konzernleitung einen Zusammenbruch des Streiks, da sie davon ausging, daß nach ein paar Wochen den schwarzen Arbeitern nichts mehr zum Leben bliebe. Aber sie hatten den Kampf wohl unterschätzt. Denn durch die Anwendung der Methode – nicht gleichzeitig in allen Branchen zu streiken –, also z.B. erst in der Automobilindustrie, dann in der Textilindustrie oder in anderen Branchen, haben sich die schwarzen Arbeiter die Voraussetzung geschaffen, um Streikkassen optimal zu nutzen. Werden in einer Branche Lohnerhöhungen erzielt, so zahlen die Arbeiter 1% ihres Lohnes in eine Streikkasse, die zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter in einer anderen Branche verwendet werden. So wurde eben auch die Streikunterstützung der Arbeiter bei General Motors und VW organisiert. Nur aus diesem Grunde konnten die Automobilarbeiter bislang auch die Aussperrung der Automobilkonzerne verkraften und ihren Kampf weiterführen. Diese Entwicklung stellt für die gewerkschaftliche Bewegung der schwarzen Arbeiter in Südafrika eine neue Form des Kampfes dar.

Es gibt auch noch andere Formen der gegenseitigen Unterstützung. Der Streik der 1000 Hafenarbeiter in Port Elizabeth ist ein solches Beispiel. Die Arbeiter kämpfen um verbesserte Arbeitsbedingungen und wählten auch in dieser Auseinandersetzung das Mittel des Bummelstreiks. Mit dieser Aktion unterstützen sie gleichzeitig die Automobilarbeiter, denn von Port Elizabeth aus werden die Autos der Automobilkonzerne nach Asien, Mittlerer Osten, Australien und Neuseeland abtransportiert. Der Export der Autos brach durch den Bummelstreik weitgehend zusammen, Lieferfristen konnten nicht mehr eingehalten werden, die südafrikanischen Transportunternehmen müssen die erheblichen Verluste tragen.

Das südafrikanische Regime hat nun versucht, durch die Deportierung von 400 der 1000 Hafenarbeiter in die Transkei, den Streik zu brechen. Ein Erfolg ist allerdings nicht eingetreten, die anderen 600 Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und führen den Streik weiter. Auch die Deportierung der 400 Hafenarbeiter in die Transkei kann noch zu Problemen für das Regime führen. Denn die politisch in gewisser Weise bewußteren Arbeiter können unter der ländlichen Bevölkerung der Transkei die Berichterstattung über die Streiks durchführen und damit eine weitere Politisierung auslösen. Im übrigen spielen Versuche, durch Deportation Streiks der schwarzen Arbeiter zu brechen, eine nicht so große Rolle.

Gewerkschaftsaufbau unter den Minenarbeitern

Über 10000 Minenarbeiter sind in verschiedenen Gruben in den nördlichen Landesteilen und im westlichen Teil von Transval in den Bummelstreik getreten. Bei dem Kampf der Minenarbeiter ging es sowohl um Lohnerhöhungen als auch um die Anerkennung neu entstandener Gewerkschaften.

Die Minenkonzerne haben diese neuen Gewerkschaften noch nicht anerkannt, weil es zuvor keine schwarze Gewerkschaft unter den Minenarbei-

Das südafrikanische Regime hat nun versucht, durch die Deportierung von 400 der 1000 Hafenarbeiter in die Transkei, den Streik zu brechen. Ein Erfolg ist allerdings nicht eingetreten, die anderen 600 Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und führen den Streik weiter. Auch die Deportierung der 400 Hafenarbeiter in die Transkei kann noch zu Problemen für das Regime führen. Denn die politisch in gewisser Weise bewußteren Arbeiter können unter der ländlichen Bevölkerung der Transkei die Berichterstattung über die Streiks durchführen und damit eine weitere Politisierung auslösen. Im übrigen spielen Versuche, durch Deportation Streiks der schwarzen Arbeiter zu brechen, eine nicht so große Rolle.

Gewerkschaftsaufbau unter den Minenarbeitern

Über 10000 Minenarbeiter sind in verschiedenen Gruben in den nördlichen Landesteilen und im westlichen Teil von Transval in den Bummelstreik getreten. Bei dem Kampf der Minenarbeiter ging es sowohl um Lohnerhöhungen als auch um die Anerkennung neu entstandener Gewerkschaften.

Die Minenkonzerne haben diese neuen Gewerkschaften noch nicht anerkannt, weil es zuvor keine schwarze Gewerkschaft unter den Minenarbei-

tern gegeben hat und die neuen Gewerkschaften aufgrund einer weitgehenden Politisierung der schwarzen Minenarbeiter entstanden sind. Die Bedeutung der jetzigen Streiks kann man daran messen, daß in der Vergangenheit in den Minen Streiks selten waren, denn in diesen Minen werden hauptseitig Wanderarbeiter beschäftigt (aus den sogenannten Homelands und Nachbarländern wie Angola und Mozambique). Das erschwerte natürlich auch den Aufbau von Gewerkschaften und außerdem war bis vor einiger Zeit jede Bildung von Gewerkschaften – die sich nicht registrieren lassen – streng verboten. Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes – die Wanderarbeiter schien man beliebig unter Druck setzen zu können – war ein weiteres Mittel seitens der Firmen um Arbeitskampf zu vermeiden.

Trotz dieser schlechten Ausgangslage bildeten sich neue schwarze Gewerkschaften im Keim heraus und traten die schwarzen Arbeiter in den verschiedenen Minen in den Bummelstreik, nachdem die Firmenleitungen ihnen nur eine 12%ige Lohnerhöhung zugestanden hatten, während sie den vollen Teuerungsausgleich verlangten, bei einer Inflationsrate von gegenwärtig 16,5%. Die Arbeiter aus den Minen um Johannesburg fanden Unterstützung bei ihren Kollegen in den Kohlengruben in Durban und im Osten von Transval. An allen Orten waren die Streiks begleitet von massiven Polizeieinsätzen und darauffolgenden schweren Unruhen und Aufständen.

Von Wichtigkeit in eben all diesen Auseinandersetzungen ist, daß entlassene oder in andere Landesteile deportierte Arbeiter (z.B. nach Swaziland) auch dort weiterhin Unterstützung erhalten aus den von den Arbeitern eingerichteten Streikkassen in nunmehr fast nationaler Form. Hinzu kommt aber beispielsweise auch internationale Unterstützung:

Nach langer Auseinandersetzung um Löhne und Pensionssystem platzten die Verhandlungen bei Aluswisse (Grubenunternehmen) bei Richard's Bay in Natal. Im Juni traten rund 1700 schwarze Arbeiter in den Streik und wurden daraufhin sofort entlassen. Diese Arbeiter wurden sodann nicht nur von den Arbeitern in anderen Minen unterstützt, in Form der Streikkasse, sondern erhielten auch Spenden von den Arbeitern der Mutterfirma in der Schweiz.

Vielleicht wäre es ja auch eine Sache für die Bundesrepublik, eine zentrale Streikkasse einzurichten. Über einen solchen Fonds könnten dann auch die Arbeiter in der BRD die streikenden Arbeiter in Südafrika unterstützen, denn auch in den anderen Werken deutscher Automobilfirmen in Südafrika – z.B. BMW und Mercedes – sind mittlerweile Bummelstreiks zustandegekommen, allerdings noch nicht in größerem Umfange, sondern erst von Zeit zu Zeit.

Mit einer verbreiterten Unterstützung könnten die bisherigen Streiks über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden, was die wirtschaftliche Stabilität des südafrikanischen Systems weitgehend unterminieren könnte. Und von unserer Seite – als afrikanische Kämpfer – geht man davon aus, daß mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Systems auch der bewaffnete Kampf, der Guerillakampf, erleichtert wird. Gerade unter solchen Bedingungen könnte sich die wirtschaftliche Unzufriedenheit in den politischen Kampf ausweiten.

Die Rolle westdeutscher Unternehmen

Im Windschatten der USA und Großbritanniens haben sich die Multis aus der BRD zu einem der drei größten Ausbeuter der südafrikanischen Arbeiter entwickelt. Die Schere zwischen den Monatseinkommen der weißen und schwarzen Haushalte in Südafrika klafft weiter auseinander. Der weiße Haushalt verfügt laut amtlicher Statistik durchschnittlich über sieben Mal soviel Einkommen wie der schwarze.

Gespräche mit schwarzen Arbeitern und Gewerkschaften bei 300 deutschen Firmen brachten Ende 1981/Anfang 1982 folgende Ergebnisse:

Der Durchschnittsverdienst schwarzer Arbeiter in den Fabriken bundesdeutscher Firmen beträgt 33,8% des Verdienstes weißer Beschäftigter. Die durchschnittlichen Löhne der schwarzen Arbeiter in diesen 300 Firmen liegt unter der Armutsgrenze von ca. 465



Gewerkschaftliche Organisationen in Südafrika

Gewerkschaftliche Organisationen in Südafrika

acm. Das südafrikanische Regime hat sich gesetzliche Grundlagen geschaffen, nachdem nun solche Gewerkschaften tariffähig sind, die sich registrieren und kontrollieren lassen. Kontrolle bedeutet: Finanzmittel und Mitgliedschaft müssen offengelegt werden. Viele schwarze Gewerkschaften verweigern diesen Unterwerfungsakt, der dem Regime Tür und Tor für Repressionen öffnen würde.

Die besondere Konstellation der südafrikanischen Siedlergesellschaft, die Existenz des Apartheid-Regimes mit der allseitigen Unterdrückung der Schwarzen in der Gesellschaft, hat auch zu einer besonderen Ausformung in der gewerkschaftlichen Organisierung geführt.

In Südafrika gibt es ca. 250 Gewerkschaften, davon haben sich ca. 200 staatlich registrieren lassen. Insgesamt sind wohl mindestens 350000 Schwarze gewerkschaftlich organisiert; das sind ⅓ aller Gewerkschaftsmitglieder.

Versucht man, die Gewerkschaften zu untergliedern, so gibt es auf der einen Seite die „etablierten" Gewerkschaften, mit den beiden Dachverbänden SACLA und TUCSA. SACLA ist eine rein weiße Gewerkschaft und vertritt die reaktionäre Politik des Systems sowie die privilegierten Interessen der weißen Arbeiter, vor allem der Minen-, Eisenbahn-, Eisen-, Stahl- und Bauarbeiter. In den letzten Jahren haben mehrere Einzelgewerkschaften SACLA verlassen, weil sie gemischtrassisch wurden. Meist gingen sie dann zu TUCSA. TUCSA vertritt 60 Gewerkschaften mit ca. 430000 Mitgliedern, mehr als die Hälfte sind Farbige und Schwarze. TUCSA hat sich zwar gegen die Rassentrennungspolitik ausgesprochen, ist aber insgesamt mehr regierungsfreundlich, wenn auch auf dem letzten Kongreß eine etwas härtere Gangart eingeschlagen wurde.

Auf der anderen Seite stehen die unabhängigen, schwarzen oder gemischtrassischen Gewerkschaften. Zu den bedeutendsten gehören hier die Dachverbände FOSATU, CUSA und die Gewerkschaft SAAWU.

FOSATU bildet mit ca. 150000 Mitgliedern den größten Dachverband multirassischer Gewerkschaften und hat seit 1979 starken Mitgliederzuwachs. Hier werden nur Gewerkschaften aufgenommen, die „nichtrassistisch" sind. FOSATU strebt die Hinwendung von der berufsgewerkschaftlichen Tradition zu Einheitsgewerkschaften an.

CUSA umfaßt seit dem Beitritt von drei weiteren Gewerkschaften vor einigen Wochen jetzt zehn Gewerkschaften mit ca. 60000 Mitgliedern. Anders als bei FOSATU werden bei CUSA nur schwarze Mitglieder aufgenommen. Die im Artikel erwähnte Gewerkschaftsgründung unter den Minenarbeitern geht auf die Bestrebungen der CUSA zurück. Die neue Gewerkschaft heißt „National Union of Mineworkers".

Neben FOSATU und CUSA gibt es noch besagte SAAWU. In ihr sind zur Zeit über 70000 schwarze Arbeiter zusammengeschlossen und ihre Mitgliederzahl steigt am schnellsten an.

Wie weit mittlerweile der Einfluß der schwarzen bzw. unabhängigen Gewerkschaften vorangeschritten ist, sieht man daran, daß Arbeitsminister Botha vor kurzem einen Gesetzentwurf veröffentlicht hat, der Anfang des nächsten Jahres im Parlament behandelt werden soll und die Frage der Streikschlichtung berührt. Dieser Entwurf sieht vor, daß auch die nichtregistrierten Gewerkschaften am System der Streikschlichtung teilnehmen sollen. Das würde die offizielle Anerkennung als Tarifpartei und die Legalisierung von Streiks zur Folge haben. Mal abgesehen davon, ob dieser Gesetzentwurf in dieser Form durchkommt und mit welchen Schikanen er dann ausgerüstet ist, zeigt sich, daß die Streikbewegung der unabhängigen Gewerkschaften einen erheblichen Druck auf das südafrikanische Regime ausübt.

Angaben nach: Antiimperialistisches Informationsbulletin 11-12/82 und FAZ.

DM im Monat, laut für das Jahr 1981 vom Russel-Institut erstellter Liste. Der EG-Verhaltenskodex fordert demgegenüber sogar 621 DM Mindestlohn für die Arbeiter in Südafrika.

In Gesprächen mit Firmen, die behaupten sie zahlten gleiche Löhne für gleiche Arbeit (z.B. sagt dies Siemens), ist rausgekommen, daß diese Behauptungen unrichtig sind. Denn es gibt eben keine gleiche Arbeit für Schwarze und Weiße. Die schwarzen Arbeiter haben nämlich überhaupt nicht die Möglichkeit, bestimmte Arbeitsplätze einzunehmen. Diese sind den Weißen vorbehalten. Wenn solche „Aufstiegschancen“ existieren, dann nur in den Köpfen der Apartheidspropagandisten.

In allen diesen deutschen Firmen ist die Lage so, daß es keine schwarzen Arbeiter als Vorgesetzte gegenüber Weißen gibt. Es ist auch wohl in Zukunft nicht möglich, daß Arbeitsplätze die für Weiße offenstehen auch durch Schwarze besetzt werden, da eben das Grundausbildungsniveau der Schwarzen in Südafrika im allgemeinen sehr schlecht ist. Es gibt nur einige deutsche Firmen, die im begrenzten Umfang Ausbildungskurse auch für schwarze Arbeiter eingerichtet haben. Allerdings ohne Zeugnis am Schluß der Ausbildung. Die Ausbildung der schwarzen Arbeiter wird dann nur für die jeweilige Fabrik anerkannt, in denen diese arbeiten. Damit wird natürlich ohne Zweifel ein direktes Abhängigkeitsverhältnis von der einzelnen Fabrik geschaffen.

Im offiziellen Sinn gibt es keinen einzigen schwarzen Lehrling in Südafrika. Publizisten deutscher Firmen sprechen in ihrer Propaganda über die Ausbildung von Lehrlingen in ihren Firmen in Südafrika. Komischerweise haben die südafrikanischen Arbeitsminister und die schwarzen Gewerkschaften in diesen Firmen keine Kenntnis davon.

Afrikanische Gewerkschaften sind in keiner der deutschen Firmen anerkannt und die Mitglieder sind der ständigen Einschüchterung und Bedrohung durch die weißen Vorgesetzten in diesen Firmen ausgesetzt. Sie dürfen die gewerkschaftliche Arbeit innerhalb und außerhalb der Fabrik nicht organisieren. Schwarze Gewerkschaftsversammlungen in deutschen Firmen, wie VW, sind verboten, und damit natürlich auch Streiks. Die deutschen Firmen arbeiten sehr eng mit den Sicherheitsbehörden der südafrikanischen Polizei zusammen. Es kann deutlich gesagt werden, daß keine konkreten Beiträge der deutschen Firmen in Südafrika zur schrittweisen und friedlichen Überwindung der Apartheid in den deutschen Werken geleistet werden. Die Firmen haben bis jetzt alle Versuche von internationalen Organisationen, die Situation in ihren südafrikanischen Tochtergesellschaften zu untersuchen, abgelehnt. Die deutschen Firmen halten auch nur einige der EG-Verhaltenskodexe ein. Und auch nicht die wichtigste, wie die Anerkennung der schwarzen Gewerkschaften, sowie gleiche Ausbildung und Aufstiegsmöglichkeiten aller Arbeiter unabhängig von ihrer Hautfarbe. Statt die schwarzen Arbeiter für alle Bereiche der Betriebe auszubilden, schicken die deutschen Firmen ihre Ingenieure, Techniker, Volkswirte usw. gleich mit in ihre südafrikanischen Tochterunternehmen oder haben ihre Experten durch Beraterverträge in den kooperierenden Firmen. Das südafrikanische Regime subventioniert den deutschen Einwanderer nach Südafrika. In einigen dieser Firmen sind auch weiterhin die Kantinen-, Wasch- und Duschräume getrennt für Weiße und Schwarze.



Unter der Überschrift „Ausbildung nicht von der Rasse abhängig“ hebt der „Gewerkschafter“, Funktionärszeitung der IGM, in seiner Nr. 2/1982 auf die fortschrittliche Ausbildung der Daimler Benz AG in Südafrika ab. Ein Ausbildungszentrum sei gebaut worden, das für alle Bewerber offen stehe, „ohne Ansehen ihrer ethnischen Abstammung“. Das Problem ist nur, wie der Genosse Sonkosi in seinem Artikel schreibt, daß die Ausbildung praktisch die Anbindung an den einen Betrieb bedeutet und den schwarzen Arbeitern keine Flexibilität ermöglicht. Das wiederum ist so fortschrittlich nun nicht.

Die Gespräche mit den schwarzafrikanischen Arbeitern in den deutschen Firmen bestätigen die Auffassung, daß nur durch die totale Abschaffung des Apartheidregimes auch in den deutschen Firmen Fortschritte für die schwarzen Arbeiter erreicht werden können.

Deutsche Gewerkschaften können einen Beitrag zur Solidarität mit den schwarzen Arbeitern in den deutschen Firmen in Südafrika leisten, indem sie die Gewerkschaft sowohl moralisch als auch materiell unterstützen, und auf die Firmen Druck ausüben, damit die Gewerkschaft die Rechte der schwarzen Arbeiter in den deutschen Tochtergesellschaften wahrnehmen können.

Es gibt keine Hoffnung, jemals das rassistische Regime in Südafrika mit friedlichen Mitteln allein zu ändern. Wirtschaftsboykott gegenüber Südafrika ist Unsinn; da wir von den westeuropäischen und amerikanischen Investoren nicht erwarten können, daß sie sich selbst erwürgen. Über 80% der in Südafrika tätigen Gesellschaften sind in Besitz der westlichen Länder. Wünschenswert wäre, daß die deutschen Gewerkschaften zu verhindern suchen, daß die Profite, die aus der Arbeit und dem Schweiß der Arbeiter in den deutschen Firmen in der BRD gezogen werden, nach Südafrika transferiert werden. Denn hier sind die deutschen Firmen im Begriff, auch den Weg billigster Arbeitskräfte und der undemokratischen Arbeitsgesetze gegen die schwarzen Arbeiter zu gehen. Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, daß die Streikkassen der schwarzen Arbeiter unterstützt werden.

Hoechst-Aktivitäten

Hoechst hat sich verpflichtet, während der nächsten vier Jahre 150 Millionen Rand (300 Mio. DM) in Südafrika zu investieren. Hoechst hat sechs Fabriken in Südafrika. Der Jahresumsatz von Hoechst in Südafrika beläuft sich auf ca. 700 Mio. DM (Quelle: Sunday Express, Johannesburg, 8.8.1982). Hoechst produziert in Südafrika u.a. auch folgende zwei Kosmetika: Balenciaga und Lutsine. Diese werden in aufgemotzter Reklame als Kosmetika dargestellt, die die schwarze Haut der Afrikaner weiß machen könnten. Dann könnten die Schwarzen endlich so aussehen wie die Weißen. Die Widerstandsorganisationen der Schwarzen in Azania machen Aufklärungskampagnen gegen diese betrügerische Reklame. Es bleibt zu fragen: Wie kann Hoechst soviel Geld aus der Ausbeutung der Arbeiter in den eigenen Werken nach Südafrika transferieren, ohne daß es Widerstand von Seiten der IG Chemie gibt? *zos.*

Aspekte zu einem neuen Internationalismus:

Lohnfragen

mat. In den ersten beiden Beiträgen dieser Serie wurde die Frage des Lohns in der Dritten Welt unter dem Gesichtspunkt betrachtet, welche Schwierigkeiten durch das Nebeneinander von Geldwirtschaft und Subsistenzwirtschaft entstehen und wie sie vermieden werden können. In diesem Beitrag soll das Problem behandelt werden, welche Auswirkungen das Lohngefälle zwischen der Industrie in der Dritten Welt und in den entwickelten kapitalistischen Ländern hat. Der Hinweis auf die in der Dritten Welt gezahlten Niedriglöhne fehlt ja bei keiner Debatte um das Für und Wider von Handelsrestriktionen, z.B. in der Textilindustrie. Auf der Kapitalseite dient er der Absicht, die Löhne überall auf Niedriglohn zu drücken. Sofern die Gewerkschaften mehr als das schlichte Ziel der Arbeitsplatzsicherung im eigenen Land verfolgen, benutzen sie dasselbe Argument in der gutgemeinten Absicht, die Löhne in der Dritten Welt überall auf europäisches Niveau zu heben. In der Praxis zeigt sich dann, daß beide Absichten nicht zu verwirklichen sind; warum, bleibt dabei meist ungeklärt.

Grundlage der folgenden Diskussion sollen wie schon in den früheren Beiträgen die in der Dritten Welt geltenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sein sowie das Ziel, eine Verbesserung der Situation durch möglichst egalitäre Beteiligung aller Klassen und Schichten des Volkes an der wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten. Dabei kommt es vor allem darauf an zu entwickeln, welche Gesetzmäßigkeiten die Lohnhöhe bestimmen. Bevor darauf eingegangen werden soll, ist es nützlich zu betrachten, wie sich die Lage von der Kapitalseite her darstellt, auch wenn die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die den Lohn bestimmen, dabei nur sehr mittelbar in Erscheinung treten.

Für das Kapital ist der Lohn ein Kostenfaktor unter anderen, der in das Produkt als Unkosten eingeht. Je höher – bei gleichem Lohn – die Produktivität und Intensität der Arbeit, desto geringer die lohnbedingten Unkosten im einzelnen Produkt. Umgekehrt ist die niedrigere Produktivität und Intensität der Arbeit in der Dritten Welt für die Kapitalisten nur tragbar, wenn die lohnbedingten Unkosten im Produkt nicht höher sind als in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Daß Produktivität und Intensität der Arbeit in zahlreichen Branchen in der Dritten Welt niedriger sind als in Europa, ist durch Untersuchungen belegt (so etwa in der Elektronik- und Textilindustrie; die umgekehrte Situation, wie zum Beispiel in der Werftindustrie, ist eher die Ausnahme). Alle Modelle, die das außer acht lassen, haben wenig Aussicht auf Verwirklichung, solange die Gesetze der Marktwirtschaft nicht aufgehoben werden können. Daß das beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte in der Dritten Welt nicht möglich ist, wurde in den früheren Beiträgen herausgearbeitet.

Nun sind Produktivität und Intensität zwei verschiedene Dinge, auch wenn sie – was hier nicht weiter ausgeführt werden kann – bezüglich der Konkurrenz zwischen nationalen Volkswirtschaften dieselbe Wirkung haben. Für die Gewerkschaften der entwickelten kapitalistischen Länder ist Aufhebung der Unterschiede mit der Dritten Welt dabei gleichbedeutend mit Kampf um Senkung der Arbeitsintensität daheim und um Hebung der Arbeitsproduktivität in der Dritten Welt. Ersteres ist eine Aufgabe der Rahmentarifpolitik, während sich die zweite Aufgabe weit schwieriger darstellt und jedenfalls nicht automatisch durch Durchsetzen höherer Löhne in der Dritten Welt erreicht wird. Wie sie angegangen werden kann, ist die Kernfrage dieses Beitrags.

Ein weiteres Problem kommt hinzu. Ausschlaggebend für die Kapitalisten sind die Lohnstückkosten bezogen auf ihre Rechnungswährung. Lohnstückkosten der Dritten Welt gehen in ihre Kalkulation ein vermittelt über die Tauschrate der jeweiligen Währung. Nach den Gesetzen des Marktes ist die Tauschrate stets Ausdruck der unterschiedlichen Produktivität der beteiligten Volkswirtschaften. Es wäre aber illusorisch, wollte man gleiches Lohnniveau in allen Ländern, bezogen auf eine internationale Leitwährung, verlangen. Zwischen der Kaufkraft des Lohnes, also dem, was der Arbeiter für seinen Lohn im eigenen Land kaufen kann, und dem über die Tauschraten verglichenen Lohnniveau besteht in der Regel kein Unterschied. Selbst in einer Situation, wo die Kaufkraft des Lohns in einem Land der Dritten Welt und einem entwickelten kapitalistischen Land gleichwertig ist, ziehen die europäischen Kapitalisten, wenn sie in der Dritten Welt produzieren lassen, einen Vorteil aus der Tatsache, daß die Währung der Dritten Welt infolge der dort niedrigeren volkswirtschaftlichen Produktivität international ungünstig getauscht werden. Auch diese Tatsache ist ohne Aufhebung der Gesetzes der Marktwirtschaft nicht aus der Welt zu schaffen.

Das alles ändert natürlich nichts an der Richtigkeit der Forderung „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“. Man muß sich nur Klarheit verschaffen darüber, was sie im internationalen Maßstab bedeutet, und dazu muß man die Ebene kapitalistischer Unkostenkalkulation verlassen und sich auf die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Lohnfindung besinnen. Der Lohn ist der Preis der Ware Arbeitskraft, und der Preis dieser Ware unterliegt denselben Gesetzen wie die Preise aller Waren: Er wird bestimmt durch die Arbeitsmenge, die auf die Produktion der Ware verwendet werden muß. Im Fall der Ware Arbeitskraft ist das die Menge, die für die Wiederherstellung des Arbeitsvermögens und die Bereitstellung zukünftigen Arbeitsvermögens nötig ist, also für die persönliche Reproduktion des Arbeiters und die Kinderaufzucht. Stofflich wird er repräsentiert durch eine bestimmte Menge an Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnen und anderen historisch entstandenen Bedürfnissen. Was den historischen Aspekt betrifft, gehört wenig Weisheit dazu festzustellen, daß zwischen dem gesellschaftlich akzeptabel betrachteten Lebensstandard in Europa und in der Dritten Welt ein Unterschied besteht. Von dem dadurch bewirkten Unterschied in der Lohnhöhe (im Sinn nationalen Kaufkraftwerts) kann hier abgesehen werden; es wird sich zeigen, daß er für die späteren Schlußfolgerungen nicht entscheidend ist.

Man könnte nun versucht sein, die Frage der Lohnhöhe in der Dritten Welt danach zu untersuchen, ob der Lohn dem Arbeiter den gesellschaftlich akzeptierten Lebensstandard garantiert. Man müßte dann jeweils nationale „Warenkörbe“ herausarbeiten und über eine Kaufkraftuntersuchung herauszufinden suchen, ob dieser Warenkorb durch den Lohn gedeckt ist. Dabei wird man schnell auf Schwierigkeiten stoßen. Ein allgemein akzeptierter Warenkorb setzt einen allgemeinen Markt voraus. In den Ländern der Dritten Welt besteht zwar ein Markt, er ist aber nicht allgemein. Große Teile der Bauernschaft, der zahlenmäßig größten Gruppe in der Dritten Welt, leben weitgehend in Subsistenzwirtschaft, und ihr „Warenkorb“ läßt sich nicht in Geld ausdrücken, weil es sich bei ihren Produkten nicht um Waren handelt (sie werden nicht gegen Geld getauscht). Die Arbeiterklasse kauft zwar Lebensmittel gegen Geld, und wo es sich, wie in den meisten großen Städten, dabei um importierte Lebensmittel handelt, sind deren Preise sogar über die Tauschrate der Währung vermittelt und damit direkt mit Lebensmittelpreisen in den entwickelten kapitalistischen Ländern vergleichbar. Der größte Teil der Arbeit ist aber über Familienbeziehungen mit der Dorfwirtschaft verbunden. Ein Teil ihres Lohns fließt als direkte Unterstützung an die Verwandten auf dem Dorf, während andererseits aus dem Dorf Lebensmittel über Familienbeziehungen in die Stadt fließen. Dabei handelt es sich nicht um Warentausch sondern um familiäre Unterstützung, die in Geld kaum kalkulierbar ist. Die damit gegebene Vermengung von Subsistenz- und Marktwirtschaft macht einen Kaufkraftvergleich so gut wie unmöglich.

Ein Kaufkraftvergleich ist aber nicht nur nicht durchführbar, es geht auch am eigentlichen Problem vorbei. Das Problem der Länder der Dritten Welt ist ja nicht, ihren Arbeitern europäische Löhne zu garantieren, sondern ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und dabei die ungleichen Beziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern abzubauen. Ziel der Solidaritätsbewegung sollte sein, ihnen dabei zu helfen, das mit möglichst gleichmäßiger Verbesserung der Lebensbedingungen aller Schichten und Klassen zu erreichen. Die Arbeiterklasse stellt in den Ländern der Dritten Welt eine Minderheit in der Bevölkerung dar. Angleichung ihrer Löhne an europäisches Niveau ohne Berücksichtigung der Bauernschaft bedeutet Verschärfung der sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land. Sogar zu einem Schlag gegen das nationale Kapital kann sich eine solche Forderung entwickeln; denn trotz aller Niedriglöhne zahlt das ausländische Kapital die besseren Löhne und bietet die besseren sozialen Bedingungen. Eine schnelle weitere Steigerung seiner Löhne kann die weniger finanzkräftigen einheimischen Kapitalisten in ernsthafte Schwierigkeiten bringen und damit einen Bündnispartner der Solidaritätsbewegung in die Arme des Gegners treiben.

Die Konsequenz kann nun nicht sein, vor den bestehenden Verhältnissen die Augen zu schließen und die ausländischen Kapitalisten weiter Reibach machen zu lassen. Was nottut ist eine Strategie, die die Forderung „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ einbindet in eine Perspektive umfassender nationaler Wirtschaftsentwicklung der Dritten Welt. Denkbar ist zum Beispiel, daß den Arbeitern der ausländischen Betriebe ein im nationalen Rahmen akzeptabler Lohn garantiert wird und daß die ausländischen Kapitalisten die Differenz, die ihnen aus dem Unterschied der Lohnstückkosten gegenüber entwickelten kapitalistischen Ländern erwächst, wenigstens teilweise in einen Fonds zur Entwicklung der Volkswirtschaft einzahlen müssen. Damit wäre für die europäische Arbeiterklasse der Konkurrenzdruck der Billiglöhne verringert, ohne daß in der Dritten Welt das Gefälle zwischen Stadt und Land weiter verschärft wird. Der Konkurrenzvorteil der Imperialisten wäre zwar verringert, er wäre aber nicht vollständig aufgehoben, so daß die Dritte Welt vor der Gefahr geschützt wäre, die bei ihr bereits errichteten Industriebetriebe schließen zu sehen.

Natürlich ist ein Fonds in den Händen der Regierung – das heißt in der Dritten Welt ja meistens der nationalen Bourgeoisie – keine Garantie für egalitäre Beteiligung der Volksmassen an der wirtschaftlichen Entwicklung. In Ländern, wo in dieser Hinsicht ernsthafte Bedenken bestehen, könnte man daran denken, daß die Konzerne die Differenzbeträge nicht in einen Regierungsfonds einzahlen, sondern in einen Fonds, der von der Gewerkschaft des Betriebes verwaltet wird. Das trägt zur Stärkung der Arbeiterklasse als gesellschaftlicher Kraft bei, und in Abkommen zwischen der Gewerkschaft des Konzerns im Stammland und der Gewerkschaft im Land der Dritten Welt könnt Hilfestellung geleistet werden bei der Verwaltung des Fonds' und seinem Einsatz im Interesse aller arbeitenden Mitglieder des Landes. Als Beispiel und Denkanstoß kann die Situation in der Seefahrt dienen, wo Aktionen „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ja nicht unbekannt sind. Auf den Seeschiffen ist ganz offensichtlich, daß die Produktivität der Arbeit unabhängig ist von der Nationalität der Seeleute, und da der Lohn für alle in derselben Währung ausgezahlt wird, ist gleiche Lohnhöhe selbstverständlich. National betrachtet, liegt der Lohn der Seeleute aus der Dritten Welt damit weit über dem allgemeinen Standard des Landes. Südostasiatische Seeleute, die auf ausländischen Schiffen fahren, sind bereits seit längerem verpflichtet, einen Teil ihres Lohns in die Heimat (so weit ich weiß, an die eigene Familie) zu überweisen, um so bei der Stärkung der Wirtschaft des Landes zu helfen.

Bücherhinweise

Neue Taschenbücher im November

Ausgewählt von M. Ackermann und B. Wagner

Daniachew Worku
Die dreizehnte Sonne
Ullstein 20290, 7,80 DM, 284 Seiten

In der Reihe „Dialog Afrika" wird hier der Schriftsteller Daniachew Worku aus Äthiopien vorgestellt. Im Unterschied zu den bisher erschienenen Romanen lebt dieser ganz aus der Beschreibung der ländlichen Situation in Äthiopien, legt die tradierten Konventionen des bäuerlichen Lebens bloß und zeigt uns auch den rückschrittlichen Einfluß der christlichen Glaubensideologie.

Alexander A. Bogdanov
Der rote Stern.
Ein utopischer Roman
Luchterhand 431, 12,80 DM, 190 Seiten

Alexander A. Bogdanov (Pseudonym für A. A. Malinovski), 1905 in das ZK der Bolschiwiki gewählt und des öfteren in theoretische und ideologische Auseinandersetzungen mit Lenin verwickelt, hat diesen Roman im Jahre 1908 herausgegeben. Die Utopie von einem zukünftigen Sozialismus (hier verlagert auf den Mars) ist streng angelehnt an die Vorstellung von der ungebrochenen Entwicklung der Produktivkräfte, die zugleich auch zu einer Vereinheitlichung der Menschen und der Menschheitsideale führen sollen. Wie ein visionärer Ausblick auf heute wirken in dem Roman solche Themen wie Wachstumsschranken, Ressourcengrenzen usw. In einem Nachwort wird der „rote Stern" als der erste und konsequenteste Roman der (stalinschen) Technokratie bezeichnet. Wahrscheinlich etwas fehlinterpretiert; eher drückt sich in den Ansichten des Autors auch schon sein späteres Wirken in der „Proletarischen Kulturbewegung" aus.

Anna Seghers
Überfahrt. Eine Liebesgeschichte
Luchterhand, 9,80 DM, 124 Seiten

Diese späte Novelle von Anna Seghers siedelt eine Liebesgeschichte zwischen Emigration in Brasilien und dem „Neuanfang" in der östlichen deutschen Heimat an. Scheinbar nebenbei fließen die Erfahrungen von Widerstand, Konzentrationslager und die Aufbauerfahrungen in der DDR in diese Geschichte ein. Wieder entwickelt Anna Seghers mittels einfacher aber so anschaulicher Sprache einen Spannungsbogen zwischen zwei Welten, denen eine Jugendliebe nicht standhält.

Karl Otten
Torquemadas Schatten
Fischer 5137, 9,80 DM, 276 Seiten

Karl Otten, der vor den Faschisten nach Spanien geflohen war, schildert in diesem Buch aus der Reihe „Verbrannte Bücher" die ersten Tage und Monate des faschistischen Putsches der Frankisten von 1936. Im Gegensatz zu den vielen sonstigen antifaschistischen Büchern aus und über diese Zeit ist der

wird der „rote Stern" als der erste und konsequenteste Roman der (stalinschen) Technokratie bezeichnet. Wahrscheinlich etwas fehlinterpretiert; eher drückt sich in den Ansichten des Autors auch schon sein späteres Wirken in der „Proletarischen Kulturbewegung" aus.

Anna Seghers
Überfahrt. Eine Liebesgeschichte
Luchterhand, 9,80 DM, 124 Seiten

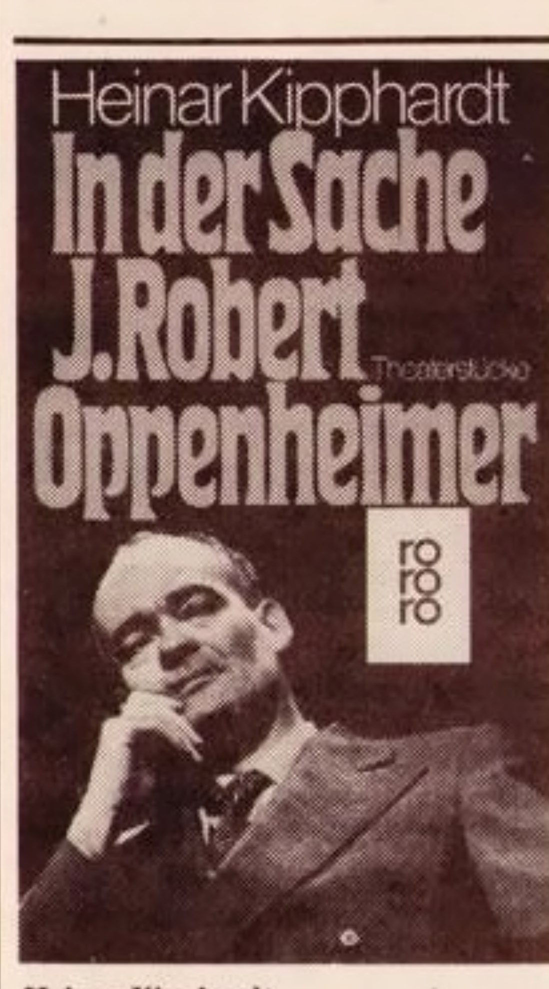
Diese späte Novelle von Anna Seghers siedelt eine Liebesgeschichte zwischen Emigration in Brasilien und dem „Neuanfang" in der östlichen deutschen Heimat an. Scheinbar nebenbei fließen die Erfahrungen von Widerstand, Konzentrationslager und die Aufbauerfahrungen in der DDR in diese Geschichte ein. Wieder entwickelt Anna Seghers mittels einfacher aber so anschaulicher Sprache einen Spannungsbogen zwischen zwei Welten, denen eine Jugendliebe nicht standhält.

Karl Otten
Torquemadas Schatten
Fischer 5137, 9,80 DM, 276 Seiten

Karl Otten, der vor den Faschisten nach Spanien geflohen war, schildert in diesem Buch aus der Reihe „Verbrannte Bücher" die ersten Tage und Monate des faschistischen Putsches der Frankisten von 1936. Im Gegensatz zu den vielen sonstigen antifaschistischen Büchern aus und über diese Zeit ist der
Ort der Handlung des Romans die Inselgruppe der Balearen und nicht die Entwicklung auf dem Festland. Deutlich wird, wie die ökonomische und geographische Lage, vereinzelte Kleinbauern und Fischer und Abgeschnittenheit vom politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben des übrigen Spanien, die Duldung und auch Unterstützung des Putsches gegen die Republik förderte.

Oskar Maria Graf
Das Leben meiner Mutter
dtv 10044, 14,80 DM, 584 Seiten

Oskar Maria Graf beschreibt am Leben seiner Mutter, einer Bäuerin und Bäckereifrau, deutsche Geschichte im letzten Drittel des vergangenen und im ersten Drittel des gegenwärtigen Jahrhunderts. Ein liebevolles Porträt seiner Mutter und der „einfachen Leute" auf dem Land, aber auch der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung dieser Jahre und ihrer Einbeziehung des Landes.



Heinar Kipphardt
In der Sache J. Robert Oppenheimer
rororo 5043, 10,80 DM, 392 Seiten

Mit Rolf Hochhuth und Peter Weiss gehört Heinar Kipphardt zu den bedeutensten Bühnenautoren Westdeutschlands. „In der Sache J. Robert Oppenheimer" und „Der Hund des Generals", mit diesen beiden Stücken dokumentarischen Gegenwartstheater ist der letzte Woche gestorbene Kipphardt auch einem größeren Publikum bekannt geworden und hat entscheidend die Entwicklung des westdeutschen Theaters mitgeprägt. Der vorliegende Band enthält neben den beiden genannten noch vier weitere Theaterstücke Kipphardts.

Gerhard Schoenberner
Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 – 1945
Fischer 3463, 12,80 DM, 318 Seiten

Walter Laqueur



Heinar Kipphardt
In der Sache J. Robert Oppenheimer
rororo 5043, 10,80 DM, 392 Seiten

Mit Rolf Hochhuth und Peter Weiss gehört Heinar Kipphardt zu den bedeutensten Bühnenautoren Westdeutschlands. „In der Sache J. Robert Oppenheimer" und „Der Hund des Generals", mit diesen beiden Stücken dokumentarischen Gegenwartstheater ist der letzte Woche gestorbene Kipphardt auch einem größeren Publikum bekannt geworden und hat entscheidend die Entwicklung des westdeutschen Theaters mitgeprägt. Der vorliegende Band enthält neben den beiden genannten noch vier weitere Theaterstücke Kipphardts.

Gerhard Schoenberner
Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 – 1945
Fischer 3463, 12,80 DM, 318 Seiten

Walter Laqueur
Was niemand wissen wollte: Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers „Endlösung"
Ullstein 33027, 8,80 DM, 326 Seiten

Wenn sich im Januar nächsten Jahres zum 50. Mal der Jahrestag der Machtergreifung der Faschisten jährt, wird es eine erneute Flut von Büchern geben, die sich mit der faschistischen Herrschaft beschäftigen. Die beiden hier genannten Bücher können entschuldigenden Interpretationen der Jahre zwischen 1933 und 1945 zu einem guten Stück den Riegel vorschieben. Das Buch von Schoenberner ist eine erschütternde Fotodokumentation über das erschreckendste Kapitel aus dieser schon dunklen Zeit. Jedes einzelne dieser Bilder oder der beigegebenen Dokumente über die Ausrottung der Juden reicht, um den Charakter dieses barbarischen Herrschaftssystems aufzuzeigen. Walter Laqueur widerlegt in seiner Untersuchung über den Zeitraum von Juni 1941 bis Ende 1942 die Behauptung, daß nur eine ganz kleine Schicht etwas von der Judenvernichtung wußte. Er weist überzeugend an einer Reihe von Dokumenten nach, daß mehrere Millionen Deutsche, die meisten Soldaten an der Ostfront, die mit dem faschistischen Deutschland verbündeten, die neutralen und die alliierten Staaten wie auch die kirchlichen und internationalen Organisationen über den Charakter, vielleicht nicht das Ausmaß der „Lösung der Judenfrage" informiert waren.

Hans Günther Brauch, Alfred Schrempf
Giftgas in der Bundesrepublik. Chemische und biologische Waffen
Fischer 4243, 320 Seiten, 12,80 DM

Der Kampf gegen die Lagerung von Giftgas in der BRD und die Wiederaufnahme der Produktion von Giftgas durch die USA sind die Aufhänger des Buches. Es gibt Auskunft darüber, was es gibt an Giftgasen, was in welchem Umfang produziert wird, vor allem von beiden Supermächten, was gelagert ist, wo. Welche Einsatzplanungen existieren bei den beiden Supermächten und schließlich stellt es einen Vorschlag für eine Abrüstung auf diesem Gebiet, das lange Zeit im Schatten der Verhandlungen über Atomwaffen stand.

Ulrich Albrecht / Peter Lock / Herbert Wulf
Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit
rororo aktuell 5122, 254 Seiten, 9,80 DM

Die Autoren stehen für Sachkompetenz. Das Buch selber ist eine Fortsetzung ihres 1978 erschienenen Buches „Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen". Daraus sind 2 Kapitel übernommen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt in der BRD. Im Anhang sind die wichtigsten Stellungnahmen, vor allem im Rahmen der Debatte um die Überarbeitung der Rüstungsexportrichtlinien, abgedruckt.

Rodrigo Jokisch (Hrsg.)

Fischer 4243, 320 Seiten, 12,80 DM

Der Kampf gegen die Lagerung von Giftgas in der BRD und die Wiederaufnahme der Produktion von Giftgas durch die USA sind die Aufhänger des Buches. Es gibt Auskunft darüber, was es gibt an Giftgasen, was in welchem Umfang produziert wird, vor allem von beiden Supermächten, was gelagert ist, wo. Welche Einsatzplanungen existieren bei den beiden Supermächten und schließlich stellt es einen Vorschlag für eine Abrüstung auf diesem Gebiet, das lange Zeit im Schatten der Verhandlungen über Atomwaffen stand.

Ulrich Albrecht / Peter Lock / Herbert Wulf
Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit
rororo aktuell 5122, 254 Seiten, 9,80 DM

Die Autoren stehen für Sachkompetenz. Das Buch selber ist eine Fortsetzung ihres 1978 erschienenen Buches „Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen". Daraus sind 2 Kapitel übernommen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt in der BRD. Im Anhang sind die wichtigsten Stellungnahmen, vor allem im Rahmen der Debatte um die Überarbeitung der Rüstungsexportrichtlinien, abgedruckt.

Rodrigo Jokisch (Hrsg.)
Technik soziologie
suhrkamp stw 379, 28,00 DM (!), 530 Seiten

Mancher wird zwar schon durch den Preis abgeschreckt, aber das sollte man sich nochmal überlegen. Dem Herausgeber und über einem Dutzend Autoren geht es um die Erforschung der Technik im Rahmen der Soziologie. „Technik" als gesellschaftliche Frage und deren Wertung ist sowieso aktuell, weil ein entscheidender Faktor für die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung. In den Beiträgen zu diesem Buch stehen im Mittelpunkt: Strukturen technologischen Wandels, Historische Zusammenhänge von Arbeit, Technik und Arbeitszeit, Technik und Herrschaft, Technikentwicklung und Diskriminierung der Frau und weitere Gesichtspunkte. Auch die Auseinandersetzung mit Otto Ullrichs Technik- und Industriekritik hat Eingang in dieses Buch gefunden.

Dieter Prokop
Soziologie des Films
Fischer 3682, 12,80 DM, 374 Seiten

Das 1970 erschienene und nun in erweiterter und aktualisierter Fassung vorliegende Buch, stellt eine ausgezeichnete Untersuchung der Struktur der Filmwirtschaft in ihren verschiedensten geschichtlichen Phasen dar. Es legt offen, wie weit die Herrschaft der amerikanischen Filmmonopole bis heute vorangeschritten ist und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf das Filmschaffen hatte und hat. Deutlich wird, wie umfassend Filmästhetik, Filmproduktion und Filmverleih den kapitalistischen Marktgesetzen unterworfen sind. Zugleich hat der Autor – Professor für Soziologie und heute wissenschaftlicher Berater beim Fernsehen – in diese Untersuchung auch die Tendenz zur Niveausenkung bei der Masse der Filme eingeschlossen. Ein sehr gutes Literaturverzeichnis rundet dieses erfreuliche Buch ab.

Tibor Kneif
Rock-Musik. Ein Handbuch zum kritischen Verständnis
rororo 6279, 14,80 DM, 394 Seiten

Wenn man manche oberlehrerhafte Bemerkung ignoriert und sich auf die Ausführungen zu Elementen, Instrumenten und stilistischen Wurzeln der Rockmusik bezieht, kann man von Kneif schon was lernen. Die Materialien zu einer Theorie der Rockmusik, ihrer Soziologie, Ästhetik und Geschichte, sowie ausgewählte Kapitel aus der Rockgeschichte, sind durchaus von Interesse, wenn auch nicht besonders umfassend (wohl aus Platzgründen). Besonders anregend sind aber die Ausführungen von Carl-Ludwig Reichert in seinem eingeschobenen Artikel „Eine weitere Art, Rockgeschichte zu schreiben".

In aller Kürze

Curt Meyer-Clason (Hrsg.)
Unsere Freunde die Diktatoren. Lateinamerikanische Schriftsteller heute
Fischer 5742, 9,80 DM, 292 Seiten

Eine Sammlung von Essays der bedeutendsten Schriftsteller Lateinamerikas über die Rolle der Literatur, der Intelli-

Tibor Kneif
Rock-Musik. Ein Handbuch zum kritischen Verständnis
rororo 6279, 14,80 DM, 394 Seiten

Wenn man manche oberlehrerhafte Bemerkung ignoriert und sich auf die Ausführungen zu Elementen, Instrumenten und stilistischen Wurzeln der Rockmusik bezieht, kann man von Kneif schon was lernen. Die Materialien zu einer Theorie der Rockmusik, ihrer Soziologie, Ästhetik und Geschichte, sowie ausgewählte Kapitel aus der Rockgeschichte, sind durchaus von Interesse, wenn auch nicht besonders umfassend (wohl aus Platzgründen). Besonders anregend sind aber die Ausführungen von Carl-Ludwig Reichert in seinem eingeschobenen Artikel „Eine weitere Art, Rockgeschichte zu schreiben".

In aller Kürze

Curt Meyer-Clason (Hrsg.)
Unsere Freunde die Diktatoren. Lateinamerikanische Schriftsteller heute
Fischer 5742, 9,80 DM, 292 Seiten

Eine Sammlung von Essays der bedeutendsten Schriftsteller Lateinamerikas über die Rolle der Literatur, der Intelli-
genz und der Kultur in den lateinamerikanischen Staaten, sowie eine Reihe von verschiedenen Prosatexten und Gedichten.

Jan Knopf (Hrsg.)
Brechts Guter Mensch von Sezuan
suhrkamp taschenbuch 2021, 16,00 DM, 315 Seiten

Nützlich wie die ganze Reihe „materialien" ist auch dieser Band mit verschiedenen Fassungen, Arbeitsnotizen, Selbstzeugnissen, Quellen und Aufführungsberichten und – Dokumenten zu Brechts' „Gutem Menschen".

Carlos Fuentes
Terra nostra
dtv 10043, 19,80 DM, 1139 Seiten

Phantastischer Roman des wohl bekanntesten mexikanischen Schriftstellers. Ein Mammutwerk, das Ende dieses Jahrhunderts in Paris ansetzt und ins Spanien Philipp II., die Geschichte Mexikos und die Entwicklung des östlichen Mittelmeerraumes führt, voll mit mythologischen, geschichtlichen und religiösen Bezügen.

Joachim Schickel
Im Schatten Mao Tse-tungs. Chinas nahe Geschichte
Fischer 3473, 9,80 DM, 239 Seiten

Eine Sammlung von acht Essays des Autors, der seit fast zwei Jahrzehnten Aufsätze und Bücher über China veröffentlicht und viel dazu beigetragen hat, die Probleme und Entwicklungen Chinas vor allem aber auch chinesisches Denken und Mao Tse-tungs Auffassungen in Westdeutschland bekannt zu machen. Die vorliegenden Artikel stammen aus der Zeit von 1977 bis 1982 und behandeln diese jüngste Phase der chinesischen Entwicklung, der Schickel recht skeptisch gegenüber steht.

Helga Schuchardt / Günter Verheugen (Hrsg.)
Das liberale Gewissen
rororo 5127, 7,80 DM, 188 Seiten

Ein weiterer Schnellschuß zum Regierungswechsel. Für die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der F.D.P. oder den angeblich „wahren" Liberalen eignet sich dieser Band mit Aufsätzen von Baum, Hamm-Brücher, Matthäus-Maier, Hirsch, Schuchardt, von Schoeler, Verheugen, Borm u.a. ganz gut.

Robert Lekachmann
Die Reichen reicher machen. Reaganomics oder Wie Ronald Reagan den Sozialstaat abbaut
rororo 5117, 8,80 DM, 204 Seiten

Der linksliberale Kritiker der Angebotsökonomie Reagans nimmt insbesondere die Sozial- und Steuerpolitik unter die Lupe. Die politischen Aussagen sind weniger interessant als manche Fakten, die hier bislang nicht so bekannt sind.

Eduard Heußen (Hrsg.)
Wie sieht der CDU-Staat aus?
rororo 5128, 6,80 DM, 151 Seiten

In einer Art Lexikon wird der „Rechtsruck von A – Z", ausgehend von der Regierungserklärung von H. Kohl, vorgestellt. So erfährt man auf verschiedenen Gebieten ein paar interessante Einzelheiten.

Rolf Oberliesen

Das liberale Gewissen
rororo 5127, 7,80 DM, 188 Seiten

Ein weiterer Schnellschuß zum Regierungswechsel. Für die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der F.D.P. oder den angeblich „wahren" Liberalen eignet sich dieser Band mit Aufsätzen von Baum, Hamm-Brücher, Matthäus-Maier, Hirsch, Schuchardt, von Schoeler, Verheugen, Borm u.a. ganz gut.

Robert Lekachmann
Die Reichen reicher machen. Reaganomics oder Wie Ronald Reagan den Sozialstaat abbaut
rororo 5117, 8,80 DM, 204 Seiten

Der linksliberale Kritiker der Angebotsökonomie Reagans nimmt insbesondere die Sozial- und Steuerpolitik unter die Lupe. Die politischen Aussagen sind weniger interessant als manche Fakten, die hier bislang nicht so bekannt sind.

Eduard Heußen (Hrsg.)
Wie sieht der CDU-Staat aus?
rororo 5128, 6,80 DM, 151 Seiten

In einer Art Lexikon wird der „Rechtsruck von A – Z", ausgehend von der Regierungserklärung von H. Kohl, vorgestellt. So erfährt man auf verschiedenen Gebieten ein paar interessante Einzelheiten.

Rolf Oberliesen
Information, Daten und Signale. Geschichte technischer Informationsverarbeitung
rororo 7709, 12,80 DM, 294 Seiten

In der Reihe „Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik" bietet dieser Band eine Einführung in die Geschichte der technischen Informationsverarbeitung von der „alten Welt" bis zur „nachindustriellen Informationsgesellschaft".

Fernsehtip

Little Richard gehört zu den Heroen des Rock and Roll. Der Musikfilm **„Die Little-Richard-Story"** soll einen Einblick in die Epoche des Rock and Roll zwischen 1956 und 1980 bieten. Neben Spielfilmszenen mit Little Richard wurden in diese Sendung bislang ungezeigte Dokumentarfilmteile eingebaut. Obs eine kritische Würdigung wird ist allerdings nicht gewiß. *Samstag, 27.11., 23.25 Uhr im ARD* – Wie jedes Jahr üblich, die „Advents-Serie": In **„Der schwarze Bumerang"** wird man nach Australien versetzt. Dunkle Machenschaften um die Erzeugung eines lebensgefährlichen Rauschmittels statt besonderer Weizenart für Dürregebiete, spionagemäßige Verwicklungen und Einführung in die Probleme der Aborigines (Ureinwohner Australiens) sind die Surrogate des Vierteilers. *Sonntag, 28.11., Dienstag, 30.11., Sonntag, 5.12., Dienstag, 7.12., jeweils um 19.30 im ZDF* – Friedrich Dürrenmatts Tragikomödien sind oft durch eine skurille Handlung geprägt, die sie in die Nähe des absurden Theaters rücken. Diese besondere Dramaturgie wird verwendet für die überspitzte Erhellung realer Probleme der Gesellschaft. Auch das Stück **„Der Besuch der alten Dame"** steht beispielhaft für die dürrenmattsche Methode. *Sonntag, 28.11., 21.15 Uhr im ARD* – Der Fernsehfilm **„Flucht aus Pommern"** versucht „Schicksale im Kriegswinter 1944/45" erfahrbar zu machen. Er greift die Durchhalteparolen der offiziellen Propaganda an, will sich aber auch den Konflikten zwischen Zivilbevölkerung und Roter Armee nähern. *Montag, 29.11., 21.20 Uhr im ZDF* – Einwohner der Gemeinde Niederbrechen in Hessen haben in einem Schauspiel die Geschichte ihres Dorfes im 19. Jahrhundert aufgearbeitet: **„Die Nirrerländer"**. Am Beispiel dreier Familien wird der Zusammenbruch der bäuerlichen Gemeinschaft und das Einsaugen in den industriellen Sektor geschildert. *Dienstag, 30.11., 22.05 Uhr im ZDF.*